

Heft 99 enthält u.a. folgende Beiträge:

- Timm Kunstreich: **MARKT MACHT MORAL – zur moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit**
- Cornelia Frieß und Marcus Hußmann: **Alternative professionelle Aktionsmuster Sozialer Arbeit**
- Hans-Jürgen Benedict: **Gottes Ökonomie der Gaben. Eine Erinnerung an ein kulturelles Kapital des Christentums**
- Helga Cremer-Schäfer: **„Not macht erfinderisch“: Zu der Schwierigkeit aus der Moral der alltäglichen Kämpfe um Teilhabe etwas über die Umriss einer *Politik des Sozialen* zu lernen**
- Dieter Nelles, Armin Nolzen und Heinz Sünker: **„Kinder des Widerstands“ im Nationalsozialismus. Familiäre und politische Sozialisationsprozesse**



Politik des Sozialen – Verhandlungen über Lebensweisen Moralische Ökonomien heute



Kleine Verlag

Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

Redaktion: Manfred Kappeler (Berlin); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Tilman Lutz (Waren/Müritz); Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, „Widersprüche“, Holger Adam, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Telefon (0 69) 88 50 06, Fax (0 69) 82 11 16, e-mail: widersprueche@gmx.de

Verlag: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de, Webseite: <http://www.kleine-verlag.de>
Extra Webseite *Widersprüche*: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

Anzeigenannahme, Verwaltung,

Herstellung und Auslieferung: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

© Kleine Verlag GmbH: Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Widersprüche

***Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.***

Niko Diemer (1952–1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Widersprüche

26. Jahrgang, März 2006

*Knochenbrüche
Zammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)*

Inhalt

Zu diesem Heft 3

Schwerpunktthema

Politik des Sozialen – Verhandlungen über Lebensweisen

Moralische Ökonomien heute 7

Timm Kunstreich

MARKT MACHT MORAL –

zur moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit 7

Cornelia Frieß und Marcus Hußmann

Alternative professionelle Aktionsmuster Sozialer Arbeit.

Eine Reflexion des sozialraumorientierten Handelns der

Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren aus der Perspektive

„moralischer Ökonomien“ des 18. Jahrhunderts 23

Hans-Jürgen Benedict

Gottes Ökonomie der Gaben.

Eine Erinnerung an ein kulturelles Kapital des Christentums 39

Helga Cremer-Schäfer

„Not macht erfinderisch“: Zu der Schwierigkeit aus der Moral

der alltäglichen Kämpfe um Teilhabe etwas über die Umrisse einer

Politik des Sozialen zu lernen 51

Forum

- Dieter Nelles, Armin Nolzen und Heinz Sünker*
 „Kinder des Widerstands“ im Nationalsozialismus.
 Familiäre und politische Sozialisationsprozesse 67

Magazin

Rezensionen

- Barbara Rose*
 über *Frank Adloff und Steffen Mau (Hg.):*
Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität.
Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2005 85

- Wolfgang Völker*
 über *Franz Schulheis, Kristina Schulz (Hg.):*
Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zumutungen und
Leiden im deutschen Alltag.
UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2005 92

- Wolfgang Völker*
 über *WIDERSPRUCH, Beiträge zu sozialistischer Politik.*
Heft 49, 25. Jg. 2. Halbjahr, 2005: Prekäre Arbeitsgesellschaft 102

- Informationen, Materialien, Termine** 108

Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld
 Fotoserie „Film Stills“ 2006

Zu diesem Heft

Zwischen Wirtschaft und Institutionen der „Moral“ finden wir in jeder Phase der kapitalistischen Entwicklung geschäftige Verbindungen, um die Lebensweisen von anderen zu strukturieren und die Leute mit „Moral“ zu versorgen. Die heutigen Propagandisten der neoliberalen Transformation der Gesellschaft moralisieren arbeitsteilig. Die Werbung für die Erwerbsmentalität und die Selbstmobilisierung des Arbeitskraft-Unternehmers (und der durch Arbeit, Kinderbetreuung und Zeitmangel-Management über sich hinauswachsenden Arbeitskraft-Unternehmerin) richten sich an „uns“, an die „Mitte der Gesellschaft“. „Nach oben“ werden von Medien-Intellektuellen Moralpredigten und moralische Appelle veröffentlicht, doch nicht allzu marktradikal zu agieren und das Wohl Aller eines „Wirtschaftsstandortes“ im Auge zu behalten. „Nach unten“ beobachten wir als Teil der „Politik der neuen Unterschicht“ (so der Untertitel des vorherigen Heftes 98 der WIDERSPRÜCHE) moralische Deklassierungen und die Verbindung von Moral und Sanktion(-sdrohung). Wir können zudem bemerken, dass die veröffentlichte Kritik des neoliberalen Umbaus des Sozialstaates leicht als eine „Besitzstandswahrung“ abgewehrt werden kann. Die Machtlosigkeit dieser Kritik liegt auch daran, dass die Akteure an ihrer Neutralisierung durch die Modernisierer tüchtig mitarbeiten: Der vielfach begrenzte und zu überwindende, weil auf Warenform, disziplinierte Lebensweise, Bürokratie und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Form der fordistischen Kleinfamilie bezogene Kompromiss „Sozialstaat“ wird zu einem wiederherstellbaren Zustand definiert und zur überhistorischen Norm erklärt. Gegen dieses traditionalistisch werdende, normative Muster von Kritik wurde in Heft 97 der WIDERSPRÜCHE (gemeinsam mit der AG links-netz) das Projekt verfolgt, die Politik des Sozialen auszubuchstabieren und Umriss einer „sozialen Infrastruktur zum Betreiben des eigenen Lebens“ zu skizzieren. Verhandelt werden Lebensweisen erst, wenn wir herrschende Begriffe kritisieren und neue entwickeln.

Durch Klassenpolitik, patriarchale, lohnarbeitsbezogene Sozialpolitik, das zugehörige mehr oder weniger benevolente oder aber repressive Moral-Unternehmertum sowie durch Prozesse sozialer Ausschließung wird machtvoll eine je benötigte Arbeitsweise und die darauf bezogene Lebensweise hergestellt. Der Fortschritt der Herrschaftstechniken hat mit der Durchsetzung des Arbeitskraft-Unternehmers keinen Einbruch erfahren. Die zugehörige Sozialpolitik des „Forderns und Förderns“ einschließlich einer darauf zugeschnittenen aktivierenden Sozialen Arbeit wird durchgesetzt; davon können wir ausgehen; Situationen sozialer Ausschließung, erzeugt durch den Markt und die Sozialpolitik, werden

zu normalen Erfahrungen werden. Dies ist angebrachter Pessimismus in Bezug auf die Durchsetzbarkeit neoliberaler „Arbeitsmoral“, verstanden als ein Prinzip von Strukturen und Institutionen.

Dass diese Lebens- und Arbeitsweise notwendig, selbstverständlich und unvermeidbar ist und ohne Anstrengungen der Abwehr oder der strategischen (Aus-)Nutzung durch die Subjekte sich durchsetzt, müsste zumindest die gebildete Klasse gegen ihr verfügbares, reflexives historisches Wissen behaupten. Doch die notwendigen Voraussetzungen und das Interesse, durch Begriffe und erzählbare Geschichten für die Verstehbarkeit der alltäglichen adaptiven oder widerständigen Praktiken zu sorgen, scheinen fast allen Fraktionen der heutigen Wissensarbeiter zu fehlen. Ein Arbeitsbündnis, das Formen der Bearbeitung der veränderten Form kapitalistischen Wirtschaftens durch die Subjekte sowie die Folgen der Entgrenzung der Warenförmigkeit im Bereich des Sozialen in Erfahrung bringt und ihren Sinn dokumentiert, lässt sich jedoch in einem Lernprozess herausarbeiten. Dies ist sowohl die Voraussetzung, das Ideologische der Politik der „neuen Unterschicht“ zu analysieren wie radikale Gegenentwürfe zur herrschenden Politik mit dem Sozialstaat zu denken. In dieser Hinsicht führt dieses Heft Diskussionen der beiden vorangegangenen Hefte der WIDERSPRÜCHE fort. Der Akzent verschiebt sich auf die Seite der Subjekte und dem „Nicht-Warenförmigen“ (Heinz Steinert) ihrer Lebensweisen.

Unter gegebenen neoliberalen Verhältnissen Formen der Sozialen Arbeit einzuschmuggeln, die an Befreiungen orientiert sind, erfordert entschiedene Anstrengungen, Motive und Vorstellungen von einem „guten Leben“ aus Formen des Wirtschaftens und des sozialen Austauschs derer herauszufinden, die als „Überflüssige“, als „Ausgegrenzte“, als „Marginalisierte“ oder als „Unterschicht“ etikettiert werden. Die notwendige Annäherung an die alltäglichen Anstrengungen und Kämpfe um Teilhabe der sozialen Akteure hält sich bei Intellektuellen nicht zuletzt deshalb in Grenzen, weil in den Gegenstrategien die Dialektik von Befreiung zu fehlen scheint. Gegen die vorschnelle Denkfaulheit, dass alles, was wir nicht sehen, den Anderen „fehlt“, wenden sich die unter dem Schwerpunktthema versammelten Beiträge. Im Zentrum steht der Begriff der „moralischen Ökonomie“ von Edward P. Thompson sowie die Anwendung und Aktualisierung seiner Perspektive, um Alltagspraktiken der Leute verstehbar zu machen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Um die Selbstverständlichkeit aufzubrechen, mit der die „Moral“ des Marktes und die „Moral“ der modernisierenden sozialen Steuerungs-Technologien im Bereich der Sozialen Arbeit hingenommen werden, erinnert *Timm Kunstreich* an Marx' Kritik des Warentauschs und an den Inhalt dieser Moralen: Menschliche Arbeit

und Kooperation auf das Tauschprinzip reduziert. Gegen den Moraldiskurs in der Sozialen Arbeit sowie gegen die vorherrschende Begriffsarmut für Formen der „impliziten Kritik“ in Alltagspraxen skizziert Kunstreich Prinzipien der Sozialen Arbeit, die dialogisch agiert und ein „gemeinsames Drittes“ von Professionellen und Adressaten verhandelt. Diese gegen die hegemonialen Moralen und Moralisierungsdiskursen gerichteten Prinzipien und Praktiken nennt er „moralische Ökonomie“ der Sozialen Arbeit. *Cornelia Frieß* und *Marcus Hußmann* führen uns an den Begriff der „moralischen Ökonomie“ und die Perspektive von Thompson auf die „plebejische Kultur“ heran. Eine Kultur, die aus der Auseinandersetzung mit der verordneten frühkapitalistischen Lohnarbeit und der disziplinierten Lebensweise entstand, die traditionelle Erfahrungen eines „guten Leben“ bewahrt und dennoch damit eine neue Lebensweise erzeugt hat. Am Beispiel der „Kinder- und Jugendhilfezentren“ in Hamburg aktualisieren die Autorin und der Autor den Begriff der „moralischen Ökonomie“ und konkretisieren die Möglichkeiten einer auf die Situationen und die (meist individualisierten) Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Dienstleistungen eingehenden „generativen Methode“ der Sozialen Arbeit. *Hans Jürgen Benedict* legt dar, dass es verkürzt wäre, Christentum nur als eine nützliche Institution der Moral von Äquivalententausch und sozial „gemilderter“ kapitalistischer Warenökonomie zu sehen. Er erinnert an die christlichen Quellen und den „Charme“ der nicht verpflichtenden Gabenökonomie sowie die ermunternden Erfahrungen mit dem Gabenaustausch gerade in den heutigen, spätkapitalistischen Verhältnissen. Die Kontinuität der Moralisierung von Bewältigungsstrategien armer Leute und ihrer Subkulturen bzw. Lebensweise ist das Thema von *Helga Cremer-Schäfer*. Wissenschaft spielt in den sozialen Klassifikationskämpfen mit, so die These, weil die Reflexion ihrer Individuum und Gesellschaft verbindenden Handlungsmodellen unterbleibt und kulturalistische bzw. ätiologische Erklärungsmuster für soziales Handeln reproduziert werden. Dagegen helfe, Moralen und Lebensweisen (wie die „moralische Ökonomie“ der plebejischen Kultur) als ein widersprüchliches Ganzes zu verstehen. Die zugrundeliegende „Moral“ wäre, unterschiedliche Interessen und normative Prinzipien auszubalancieren. Zum Schwerpunktthema passt schließlich der Rezensionssessay von *Barbara Rose* zu der Publikation von Klassikern der „Soziologie der Reziprozität“ und des sozialen Austauschs. Mit der aktuellen Rezeption wird sichtbar, dass Normen des sozialen Austauschs keineswegs überhistorischer Natur sind, sondern Formen und Inhalte der Gegenseitigkeit stets umkämpft, festgelegt und von ungleichen sozialen Akteuren ausgehandelt werden.

Die Redaktion



Timm Kunstreich

MARKT MACHT MORAL – zur moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit

„Markt macht Moral“ – Auf diesen Nenner lässt sich die hegemoniale Botschaft bringen, die uns aus allen Medien entgegenschallt und auf die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche zielt. Verpackt in die griffige Botschaft vom „Fördern und Fordern“ beziehungsweise „Fordern und Fördern“ wird darin deutlich, dass nicht nur für die unterdrückten Gruppierungen einer Gesellschaft Ökonomie etwas mit Moral zu tun hat sondern auch für den „herrschenden Block an der Macht“ (Gramsci). Von Beginn an war die politische Ökonomie als Wissenschaft auch immer Moralwissenschaft (Adam Smith hatte einen Lehrstuhl für Moralphilosophie inne). Wie Edward P. Thompson (1980) für die Entstehung und Michael Vester (1970) für die „Bildungs-Zyklen“ der Arbeiterklasse herausgearbeitet haben, bilden Markt, Macht und Moral Kampfarenen in diesen Prozessen. Der Markt steht für die neue, von Menschen gemachte Ordnung; Macht wird ab jetzt nicht mehr verliehen, sondern entsteht in und aus sozialen Bewegungen; und Moral gibt es ab jetzt im Plural: Jede Lebensweise bildet ihre eigene heraus. Die Beziehung dieser drei Arenen untereinander lässt sich mit E.P. Thompson als „moralische Ökonomie“ (1980) fassen.

In diesen grundlegenden gesellschaftlichen Prozessen spielt die Soziale Arbeit weder systematisch noch historisch eine gestaltende oder Initiative ergreifende Rolle.

Allerdings – so lässt sich die Geschichte der letzten 150 Jahre zusammenfassen – hat sich die Soziale Arbeit aus dem Souterrain der großen Disziplinarprofessionen Medizin, Justiz und Theologie herausgearbeitet und nimmt zusammen mit den pflegenden Berufen mittlerweile eine Spitzenstellung in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften an, jedenfalls was ihre Anzahl angeht.

Um den Zusammenhang von moralischer Ökonomie und Sozialer Arbeit herauszuarbeiten, soll zunächst kurz auf die aktuelle Rahmung dieses Prozesses eingegangen werden, um dann die jeweils besondere Position der Sozialen Arbeit in den drei Kampfarenen Markt, Macht und Moral zu untersuchen. Die abschließende Zusammenfassung kann nicht mehr als ein Hinweis auf die Perspektive einer kritischen Sozialen Arbeit in diesem Kontext sein.

„Markt macht Moral“

Im Osten ging ein System unter; der Staatsozialismus implodierte. Dieser einmalige historische Vorgang – eine Weltmacht ging unter, ohne die sonst bekannten kriegerischen Auseinandersetzungen zu provozieren – zog so viel Interesse auf sich, dass das Scheitern eines anderen Systems fast unbemerkt blieb: das Scheitern der Sozialdemokratie im Westen. Zunächst in Großbritannien und den USA (Thatcherismus und Reagonomics), dann – nicht ganz so vehement – in der Bundesrepublik (Kohl und seine nicht nur moralische Wende), nicht ganz so heftig in Frankreich (Kohabitation), dafür aber umso spektakulärer in Italien (Berlusconi und seine Neofaschisten) – um nur die wichtigsten Namen zu nennen – kamen nicht nur Konservative an die Macht, sondern eine Mischung aus modernisierenden Konservativen und radikalen Neoliberalen, die die weltweiten ökonomischen Veränderungen politisch beschleunigten. Nach dem Scheitern einer Sozialdemokratie, die den kapitalistischen Markt bändigen wollte, und eines Staatssozialismus, der den Markt überhaupt abschaffen wollte, triumphieren nun die Apologeten des Marktes. Die Stichworte dazu sind: Globalisierung; schlanker, aber aktivierender Staat; Shareholder-Value; Arbeitskraft-Unternehmer usw. – aus dem Bürger, dem Citoyen *und* dem Bourgeois, ist der Kunde geworden. Inzwischen ist die Sozialdemokratie so weitgehend gewendet, dass sie europaweit das neoliberale Projekt engagiert weiterentwickeln kann – sozial abgedeckt versteht sich, zumindest verbal. Aus den Rittern des Fordismus sind die Knappen des Postfordismus geworden.

In der Sozialpolitik, früher die sozialdemokratische Domäne mit dem Ziel, die schlimmsten Auswüchse kapitalistischen Wirtschaftens zu begrenzen, lässt sich ein fundamentaler Gestaltwandel beobachten. Nicht mehr soziale Rechte, sondern soziale Pflichten stehen im Vordergrund, vor allem die Pflicht, die „Soziallasten“ so niedrig wie möglich zu halten. Sozialpolitik ist zu einer Kostenbegrenzungs- bzw. Kostenreduzierungs politik verkommen. Wo immer es geht, wird gekürzt, bzw. auf marktförmige Deregulation gesetzt. Nur wer sich markt-konform verhält, verhält sich gut und richtig. Kurz: **Der Markt macht die Moral.**

In der Sozialen Arbeit erleben wir diese Modernisierung konservativ-liberaler Hegemonie unter der Überschrift: Neues Steuerungsmodell (NSM) (vgl. ausführlicher: Kunstreich 1998). Nur die bekanntesten Attribute dieses Modells seien kurz in Erinnerung gerufen:

- ▷ aus dem Klienten wird der Kunde;
- ▷ individualisierte Leistungsvereinbarungen ersetzen bisherige Projektfinanzierungen;
- ▷ prospektive Pflegesätze werden abgeschlossen, d.h. es wird kein Ersatz mehr für die tatsächlich entstehenden Kosten übernommen;
- ▷ Produkte und Produktgruppen dominieren den professionellen Diskurs, wo bisher über Auftrag, Aufgaben und Selbstverständnisse gerungen wurde.

Die Aufzählung derartiger Entwicklungen gerät leicht in die Gefahr, den früheren Zustand zu idealisieren und zu schönem. Der Siegeszug des NSM ist kaum verständlich, wenn man unterschlägt, was in den Vorstellungen und Praxen neuer Steuerung auch enthalten ist, nämlich:

- ▷ Kritik der bürokratischen Strukturen,
- ▷ Kritik der Trägerkartelle,
- ▷ Kritik der Gängelung durch außerprofessionelle Zwänge.

Das Neue Steuerungsmodell – so könnte man zugespitzt formulieren – hebt die feudale Verfasstheit sozialarbeiterischer Organisation auf der Höhe kapitalistischer Vergesellschaftung – oder vorsichtiger ausgedrückt: in die Ambivalenz der Moderne.

Auf der einen Seite erleben wir eine Modernisierung im Sinne von Dezentralisierung und Regionalisierung bzw. Ambulantisierung vor allem vormals stationär erbrachter Leistungen, auf der anderen Seite merken wir, dass Veränderungen immer stärker auf eine Kosten-Nutzen-Effektivierung hinaus laufen. Diese Tendenz ist in fast allen Gebieten mit einem Wandel von „Welfare“ zu „Workfare“ verbunden:

- ▷ Arbeitslose werden verschärften Arbeitswilligkeitsüberprüfungen unterworfen, damit die Überflüssigen durch ABM (Arbeitslosenbewegungsmaschinen) in der Illusion gehalten werden, es gäbe noch genügend Arbeitsplätze, wenn sie sich nur kräftig qualifizieren würden (Hartz und Konsorten);
- ▷ Drogenabhängige sollen nur noch unterstützt werden, wenn sie ausstiegsmotiviert sind oder nach mindestens drei Sitzungen ausstiegsmotiviert werden können;
- ▷ Jugendlichen und Kindern sollen wieder verstärkt die „Grenzen“ aufgewiesen bekommen – natürlich nicht in „geschlossener Unterbringung“, sondern – wie es in „Neusprech“ heißt – in „verlässlicher Betreuung“.

Alle diese Zusammenhänge spiegeln sich in der Lachnummer der Produktbeschreibungen und Produktgruppen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST 1994) wider und den bundesweiten Versuchen, diese zu realisieren. Man könnte darüber lachen, wie es das Mädchen im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern tat. Nur: Genauso wie in dem Märchen ist es auch im „realen Leben“ so, dass Sprache und Begriffe die Deutungsmuster formen, mit denen wir Wirklichkeit begreifen, interpretieren und ggf. verändern. Deshalb ist es gefährlich, wenn der ökonomistische und technokratische Kauderwelsch beginnt, unsere Deutungsmuster für die Wirklichkeit zu beherrschen. Hegemonialen Deutungen sind deshalb kritische, in der Tendenz antihegemoniale oder alternativhegemoniale entgegenzusetzen, allerdings nicht nur als Behauptung, sondern als argumentative Brücke zu gesellschaftlichen Praxen, deren Perspektive eine solidarische und egalitäre Gesellschaft ist (vgl. Gil 2006; Spehr 2002).

Da Kritik, geschweige denn kritische Theorie, in unserer Profession und Disziplin z. Zt. nicht sehr hoch im Kurs steht – auch hier herrscht das Bemühen um Marktförmigkeit –, will ich kurz markieren, was ich unter Kritik und antihegemonialer Deutung verstehe (ausführlich Kunstreich 2001a).

Horkheimer notiert in einer Fußnote zu seinem noch immer lesenswerten Artikel von 1938 über traditionelle und kritische Theorie: „Kritik ist mehr als eine intellektuelle Position, sie ist ein menschliches Verhalten, das die Gesellschaft selbst zum Gegenstand hat.“ (1968: 155). Diesem Verhalten geht es nicht um das Verbessern der Zustände. „Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr verdächtig“ (ebd: 156; aktuell: Görg/Roth 1998). Zu einem kritischen Verhalten sind also prinzipiell alle Menschen in modernen Gesellschaften fähig. Foucault argumentiert in die gleiche Richtung, wenn er danach fragt, ob denn die vielfältigen Regierungskünste der Moderne ohne Widerpart geblieben seien. Diesen Widerpart entziffert er als „die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“, so seine grundlegende Definition von Kritik (1992). Die Dechiffrierung dieser Kritik als Verhalten, als Haltung, als Praxis ist nicht immer einfach. In historischen Phasen ohne ausgeprägte oppositionelle Bewegungen ist sie häufig im stummen Protest der „psychisch Kranken“, im individuellen Protest der „Rechtsbrecher“, in der Rebellion Jugendlicher („Jugendgewalt“, „Drogen“), kurz in all den Verhaltensweisen zu finden, die unter anderem die Regierungskunst der Sozialen Arbeit als Auffälligkeiten, Defizite und Störungen registriert und denen sie ihre hegemoniale Existenz verdankt (Marcuse 1967; Keckeisen 1984).

Markt – als Metaphysik und Metapher

Als ich in einer Diskussion die zu Anfang vorgestellte Position skizzierte, erntete ich den Vorwurf, dass eine derartige Position reinstes 19. Jahrhundert sei. Wenn Aktualität überhaupt ein Argument für irgendetwas ist, dann war dieses ein ganz schlechtes, denn der Begründer der modernen Marktphilosophie lebte bekanntlich im 18. Jahrhundert: Adam Smith, der seine Arbeit „On the Wealth of the Nations“ 1776 publizierte. Für den hier zur Diskussion stehenden Zusammenhang von Markt, Macht und Moral ist Adam Smith von zentraler Bedeutung, verstand er sich selbst doch weniger als Ökonom, sondern als Moralphilosoph. Denn die Suche nach „übergreifenden Regeln des Zusammenlebens“ (so die Definition von Moral durch Micha Brumlik 2001: 1236) war in einer Zeit, in der das umfassende Deutungsmonopol der Kirche bzw. der Religion zerfiel, von entscheidender Bedeutung. Smith' Interpretation des Marktes als der „unsichtbaren Hand“ (invisible hand), die aus dem individuellen Verfolgen des Eigennutzes

letztlich doch das gemeinschaftlich und gesellschaftlich Gute macht – also das Gemeinwohl produziert – , beinhaltet eine doppelte Botschaft:

- ▷ Gott ist nicht tot – er ist nur im freien Austausch von Waren säkularisiert worden.
- ▷ Die positive Wirkung des Marktes kann sich nur entfalten, wenn alle nicht-marktkonformen Behinderungen des freien Warenaustausches wegfallen (Smith meinte zu seiner Zeit die feudalen Beschränkungen freier Individualität und des freien Marktes, wohl kaum den modernen Sozialstaat heutiger Prägung.).

Smith selbst weist ausführlich nach, dass der Markt als Praxis und Metapher des Austausches von Gütern und Waren schon uralte ist. Seitdem Menschengruppen mehr herstellen als sie unmittelbar für ihr tägliches Überleben brauchen, tauschen sie ihre Mehrprodukte gegen die Anderer. Auch ist die Wertbestimmung der getauschten Sachen ebenso alt: Knappheit und/oder die in sie investierte Arbeit. Gerade die Besonderheit der Arbeit als einzig wertschaffende Tätigkeit ist von Smith als erstem Arbeitswerttheoretiker moral-theoretisch und ökonomisch herausgestellt worden. Das Geheimnis, wie aus dem simplen Vorgang des Austausches von Waren und Produkten die zentrale moralische Voraussetzung der Moderne wurde – wie aus millionenfachem Egoismus das gemeinsame Gute wird – lüftete in der Tat einhundert Jahre später Karl Marx. Er analysierte den von Adam Smith beobachteten Vorgang als Übergang vom einfachen zum erweiterten Warentausch. Im erweiterten Warentausch wird tendenziell alles zur Ware, insbesondere aber die einzig wertschaffende Ware: die Arbeitskraft. Marx analysiert auch den nun ganz und gar nicht metaphysischen Zweck dieses erweiterten Warentausches: die Akkumulation von Kapital. Dessen Bewegungsformen und -inhalte formulierte er als „Wertgesetz“, d.h. als den überindividuellen Zwang zur Akkumulation von Kapital. Die Alternative zu diesem Zwang ist entweder der Untergang individueller Kapitaleigner oder die Monopolbildung – oder die Revolution. Da mir bis jetzt keine schlüssige Widerlegung des Wertgesetzes bekannt ist, halte ich es mit Rosa Luxemburg und Jürgen Ritsert, die beide sinngemäß formulierten: Die Orthodoxie des Marxismus hängt am Dogmatismus der Verhältnisse (vgl. Ritsert 1973: 44)

Marx ist allerdings auch der schärfste Kritiker der Reduktion menschlicher Kooperation auf Warentausch. In den Grundrissen formuliert er: „Die erste Produktivkraft ist das Gemeinwesen selbst“ (S. 375). Implizit schließt er hier an Rousseau an, der von einer ursprünglichen, quasi „natürlichen“ freien und gleichen Kooperation ausgeht, die historisch durch repressive Institutionen verdeckt bzw. gestört worden ist. Die allseitige, umfassende Kooperation als menschliche Selbstschöpfung und menschlichen Reichtums finden wir nicht nur bei Marx als zentralen Bezugspunkt, sondern auch z.B. bei Peter Kropotkin. Der Mitbegründer des Anarchismus war vom Zaren Mitte des 19. Jahrhunderts nach Sibirien

verbannt worden. Hier hatte er genügend Zeit und Muße, naturwissenschaftliche Studien zu betreiben. Ungefähr gleichzeitig mit Darwins bahnbrechenden Untersuchungen zur Genese tierischer und menschlicher Arten interpretierte Kropotkin die gleichen Befunde in ganz konträrer Art. Während Darwin meinte, die Evolution durch das „survival of the fittest“, das sich Durchsetzen der jeweils den Bedingungen angemessensten Verhaltensmodi, zu erklären, beschrieb Kropotkin den gleichen Vorgang als das Überleben der Spezies, die am besten mit ihrer Umwelt kooperieren konnten und können. Blütenbestäubung und die Funktion der Insekten sind das bekannteste Beispiel für eine derartig lebensnotwendige und „grenzüberschreitende“ Kooperation. (Dass Kropotkin als der eigentliche Begründer moderner Ökologie so selten genannt wird, verwundert, hat aber sicherlich politische Gründe.) Während Darwins Befunde sowohl mit liberalistischen Konkurrenzvorstellungen als auch mit rassistischen Inhalten sozial gefüllt wurden (Sozialdarwinismus) und so mit dem Marktmodell kompatibel sind – was wir bis heute in Konzepten des rational choice und anderer utilitaristischer Ansätze finden –, erweiterte Kropotkin seine Beobachtungen zu einem umfassenden Konzept von Kooperation als Basis einer lebensnotwendigen gegenseitigen Hilfe. Sein Konzept des Mutualismus (Mutualité, Mutuality) ist bis heute – auch hier wohl aus politischen Gründen – in der Sozialen Arbeit nur wenig rezipiert worden (Ausnahme: Gil 2006).

Während sich aus dem Marktmodell bestenfalls eine „rational choice“-Soziale Arbeit ableiten ließe, lässt sich auf der Basis von Kooperation als eigenständiger Realität ein sinnvolles und kritisches Konzept Sozialer Arbeit begründen. Dazu zwei Hinweise, die nicht mehr als Andeutungen sein können, aber deutlich machen sollen, worauf eine moralische Ökonomie der Sozialen Arbeit aufbaut.

(1) Das Soziale ist das aktuelle Kooperationsgeflecht von Menschen untereinander, das wir täglich neu produzieren und damit Gesellschaft immer wieder reproduzieren (vgl. ausführlicher: Kunstreich 2000, S. 8 ff.). Dieses Kooperationsgeflecht lässt sich weder auf psychische Prozesse in den Individuen reduzieren noch auf gesellschaftliche Strukturen, steht zu beiden aber in enger Beziehung. So „spiegeln“ psychische Introjektionen unser soziales Erleben in einer Welt, deren Beziehungen und deren in ihnen inkorporierten Strukturen „immer schon“ vorhanden sind. In diesem Sinne sind Strukturen also objektiv. Das Soziale kann folgerichtig als ein eigener und analytisch unterscheidbarer „Zwischenraum“ verstanden werden, in dem sich das „Sein des Menschen“ als „wirklicher Lebensprozess“ realisiert (Marx, Engels [1846]: 28).

(2) Will man das Soziale als aktuelles Kooperationsgeflecht nicht formal als Netz bzw. als Vernetzung bezeichnen, sondern die Qualität dieser vielfachen alltäglichen Verstrickungen betonen, so scheint mir die Bezeichnung „Sozialität“ für das Erleben dieses aktuellen Beziehungsgeflechtes aus Gruppenzugehörigkeit

und Geselligkeit angemessen, realisieren sich hier doch all die Momente, mit denen Aries die Elemente der mittelalterlichen Sozialität kennzeichnete, die sich in einem „sehr dichten und warmen“ Milieu „kristallisierten,“ in dem man „seine Neigungen einigermaßen ungezwungen sprechen lassen durfte“ (1978: 47). Begriff und Inhalt der modernen „Sozialität“ lassen sich entsprechend als eine empirische Konkretion des Sozialen verstehen, als das jeweils erlebte Kooperationsgeflecht von Akteuren untereinander. Im Unterschied zur sozialräumlichen Einheit von Produktion und Reproduktion historischer Sozialität ist jede/jeder von uns heute – entsprechend der vielfältigen Ausdifferenzierung von Produktions- und Reproduktionsbereichen, der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, der Separierung der Geschlechter und der Altersstufen – Mitglied in mehreren Sozialitäten, die sich zum Teil überlappen, zum Teil unterschiedlichen sozialen Räumen angehören (z.B. Betrieb und Verein; Hamburg und Siegen ...) oder nur zu gewissen Alterstufen passen (Disco oder Kaffeekränzchen). Sozialitäten in diesem Sinne haben einige typischen Charakteristika:

- ▷ Gedanklicher und empirischer Ausgangspunkt sind aktive, handelnde Personen, die sich ihrer Einmaligkeit dadurch versichern, dass sie Mitglied in Sozialitäten sind oder – wie Bruno Bettelheim diesen Sachverhalt kurz und bündig umschreibt: „Wir fühlen uns sicher in dem Maße, in dem wir für diejenigen wichtig sind, die Bedeutung für unser Leben haben“ (1978: 257).
- ▷ Sozialitäten sind immer transversal, d.h. sie bilden sich quer zur hegemonialen Institutionen von Familie, Schule, Betrieb, Partei, usw.. Sie sind aber auf formelle Mitgliedschaften bzw. Teilhabemöglichkeiten in diesen angewiesen – nicht nur wegen der Notwendigkeit der Re-Produktion, sondern auch weil sich hier die wahrscheinlichste Chance der Kontaktaufnahme ergibt, d.h. der Aufnahme von Mitgliedschaften in neuen Sozialitäten (vgl. Kunstreich 2000: 16 f.).

Fazit: „Markt“ heute ist nicht nur eine metaphysische, sondern vor allem eine hegemoniale Metapher. Die herrschende moralische Ökonomie des Marktes hat die Austauschbarkeit der Menschen – genauer: der Arbeitskraft – zur Voraussetzung. „Markt“ negiert damit die Einzigartigkeit und Einmaligkeit jeder Person, während Kooperation als die Basis der moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit Bedingung dafür ist, dass jede und jeder Einzelne in ihrer bzw. seiner Einzigartigkeit anerkannt wird, beziehungsweise diese Anerkennung auch wirklich praktisch erlebt.

Macht – statt individueller Nachfragemacht kollektive Teilhabemacht

„Macht“ kommt in der Sozialen Arbeit weder als Begriff noch gar als produktives Konzept vor – bis auf eine Ausnahme: Empowerment. Dass es dafür keine deutsche Übersetzung gibt, hat nicht nur damit zu tun, dass die wörtliche Übersetzung „Ermächtigung“ zu sehr belastet ist, sondern auch damit, dass wir von der Sache her Macht im Kontext Sozialer Arbeit kaum etwas Positives abgewinnen können. Der Begriff ist negativ besetzt, sowohl im Alltag als auch wissenschaftlich. „Macht“ ist eher ein Tabu in der Sozialen Arbeit. Vielleicht hat es das Macht-bewusste Neue Steuerungsmodell deshalb so leicht in der Sozialen Arbeit, weil keine Vorstellung von eigener Macht vorhanden ist. Im NSM dominiert allerdings ein instrumenteller Machtbegriff, wie er von Max Weber formuliert wurde und wie er seit dem immer wieder rezipiert und modifiziert wurde: „*Macht* bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (1984: 89). Die eigenen Vorstellungen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, widerstrebt jeglichem professionellen Selbstbild in der Sozialen Arbeit, das sich doch wesentlich auf Hilfe und Unterstützung bezieht. Wenn Macht in diesem Sinne überhaupt erlebt wird, dann als der Zwang zur Anpassung an Marktgängigkeit und Normkonformität.

Gegen diese Vorstellung von Macht hat Hannah Arendt einen Machtbegriff entwickelt, der konstitutiv für das Verständnis einer moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit ist: „*Macht* entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einverständnis mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt so lange existent, als die Gruppe zusammenhält. [...]. In dem Augenblick in dem die Gruppe, die den Machthaber ermächtigte und ihm die Macht verlieh [...], auseinander geht, vergeht auch seine Macht“ (1987: 40). „Macht“ – so könnte man in Bezug auf die meisten Handlungssituationen in der Sozialen Arbeit sagen – entsteht also nur in jenen (eher seltenen) Momenten, in denen Professionelle und Adressaten „sich zusammenschließen und im Einverständnis miteinander handeln“, sie also „ein gemeinsames Drittes“ entdecken und praktisch realisieren (vgl. Langhanky u.a. 2004).

Aber würde ein derartiges Konzept von Macht als auf Konsens basierend nicht den Zwang der institutionellen Mitgliedschaft und den damit verbundenen normativen Zwängen vernachlässigen? Hans Falck gibt in seiner Membershiptheorie der Sozialen Arbeit (1997) eine Reihe von Hinweisen, dass das nicht der Fall sein muss. Noch grundsätzlicher verbindet allerdings Foucault den Arendtschen

Ansatz mit dem von Max Weber: Michel Foucault hebt beide Positionen auf, wenn er Relationalität und Handlungsoptionen (in Richtung auf Arendt) und Einwirkung auf den Anderen (in Richtung auf Weber) zusammen denkt: Eine Machtbeziehung „ist von sich aus weder eine Gewalt, die sich bisweilen zu verstecken weiß, noch ein Konsens, der sich aus sich selbst erneuert. Sie ist ein Ensemble von Handlungen im Hinblick auf mögliche Handlungen; sie operiert auf dem Möglichkeitsfeld, in das sich das Verhalten der handelnden Individuen eingeschrieben hat: Sie stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt, macht mehr oder weniger wahrscheinlich; im Grenzfall nötigt oder verhindert sie vollständig; aber stets handelt es sich um eine Weise des Einwirkens auf ein oder mehrer handelnde Subjekte, und dies, sofern sie handeln oder zum handeln fähig sind. Ein Handeln auf Handlungen“ (Foucault, in: Lemke 1997: 304f.).

„Ein Handeln auf Handlungen“ – jede soziale Handlung findet in einem spezifischen historischen und sozialitären Kontext statt, der den Handlungen erst ihre Bedeutung verleiht. Diese „doppelte Strukturierung“ – wie Giddens diesen Prozess von Strukturieren und strukturiert werden bezeichnet (1984: 148) –, lässt sich auch als Kräftefeld beschreiben, „d.h. als ein Ensemble objektiver Kräfteverhältnisse, die allen in das Feld Eintretenden gegenüber sich als Zwang auferlegen und weder auf die individuellen Intentionen der Einzelakteure noch auf deren direkte Interaktion zurückführbar sind“ (Bourdieu 1985: 10). Ohne die aber – so lässt sich ergänzen – eben diese Kräfteverhältnisse weder reproduziert noch modifiziert werden können. Die Kräfte, die in den unterschiedlichen Feldern des Sozialen Raumes aufeinander treffen, kennzeichnet Bourdieu als unterschiedliche Kapitalsorten: als ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital, das im Alltag als symbolisches Kapital wahrgenommen wird. Die Verfügung über bzw. der tendenzielle Ausschluss von bestimmten Kapitalsorten markieren die gesellschaftliche Position eines jeden Gesellschaftsmitgliedes, sie steuern also Teilhabe und Partizipation bzw. Mitgliedschaften in gesellschaftlichen Feldern – und deren Deutung als gerechte oder ungerechte Platzierung. In diesem mehrdimensionalen Raum gibt es nicht nur ein „Oben“ und ein „Unten“, sondern auch unterschiedliche kollektive Repräsentationen von sozialer Gerechtigkeit. Welche Deutungen, welches Modell dominiert, ist eine Frage der Hegemonie, d.h. des primär zwanglosen Einverständnisses mit den herrschenden Strukturen und Gesellschaftsbildern. Bourdieu macht in seinen zahlreichen empirischen Untersuchungen deutlich, dass der soziale Raum aus einer fast unendlichen Vielzahl von Relationen in und zwischen Sozialitäten besteht. Diese Relationen drücken auch immer Machtverhältnisse aus – das Maß der Macht oder die „Währung“ der Macht ist der Umfang und die Zusammensetzung der verfügbaren Kapitalien; oder anders formuliert: *die kooperative Verfügung über ökonomische, kulturelle und soziale Ressourcen und damit über reale Teilhaben.*

Die meisten Kämpfe und die wichtigsten Auseinandersetzungen und Koalitionen zwischen Sozialitäten drehen sich um ihre als „gerecht“ oder „ungerecht“ erlebte soziale Platzierung. Hier ist die Arena, in der konfligierende oder übereinstimmende Positionen gefunden werden. Aus der Perspektive der Akteure geht es um die Erlangung einer „gerechteren“ Position bzw. um die Verbesserung oder Verteidigung einer im Wesentlichen als „gerecht“ erlebten Position im Alltagsleben. Wie in jeder Politik geht es hier um Macht bzw. um Überwindung von Ohnmacht. Im Unterschied zur Herrschaft als institutionalisierter, legitimer und meist legaler Macht, die auf Dauer gestellt ist, geht es hier um soziale Räume und soziale Zeiten, die quer (transversal) zu den Herrschaftsstrukturen liegen, diese durch ihre Aktivitäten aber immer wieder reproduzieren und modifizieren.

Wie zentral und bedeutsam dieser Aspekt für das Konzept der „moralischen Ökonomie“ ist, unterstreichen die grundlegenden Arbeiten von Francis Fox Piven und Richard A. Cloward (1977; 1986), in denen sie am Beispiel der Sozialen Bewegungen in den Vereinigten Staaten nachweisen, dass aus den Institutionen des Sozialstaates nicht nur keine Innovationen hervorgegangen sind, sondern diese – aus ihrer Funktionsweise heraus – bestenfalls auf Verteilung, in der Regel aber auf Kontrolle und Repression ausgerichtet waren und sind. Innovationen, Veränderungen und Erweiterung von Rechten hingegen sind immer in Konsequenz von regelverletzenden, „aufmüpfigen“ und kreativen Sozialen Bewegungen realisiert worden. Nicht selten passierte (und passiert) es, dass derartige Errungenschaften durch die Form ihrer Institutionalisierung wieder zurückgenommen wurden. Dieser Aspekt unterstreicht noch einmal den prozesshaften und offenen, nicht-teleologischen Aspekt einer moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit. Ein letzter Aspekt zum Thema „Macht“ sei abschließend noch hervorgehoben: Macht in der Nachfolge von Hannah Arendt bedeutet immer, dass diese soziale Relationierung immer im Gegensatz zu Gewalt steht. Gewalt – so Hannah Arendt – wenden diejenigen an, die keine Macht (mehr) haben (1987). In diesem Sinne ist die moralische Ökonomie der Sozialen Arbeit strikt gewaltfrei.

Moral – nicht moralisieren

Im Unterschied zu den Begriffen „Markt“ und „Macht“, denen das Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik (Otto/Thiersch 2001) kein eigenes Stichwort widmet, finden wir zum Thema „Moral“ gleich zwei Artikel, einen von Micha Brumlik über Moralerziehung (ebd.: 1236 ff.), und einen von Hans Thiersch zum Thema: Moral und Soziale Arbeit (ebd.: 1245 ff.). Gemeinsam ist beiden, dass sie Moral für ein zentrales Thema unserer Profession halten, denn eine Handlungswissenschaft kann ebenso wenig wie das Handeln selbst ohne Moral auskommen.

Es ist nicht möglich, nicht moralisch zu handeln, könnte man in Anlehnung an Watzlawik u.a.(1974) formulieren. Man kann „unmoralisch“ handeln, aber auch dieses Handeln hat seinen Bezugspunkt zur Moral. Thiersch konstatiert ein wieder stärkeres Anwachsen der Tendenz, Moral mit Moralisieren zu verwechseln, d.h. er kritisiert die Übernahme herrschender Moralvorstellungen der Marktgängigkeit – „von der Sorge zur Härte“ hat Michael Lindenberg (2001) diese Tendenz gekennzeichnet. Thiersch schlägt deshalb vor, sich von der Vorstellung einer einzigen (gültigen) Moral zu trennen und stattdessen den Begriff nur noch im Plural zu verwenden: also von Moral(en) zu sprechen. Damit die mögliche Vielfalt sich nicht in postmoderner Beliebigkeit verliert, zieht er eine Grundlinie, hinter die keine Moral zurück kann: die sozialpolitische und rechtliche Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder. Diese sicherlich plausible und von vielen – auch von mir – teilbare Setzung lässt jedoch breiten Spielraum, z.B. auch für neo-liberale Moral(en) der Gleichheit z.B. der Marktakteure.

Während Thiersch die moralischen Diskurse im Sozialen belässt, geht Brumlik der seit Aristoteles gängigen Überzeugung nach, dass Moral etwas mit Erziehung zu tun habe. Mit Bezug auf Hobbes und Rousseau untersucht er die beiden bis heutige gültigen Fragestellungen:

- ▷ Ist eine moralische Erziehung nötig um den „natürlichen“ Egoismus der Individuen gesellschaftsfähig zu machen? Hobbes bejahte diese Frage, denn seiner Meinung nach ist ein Mensch des anderen Wolf. Wenn auch in der Begründung anders, so kommt auch Freud zu einer ähnlichen Konsequenz: nur durch Moral gelingt es dem Über-Ich, das Es, die Triebimpulse zu regulieren.
- ▷ Oder ist Moral etwas, was allen Menschen innewohnt, diese moralische Position aber durch repressive Konvention und Institutionen verbogen oder sogar umgebogen wurde? Diese Position vertritt Rousseau mit seinem Konzept der natürlichen Gleichheit und der wertschätzenden Geselligkeit der Menschen. In dieser Linie lässt sich auch Piaget verorten, der nach Autonomie kindlicher und jugendlicher Entwicklung fragt und sie gegen die Heteronomie, die Fremdbestimmung durch die Regeln der Erwachsenenwelt (auch der Eltern) abgrenzt. Diesen Ansatz weiterführend entwickelt Kohlberg das Konzept der präkonventionellen, konventionellen und postkonventionellen Moral. Erweitert durch Selmans Konzept der wechselseitigen Perspektivübernahme ergibt sich ein in sich stimmiges, empirisch gut gesichertes Konzept von Moralerziehung als Erziehung zu einer autonomen Persönlichkeit, an dem höchstens die „Kopflastigkeit“, d.h. die zu starke Orientierung auf verbale Kompetenzen und die ausschließlich prozedurale Orientierung zu kritisieren ist (Brumlik 2001: 1245 ff.).

Dieser zuletzt genannte Aspekt – dass nichts über den Inhalt einer Moral ausgesagt wird – ist für eine moralische Ökonomie der Sozialen Arbeit ebenso

bedeutsam, wie die von Thiersch gemachte Setzung, dass es keine Moral der Ungleichheit geben darf. Wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive stellen doch beide die Frage nach einer quasi anthropologisch begründeten Moral. Die Antwort kann hier auch nicht gefunden werden, jedoch versuche ich, anhand eines Beispiels die Richtung meiner Suche anzuzeigen: zu Beginn meines Studiums ging ich in Vorlesungen zweier damals hoch geschätzter Professoren: des Juristen Sieverts, ein bekannter Jugendrechtler, und des Psychiaters Bürger-Prinz, ebenfalls eine Koryphäe auf seinem Gebiet. Beide waren Nazis gewesen und am Aufbau und Ausbau des Mustergau Hamburg aktiv beteiligt (vgl. Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth 1984). Beiden würde ich zu dem Zeitpunkt, an dem ich sie kennen lernte, eine postkonventionelle moralische Position zubilligen, beide haben aber in grundlegender Weise unmoralisch gehandelt, indem sie Menschen der Vernichtung zuführten, d.h. die bürokratischen Regularien zu deren Ausgrenzung mit verfassten. Dieses Beispiel verallgemeinert Zygmunt Bauman, wenn er im Anschluss an Hannah Arendt feststellt: „Menschliches Verhalten kann, selbst wenn es von der betreffenden Gruppe – ja von allen gesellschaftlichen Gruppen – verurteilt wird, zutiefst moralisch sein; umgekehrt kann gesellschaftlich gewünschtes Verhalten, selbst wenn darüber Konsens herrscht, unmoralisch sein. [...]. Die Frage der gesellschaftlichen Fundierung moralischer Autorität ist, anders ausgedrückt, für deren Legitimation irrelevant“ (1992: 192 f.).

Die Konsequenz daraus: „Die Gesellschaft verfährt mit der moralischen Fähigkeit nicht anders als mit jeder Art von Widersätzlichkeit, sie unterdrückt und instrumentalisiert sie oder lenkt sie in für nützlich oder unschädlich gehaltene Bahnen. *Der Sozialisationsprozess dient der Manipulation der moralischen Fähigkeit* – nicht ihrer Erzeugung. Die moralische Fähigkeit ist keineswegs nur das Objekt sozialer Manipulation, sondern enthält auch Elemente, die der Sozialisation widerstehen oder sich ihr entziehen vermögen“ (193, Hervorhebung i.O.). Aus diesem Beispiel schließt Bauman, dass moralische Fähigkeiten in dem Sinne prä-sozial sind, als sie vor dem vielfältig institutionell geprägten Gefüge einer Gesellschaft ihren Ort haben. „Moralisches Verhalten ist allein im menschlichen Miteinander, in der ‚Gegenwart des anderen‘, im zwischenmenschlichen Kontext, denkbar und keineswegs dem Wirken von Bildungsinstitutionen oder einem überindividuellen System von Strafen zu verdanken“ (193). Die „Gegenwart des Anderen“ ist in der Terminologie von Emanuel Levinas, auf den sich Bauman hier bezieht, der zentrale Bezugspunkt jeder Moral. In ihrem Kernpunkt meint sie die voraussetzungslose Verantwortung für das Gegenüber. „Verantwortung, das Grundelement moralischen Verhaltens, entsteht aus der Nähe des anderen. Nähe bedeutet Verantwortung und Verantwortung ist *Nähe*. [...]. Der Gegensatz zu Nähe ist soziale Distanz. Das moralische Attribut von Nähe ist Verantwortung; das moralische Attribut sozialer Distanz ist fehlender moralischer Bezug oder Heterophobie. *Verantwortung verschwindet, sobald Nähe nicht mehr besteht,*

und kann sogar durch Ressentiments ersetzt werden, wenn der Mitmensch in den Fremden transformiert wird. Der Prozess dieser Transformation ist die soziale Absonderung“ (ebd.: 198, Hervorhebung i.O.).

Distanz wird sozial und institutionell hergestellt durch die Trennung von Zweck und Moral. Bauman hebt vor allem zwei parallele Prozesse der Distanzierung hervor:

- ▷ Die horizontale Arbeitsteilung, die das Erleben einer Verantwortung für den gesamten Arbeitsprozess fast unmöglich macht. Sieverts und Bürger-Prinz würden es z.B. empört zurück gewiesen haben, in irgendeiner Weise irgendwas mit dem Holocaust zu tun zu haben.
- ▷ Die „Substitution moralischer durch technisch-formale Verantwortung“ insbesondere durch die sich immer vergrößernde Vielfalt von Spezialisten. „Entscheidend ist, ob die technischen Ressourcen optimal genutzt und die Maßnahme kosteneffizient durchgeführt wurden“ (ebd.: 116).

Zu einer ähnlichen Konsequenz gelangt übrigens auch Foucault, wenn er von einer Ethik der Existenz spricht, und diese als eigensinnige und eigenständige Struktur denkt, die existiert, „ohne sich auf ein Rechtswesen, ein Autoritätssystem oder eine Disziplinstruktur beziehen zu müssen“ (in: Lemke 1997: 303).

Dieses ethische Konzept von Nähe und Distanz ist grundlegend für eine moralische Ökonomie der Sozialen Arbeit. Vielleicht steht sie nicht im Gegensatz zur gängigen Harmonisierung der Balance zwischen Nähe und Distanz, sie geht aber deutlich darüber hinaus, wenn sie die Nähe von Angesicht zu Angesicht zum Ausgangspunkt und Basis ihrer Praxis macht. Aus dieser Perspektive sind Distanz und Nähe zwischenmenschliche „Maßeinheiten“, nicht innerpsychische. Auf die Konsequenz dieser „moralischen Tatsache“ will ich abschließend eingehen und dabei die schon gemachten Schlussfolgerungen zu „Markt“ und „Macht“ einbeziehen.

Abschließende Bemerkungen

„Markt“ – soviel sollte deutlich geworden sein – ist für eine moralische Ökonomie der Sozialen Arbeit in erster Linie ein hegemonialer Kampfbegriff, der nichts oder wenig über die Wirklichkeit kapitalistischer Akkumulation aussagt. „Markt“ ist praktisch gesehen im Alltagsleben ein Medium der Kooperation – und als solches sowohl vor- als auch nachkapitalistisch. Kooperation als Basis-Relation der moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit kann nur in Nähe zum Anderen realisiert werden. Macht – so lässt sich nun ergänzen – entsteht im gemeinsamen Tun, Handeln und Erfinden, gelingt also nur in Kooperation, nur „im Antlitz des Gegenüber“. Moral basiert auf der vorraussetzungslosen Anerkennung des Gegenüber und der damit verbundenen Verantwortung.

„Kooperation – Teilhabemacht – Anerkennung“ markieren die Position einer moralischen Ökonomie der Sozialen Arbeit in den Kampfarenen „Markt – Macht – Moral“. Praktischer, konzeptioneller und politischer Bezugspunkt von Kooperation, Teilhabemacht und Anerkennung ist eine grundlegende Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, genauer: von als gerecht erlebter sozialer Platzierung, die Besonderheit und Differenz erst ermöglicht. Hier geht es um eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit in dem Sinne, dass es um gleichberechtigte Platzierung aller Gesellschaftsmitglieder durch Kooperation geht (vgl. Spehr 2002). In Anlehnung an Martin Buber bezeichnet Paulo Freire (1973: 90) dieses Grundverhältnis mit dem sozialen Code „**mit**“ – miteinander und in Kooperation eine Sache aneignen, ein Projekt betreiben, miteinander Grenzen überschreiten. Dieser Bezugspunkt einer egalitären Gerechtigkeitsvorstellung gilt auch für darauf bezogene professionelle und wissenschaftliche Konzepte (Gil 2006). Vor diesem Hintergrund ist also Gerechtigkeit und nicht Hilfe der eigentliche Bezugspunkt Sozialer Arbeit; oder, wenn es „Hilfe“ sein soll, dann aber konkreter: als Unterstützung beim Streben nach einer gerechten Platzierung in dieser von patriarchalen Ungleichheitsstrukturen gekennzeichneten Gesellschaft (vgl. Kunstreich 2000: 18 ff.; Weber 2003).

Ein derartiges Konzept moralischer Ökonomie der Sozialen Arbeit steht damit im deutlichen Kontrast zur moralischen Ökonomie des Neuen Steuerungsmodells und vergleichbaren Ansätzen. Deren Sozialer Code ist das „**für**“ – Produkte werden für Kunden erstellt; Diagnosen (nach Kurt Hekele „üble Nachrede“ – vgl. WIDERSPRÜCHE, Heft 88, 2004) werden für Klienten erstellt, kurz: Haltung und Praxis signalisieren den AdressatInnen: „Ich weiß was gut für Dich ist. Ich habe für Dich die richtige soziale Platzierung.“ Auch in dieser Position steckt eine Vorstellung von Gerechtigkeit, eine patriarchalische Gerechtigkeitsvorstellung. In ihr gibt es immer einen lieben Gott, einen guten Staat, eine weise und professionelle Institution, die weiß, wer auf welchen Platz in dieser Gesellschaft gehört. Diese ist zweifelsohne die dominante Vorstellung von Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und in unserer Profession. Sollen die moralischen Ökonomien von Sozialitäten Ausgangspunkt Sozialer Arbeit sein, soll die Kooperation in und mit ihnen im Mittelpunkt stehen, sollen deren Teilhabemacht und Anerkennung gestärkt werden, dann beinhalten sie den Versuch, gerechtere Platzierung nach Maßgabe der Adressaten zu realisieren, indem wir unter anderem fehlende Ressourcen mobilisieren, seien sie nun ökonomischer, kultureller oder sozialer Art (vgl. Langhanky u.a. 2004). Dabei kommt es nicht selten vor, dass wir Professionelle scheitern, weil die hegemoniale institutionelle Verfasstheit nur eine begrenzte Zahl von Positionen für „gerecht“ hält. Der habituell kontrolliert konsumierende Drogengebraucher gehört z.B. nicht dazu. Eine derartige Praxis – das sei abschließend vermerkt – lässt sich methodisch und inhaltlich als „generative Methodik“ charakterisieren. Eine professionelle Praxis

als „generativer“ Dialog hat seit Jane Addams und Martin Buber eine professions-politische Fundierung, die eine noch längst nicht genügend beachtete Traditionslinie Sozialer Arbeit stiftet: Von den beiden genannten über Siegfried Bernfeld und Janusz Korczak bis Paulo Freire. In dieser Linie war und ist ein Perspektivwechsel enthalten, den Freire wie folgt charakterisiert: „Weil Dialog Begegnung zwischen Menschen ist, die die Welt benennen, darf er keine Situation bilden, in denen einige Menschen auf Kosten anderer die Welt benennen [z.B. durch Diagnosen und Klassifizierungen – TK]. [... Der Dialog] darf nicht als handliches Instrument zur Beherrschung von Menschen durch andere dienen. Die Herrschaft, die der Dialog impliziert ist die Beherrschung der Welt durch die im Dialog Befindlichen. Er ist die Eroberung der Welt um die Befreiung der Menschen willen“ (Freire 1973: 72).

Literatur

- Arendt, H.: Macht und Gewalt, München 1987, 6. Aufl.
- Aries, P.: Geschichte der Kindheit, München 1978
- Bauman, Z.: Dialektik der Ordnung, Hamburg 1992
- Bettelheim, B.: Der Weg aus dem Labyrinth. Leben lernen als Therapie, Frankfurt/M., 1978
- Bourdieu, P.: Sozialer Raum und Klasse, Frankfurt/M. 1985
- Brumlik, M.: Moralerziehung, in: H.-U. Otto/H. Thiersch (Hg.), Handbuch Sozialarbeit/ Sozialpädagogik, Neuwied/Kriftel 2001, S. 1236 ff.
- Ebbinghaus, A.: H. Kaupen-Haas, K.-H. Roth, Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, Hamburg 1984
- Falck, H.: Membership, Stuttgart 1997
- Foucault, M.: Was ist Kritik? Berlin 1982
- Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg 1973
- Giddens, A.: Interpretative Soziologie, Frankfurt/M. 1984
- Gil, D.: Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, Bielefeld 2006
- Gil, D.: Unravelling Social Policy, Rocheste 1992, 5. Aufl.
- Görg, C., R. Roth (Hg.): Kein Staat zu machen, Münster 1998
- Horkheimer, M.: Traditionelle und kritische Theorie, in: ders., Kritische Theorie der Gesellschaft, Bd.2, Reinbek 1968, S. 137–200
- KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung): Outputorientierte Steuerung in der Jugendhilfe, Bericht 9, Köln 1994
- Keckeisen, W.: Pädagogik zwischen Kritik und Praxis, Weinheim 1984
- Kropotkin, P.: Mutual Aid, Boston 1956
- Kunstreich, T.: Das „Neue Steuerungsmodell“ (NSM), in: WIDERSPRÜCHE, Heft 59, 1996, S. 57–73
- Kunstreich, T.: Transversale Ökonomien, in: H. Ihmig (Hg.), Wochenmarkt und Weltmarkt, Bielefeld 2000, S. 116–124
- Kunstreich, T.: kritische Theorie/ historischer Materialismus, in: H.-U. Otto/ H. Thiersch (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/ Sozialpädagogik, Neuwied/Kriftel 2001, S. 1084–1097

- Kunstreich, T.: Grundkurs Soziale Arbeit, Bd I, Bielefeld 20002 , Bd II, Bielefeld 20012
 Langhanky, M., C. Friß, M. Hußmann, T. Kunstreich: Erfolgreich sozialräumlich handeln, Bielefeld 2004
 Lemke,T.: Eine Kritik der politischen Vernunft, Berlin/Hamburg 1997
 Lindenberg, M. (Hg.): Von der Sorge zur Härte, Bielefeld 2001
 Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch, Darmstadt/Newwied 1967
 Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857/1858), Berlin 1974
 Marx, K., Engels, F.: Die deutsche Ideologie [1846], MEW 3, Berlin 1973
 Piven, F.F.: Cloward, R.A., Regulierung der Armut, Frankfurt/M. 1977
 Piven, F.F.: Aufstand der Armen, Frankfurt/M. 1986
 Ritsert, J.: Probleme politisch-ökonomischer Theoriebildung, Frankfurt/M. 1973
 Smith, A.: Inquiry on the Wealth of the Nations [1776], Indianapolis 1961
 Spehr, C.: Gleicher als Andere, Berlin 2002
 Thiersch, H.: Moral, in: H.-U. Otto/ H. Thiersch (Hg.), Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied/Kriftel 2001, S. 1245ff.
 Thompson, E.P.: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt/M. 1980
 Vester, M.: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess, Frankfurt/M. 1970
 Watzlawik, P., J. Beavin, D. Jackson: Menschliche Kommunikation, Bern/Stuttgart/Wien 1974
 Weber, J.: Philosophie des Helfens, Münster/Hamburg/London 2003
 Weber, M.: Soziologische Grundbegriffe, Tübingen 1984, 6. Auflage
 WIDERSPRÜCHE, „Neo- Diagnostik“, Heft 88, 2004

*Prof. Dr. Timm Kunstreich, Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie,
 Horner Weg 170, 22111 Hamburg
 E-mail: timmkunstreich@aol.com*

Cornelia Frieß und Marcus Hußmann

Alternative professionelle Aktionsmuster Sozialer Arbeit

Eine Reflexion des sozialraumorientierten Handelns der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren aus der Perspektive „moralischer Ökonomien“ des 18. Jahrhunderts

In Hamburg haben die Kinder- und Familienhilfezentren (KiFaZ) Arbeitsprinzipien entwickelt, die auf Verständigung und Kooperation basieren und sich an der Lebenswelt sowie an den sozialen Räumen ihrer Adressaten orientieren. Der Beitrag reflektiert Evaluationsergebnisse der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren (Langhanky et al. 2003, 2004) aus der Perspektive „moralischer Ökonomien“, mit denen Edward P. Thompson die Kämpfe der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert beschreibt. Es werden Merkmale „moralischer Ökonomien“ dargestellt und in Bezug zu gegenwärtigen sozialstaatlichen Transformationsprozessen und zur Sozialen Arbeit diskutiert. In einer Reflexion von KiFaZ-Arbeitsweisen in Anbetracht „moralischer Ökonomien“ werden alternative professionelle Aktionsmuster vorgestellt, die den Gebrauchswert der Zentren im Alltag der NutzerInnen und deren Rolle als MitgestalterInnen des Sozialen Raumes begründen sowie die Fallarbeit aus einer „Feld“-Perspektive ermöglichen.

KiFaZ – kurz vorgestellt

Seit 1998 existieren in Hamburg in jedem der sieben Stadtbezirke ein bis zwei sogenannte „Kinder- und Familienhilfezentren“ – kurz KiFaZ. Diese Zentren arbeiten in Familien entlastenden bzw. unterstützenden Settings (vgl. Langhanky et al. 2005: 395). Der Begriff KiFaZ umfasst eine heterogene Praxis und vereint eine Vielzahl von Angeboten und Methoden, die man im Bereich der Kinder-, Jugend- oder Familienhilfe, der Jugendarbeit oder der Gesundheitshilfe oft separat antrifft, wie z.B. Maßnahmen, die der „Hilfe zur Erziehung“ nach dem achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII §§27ff) ähneln, offene Angebote, wie man sie aus

der offenen Jugendarbeit oder auch der Volkshochschule her kennt, bis hin zu Sozial- oder Familienberatung und Beschäftigungsangeboten. Die KiFaZ richten ihre Arbeit in Abhängigkeit zur Region, den dortigen Kooperations- und Trägertraditionen sowie den spezifischen Sozialitäten im Quartier aus. Sie arbeiten im Vergleich zu den nach bestimmten Leistungsparagrafen und richtungsweisenden Gesetzen ‚versäulten‘ Einrichtungen und Sparten der Hilfelandschaft – Erziehung, Gesundheit, Bildung – übergreifend und zeigen sich so für alle anfallenden Bedarfe zunächst zuständig. Die jeweilige Handlungsaufforderung – der so genannte „Fall“ Sozialer Arbeit (vgl. Kunstreich et al. 2003: 27) – wird im Kontext der Region bzw. als „Fall im Feld“ bearbeitet. Dabei nutzen und erschließen die in den KiFaZ Tätigen Ressourcen. Die Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren verfügen über eine relativ gesicherte finanzielle Grundlage. Sie wurden mit dem Auftrag gegründet, sowohl durch Hilfen im Einzelfall und Gruppenangeboten als auch mittels Kooperation und Vernetzung Sozialisationsbedingungen in den Regionen zu verbessern (vgl. Langhanky et al. 2004: 127). Fast alle Einrichtungen befinden sich in strukturarmen bzw. marginalisierten Hamburger Stadtteilen oder in Großwohnsiedlungen. Die Ausstattung der KiFaZ reicht vom neu gebauten Bürgerzentrum mit Restauration, über Stadtteilzentren mit multifunktionell genutzten Räumen bis hin zu kleinen Büros, die als KiFaZ kaum sichtbar sind. Die kleineren Einrichtungen agieren vor allem als Kooperationszentrale und nutzen vermehrt die Räumlichkeiten anderer Institutionen in der Region für ihre Angebote, z.B. Elternschulen, Gesamtschulen oder offene Jugendeinrichtungen.

Die Arbeit der KiFaZ wurde 2002/2003 durch die Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik des Rauhen Hauses Hamburg unter der Forschungsleitung von Michael Langhanky und Timm Kunstreich evaluiert. Wir haben als wissenschaftliche MitarbeiterInnen von 2002 bis 2003 an der Evaluation der KiFaZ mitgewirkt. Die Untersuchung hat gezeigt, dass eine hohe Symmetrie zwischen den Interessen, Anliegen, Problemen und Positionen der NutzerInnen, anderen Professionellen im Feld und den Arbeitsprinzipien sowie den Ressourcen der KiFaZ existiert. Ferner wurde deutlich, dass diese Symmetrie in einem Handlungszusammenhang von Arbeitsprinzipien und Methoden der KiFaZ entsteht. In den unterschiedlichen Arbeitsprinzipien haben wir Gemeinsamkeiten erkannt, die wir in Anlehnung an Paulo Freires „generative Themen“ (1973) als „generative Methode“ (Langhanky et al. 2005) beschrieben haben. Diese generative Methodik richtet sich auf die Binnenstruktur der Organisation, die Subjektorientierung, die Kooperationspraxis und auf den Quartiersbezug (vgl. Langhanky et al. 2004: 89ff; Langhanky et al. 2005: 400ff). Durch diese Handlungskomponenten werden die Bedarfe in den Regionen unter Mobilisierung sämtlicher zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgenommen und versucht zu beantworten.

Wir haben in den KiFaZ Strukturen vorgefunden, die in der – versäulten – Praxis Sozialer Arbeit üblicherweise so nicht vorkommen. Sie geben uns Hinweise auf

eine moralische Orientierung der KiFaZ an einem ‚guten Leben‘, die u.a. den Gebrauchswert der Zentren im Alltag der NutzerInnen konstituiert und durch Organisationsformen der KiFaZ in der Funktion ‚moderner Marktplätze‘ oder in kooperativen Transformationsleitungen des ‚Falles im Feld‘ wirksam wird (s.u.). In unserem Beitrag reflektieren wir diese Orientierung vor allem mithilfe des Begriffs der ‚moralischen Ökonomie‘ (Thompson 1980), den wir zunächst in Bezug zur Sozialen Arbeit untersuchen werden.

Der Begriff der ‚Moralischen Ökonomie‘ bei Edward P. Thompson

Thompson arbeitet in seinen Untersuchungen zur Geschichte der Hungerunruhen des 18. Jahrhunderts in England heraus, dass diese nicht lediglich ein Reflex auf die blanke Not waren, sondern dass „diese Proteste sich im Rahmen eines volkstümlichen Konsenses darüber [bewegten], was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usf. legitim und was illegitim sei. Dieser Konsens wiederum beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengekommen bildeten sie das, was man die ‚moralische Ökonomie‘ der Armen [...] nennen könnte. [...]. Zwar lässt sich diese ‚moralische Ökonomie‘ nicht in einem höheren Sinne als ‚politisch‘ bezeichnen, man darf sie aber ebenso wenig als ‚unpolitisch‘ verstehen, da sie von fest umrissenen und leidenschaftlichen Vorstellungen vom Gemeinwohl ausging“ (Thompson 1980: 69f.). Thompson schildert weiter, dass die Inhalte dieser Legitimitätsvorstellungen sich auf Regeln, Gesetze und Gepflogenheiten des Wirtschaftens bezogen, die zum Zeitpunkt der Unruhen bereits von einer anderen Wirklichkeit des Wirtschaftens abgelöst worden waren. Beispielsweise kann er zeigen, dass im Mittelpunkt der Aktionen nicht Plünderung und Diebstahl von Korn und Mehl standen, sondern die Preisfestsetzung, die in den Mangeljahren gegen Ende des 16. Jahrhunderts kodifiziertes Recht gewesen war. Im „Gedächtnis des Volkes“ war diese Regelung offenbar lebendig und trug die Überzeugung, für Rechte zu streiten, soweit diese von der Obrigkeit nicht geschützt und durchgesetzt wurden. Es ging den Armen bei den Hungerunruhen demnach nicht zuerst darum, sich zu nehmen was sie brauchten um ihren Hunger zu stillen, sondern darum Recht zu schaffen in dem Sinne, dass sie auf die Einhaltung der ‚Moral‘ in der Ökonomie insistierten.

Ökonomie hat immer eine moralische Dimension

Betrachtet man die detailreichen Ausführungen Thompsons zu den Wirtschaftsweisen rund um die Herstellung und den Verkauf der Grundnahrungsmittel Mehl und Brot zwischen 1630 und 1800, so wird deutlich, dass sich die Regeln des Wirtschaftens im 18. Jahrhundert in einer Übergangsphase befanden. Durch die Auflösung ständischer Ordnungen und regional begrenzter Wirtschaftsstrukturen verlor das ‚paternalistische Modell‘ sowohl in der Realität als auch ideologisch an Bedeutung – und wurde zunehmend von einer Vorstellung und Praxis abgelöst, die davon ausging, dass „das natürliche Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt bei allen Parteien maximale Zufriedenheit erzeugen und das Gemeinwohl gewährleisten“ würde. Thompson kennzeichnet diesen Übergang zur ‚politischen Ökonomie‘ des Adam Smith als „Entmoralisierung“ der Theorie des Handels und des Konsums“, insofern ausschließlich die ökonomischen Mechanismen von Angebot und Nachfrage das Wirtschaften strukturieren sollten und Fragen der Moral des gesellschaftlichen Zusammenlebens in die Präambel des neuen Konzeptes vom Wirtschaften verwiesen wurden – als Behauptung seiner Gemeinwohltauglichkeit – die jedoch den empirischen Beleg ihrer Richtigkeit schuldig blieb (vgl. Thompson 1980: 80). Während also im ‚paternalistischen Modell‘ der mittelalterlichen Stadt die „Konsumtion als der unbestrittene Richter über die Wirtschaftsanstrengung“ im öffentlichen Bewusstsein verankert war, wurde dieses Ideal der Ökonomie zunehmend von einem neuen Ideal, der Gewinnerzielung bzw. -maximierung, abgelöst (Twaney in Thompson 1980: 124).

Thompsons Forschung über die Kämpfe der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert kann heute insofern interessant sein, als auch wir uns in einer Zeit des Übergangs bezüglich der Modelle von Ökonomie befinden: Das Modell einer sozialstaatlich gerahmten Marktwirtschaft in den Grenzen des Nationalstaates wird massiv in Frage gestellt. Auf dem Vormarsch befindet sich ein Modell von Ökonomie, das als neoliberales Rearrangement des Dreiecks von Staat, Markt und Gesellschaft beschrieben werden kann, in dem der Markt (wieder) zu dem organisierenden und regulierenden Prinzip schlechthin werden soll. Dieser Prozess ist nach Hark und Genschel (2003) mit Momenten funktionaler Entstaatlichung ebenso verbunden wie mit neuen Phänomenen von Verstaatlichung. Es geht um eine veränderte „Topologie des Sozialen, in der die Grenzen zwischen Ökonomie, Staat und Gesellschaft neu gezogen und ökonomische Formen und Rationalitäten auf andere Bereiche des Sozialen ausgedehnt werden. Ein deutliches Indiz dafür ist etwa die Tendenz, bisher sozialstaatliche, auf der Idee gesellschaftlicher Solidarität basierende Verantwortungen in die Zuständigkeit nicht- bzw. semistaatlicher gesellschaftlicher Einrichtungen oder gar in die (nur noch bedingt sozialstaatlich geschützte) private Verantwortung der Individuen zu transferieren. Dies reicht von der Verantwortung, informiert zu kon-

sumieren, über die Verantwortung für die eigene Beschäftigungsfähigkeit und das Management des eigenen ‚Gesundheitsportfolios‘ bis zur Verantwortung für die Reproduktion“ (Hark/Genschel 2003). Ulrich Beck spricht dabei von „Risikoregimen“, die immer mehr Bereiche des Lebens erfassen und durch eine Umverteilung der Risiken von Staat und Wirtschaft auf den Einzelnen gekennzeichnet sind (Beck 2002). Dies ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem Verzicht des Staates auf Regieren, sondern bedeutet vielmehr eine „Verschiebung von formellen zu informellen Formen der Regierung“ (Lemke et al. 2000: 26), die unter dem Begriff *Gouvernementalität* breit diskutiert werden (vgl. ebd.).

Entsprechend erleben wir eine Phase, in der es bereits vielfach gelungen ist und für weitere Bereiche versucht wird, sozialstaatliche Standards – mit Nancy Fraser verstanden als erfolgreich politisierte Bedürfnisse – wieder in die diskursiven Schauplätze des Privaten und des Ökonomischen zu überführen. Dies geschieht ganz überwiegend durch die *Naturalisierung* von Bedürfnisinterpretationen (Fraser 1994: 260) – d.h. es wird der Eindruck erweckt, es gebe nichts zu interpretieren, sondern dieser oder jener Sachverhalt sei an sich, d.h. grundsätzlich und alternativlos in einer bestimmten Weise strukturiert und konkurrierende Auffassungen seien daher nicht nur falsch, sondern von der Sache her schlicht unmöglich. Derartige Naturalisierungen verhindern eine Umverteilung der Definitionsmacht über die Beschaffenheit von Bedürfnissen und deren Befriedigung zwischen den Akteuren im Sozialstaat (parlamentarische Politik, Professionelle der Sozialen Arbeit, BürgerInnen/ NutzerInnen) bevor sie überhaupt begonnen wurde.

Thompsons Blick zurück auf die politischen Kämpfe vergangener Zeiten kann unseren Blick dafür schärfen, dass das Ökonomische stets eine ‚moralische‘ Dimension beinhaltet: verschiedene Modelle des Wirtschaftens hatten und haben konkrete und empirisch fassbare Wirkungen im Hinblick darauf, wer wie (gut) leben kann, wer wann wie viel Brot zu essen hat, und wo die Macht über die Definition von und den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern lokalisiert ist. Als historische Alternative zum Prinzip der Regulation über Angebot, Nachfrage und Gewinnmaximierung schildert Thompson für das Mittelalter den Primat der ‚Konsumtion‘ als Regulationsmechanismus. Diese Wortwahl hat heute möglicherweise einen schwierigen Beiklang, insofern der Begriff „Konsum“ tendenziell alle Austauschbeziehungen auf ihre Warenförmigkeit reduziert. Tauglicher erscheint uns daher, in Analogie zum Gemeinten von einem Primat der ‚Reproduktion‘ auszugehen, verstanden als die Gesamtheit aller Gegenstände, Strukturen und Handlungen, die Menschen heute für ihre Lebensbewältigung benötigen.

Thompsons ‚moralische Ökonomie‘ als erhellender Aspekt für Soziale Arbeit heute?

Thompson zeigt uns eindrücklich, wie die verarmten Bevölkerungsgruppen des 18. Jahrhunderts durch den Rückgriff auf überlieferte gemeinsame Vorstellungen von gerechtem Wirtschaften und gesellschaftlichem Zusammenleben kollektiv (politisch) handlungsfähig wurden. Ihre ‚moralische Ökonomie‘ bildete den Kristallisationspunkt für die Wahrnehmung von Recht und Unrecht und konnte so solidarische Handeln anleiten.

Den Menschen, die in den aktuellen sozialpolitischen Debatten als ‚benachteiligte Bevölkerungsgruppen‘ bezeichnet werden, fehlt ein derartiges gemeinsam geteilte konkrete Vorstellung von wirtschaftlicher bzw. sozialer Gerechtigkeit, die kollektives Handeln anleiten könnte. Die aktuelle gesellschaftliche Situation wird vielmehr mit Begriffen wie Risikogesellschaft, reflexive Moderne (Beck 1998) und Gesellschaft der neuen Unübersichtlichkeit (Habermas 1985) gekennzeichnet. Beispielsweise konstatieren Thiersch und Grunwald (2004) in ihren Ausführungen zur Lebenswelt der AdressatInnen Sozialer Arbeit neue soziale Ungleichheiten im Hinblick auf materielle Ressourcen, den Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Dienstleistungen ebenso wie im Hinblick auf Geschlecht, Nationalität und Lebensalter. Als weiteres Problem thematisieren sie „Verunsicherungen lebensweltlicher Erfahrungen und Handlungsmuster im Kontext von Individualisierung der Lebensführung und Pluralisierung von Lebenslagen“ (Thiersch/Grunwald 2004:15). Aus diesen vielfältigen Ungleichheiten und Unübersichtlichkeiten erwächst nach Auffassung der beiden Autoren für den Einzelnen die Aufgabe der „Lebensbewältigung“, d.h. die Herausforderung, in offenen Situationen Entscheidungen zu treffen und die eigene Position in den gegebenen brüchigen und unübersichtlichen Strukturen mit sich und anderen auszuhandeln. Entsprechend dieser Zeitdiagnose tritt an die Stelle des spontanen Rückgriffs auf über Generationen überlieferte gemeinsam geteilte moralische Werte, wie Thompson sie in seiner ‚moralischen Ökonomie‘ für die englischen Unterschichten des 18. Jahrhunderts schildert, heute die Notwendigkeit, sich mit anderen auf eine ‚Moral‘, d.h. eine gemeinsam geteilte Vorstellung vom ‚guten Leben‘ und den damit verbundenen Erwartungen an sich selbst und andere zu verständigen, um *gemeinsam* handlungsfähig zu werden.

Was bedeutet nun diese Erkenntnis für die Soziale Arbeit? Wenn wir mit Hans-Uwe Otto und Thomas Olk davon ausgehen, dass Soziale Arbeit als gesellschaftliches Teilsystem verstanden werden kann, dessen Aufgabe Normalisierungsarbeit ist und das mit der „vorsorglichen Vermeidung und kurativen Beseitigung von Normverletzungen zu tun hat“ (Olk/Otto 2003: XXI), dann wird ein zentrales Problem sichtbar: Soziale Arbeit soll sich einerseits aufgrund ihrer Aufgabenstellung auf gesellschaftlich vorgegebene Normen bzw. Normalitätsstan-

dards beziehen – andererseits scheint wesentliches Kennzeichen unserer Zeit zu sein, dass es genau diese allgemeingültigen Vorstellungen von Normalität nicht mehr gibt. Olk und Otto begegnen dieser Schwierigkeit, indem sie davon ausgehen, dass es bei der sozialpädagogischen Dienstleistungstätigkeit „immer sowohl um die Befriedigung von Klientenbedürfnissen als auch um die Sicherstellung gesellschaftlicher Normalitätsstandards und -verläufe geht“ und Soziale Arbeit „insofern immer mehrere ‚Kunden‘ [hat]. Neben den unmittelbaren Adressaten bzw. Nutzern sozialpädagogischer Dienstleistungen sind weitere ‚Kundentypen‘ für die Soziale Arbeit relevant. Im Mittelpunkt steht dabei aber die ‚Allgemeinheit‘, wie sie durch den Gesetzgeber bzw. die Kommunalparlamente repräsentiert wird“ (Olk/Otto 2003: XXI).

Im Hinblick auf die oben geschilderten Politiken des neoliberalen Rearrangements im Dreieck von Staat, Markt und Gesellschaft und der damit verbundenen Neu- bzw. Umdefinition von Begriffen wie ‚sozialer Gerechtigkeit‘ oder ‚Sozialstaatsprinzip‘ möchten wir die behauptete Repräsentation der ‚Allgemeinheit‘ in parlamentarischen Verfahren und Entscheidungen sowie deren handlungsorientierende Kraft für die Soziale Arbeit relativieren. Alternativ dazu möchten wir eine andere Perspektive auf den Umgang mit den politischen Herausforderungen für die Soziale Arbeit in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen. Wir gehen davon aus, dass Soziale Arbeit als gesellschaftliches Teilsystem nicht ausschließlich Objekt politischer Entscheidungen ist, sondern Professionelle in der Sozialen Arbeit das Politische *mit* gestalten. Sie sind ebenso wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder und Teilsysteme nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte des Politischen. Analog zu dem seit den Siebziger Jahren von Sozialen Bewegungen, insbesondere der Frauenbewegung erhobenen Postulat, dass das Private politisch ist, sollten wir davon ausgehen, dass Soziale Arbeit *per se* politisch ist. Timm Kunstreich bringt diese Auffassung auf den Begriff, dass nicht ‚Hilfe‘ sondern ‚soziale Gerechtigkeit‘ das Leitthema Sozialer Arbeit sei (Kunstreich 1997: 18ff). Wesentliches Kennzeichen seiner Überlegungen ist „ein Akteursmodell von Gesellschaft, in dessen Mittelpunkt das Erleben von Gesellschaft aus der Teilnehmerperspektive steht“ (Kunstreich 2001a: 127) und in dem das Soziale als Geflecht von Relationen verstanden wird, welches sich durch Kommunikation und produktive Tätigkeiten konstituiert. Diese Herangehensweise ermöglicht es, Konflikte um gültige Werte und Normen, um eine ‚Moral des guten Lebens‘, wie sie sich in den Handlungsweisen Sozialer Arbeit realisiert, als Auseinandersetzungen um sozial gerechte Platzierungen zu verstehen. Nancy Fraser (1994: 249ff) konzeptualisiert diese Relationierungsprozesse als Kampf um die Interpretation von Bedürfnissen. Sie geht in ihrer Konzeption davon aus, dass die auf Bedürfnisse zentrierte Rede eine wichtige Form des politischen Diskurses in spätkapitalistischen, sozialstaatlichen Gesellschaften darstellt, deren Ziel stets ist, eine Verschiebung der Grenzen zwischen ‚privater‘ und ‚ökonomi-

scher‘ Sphäre einerseits und der ‚öffentlichen‘ Sphäre [als das Gesellschaftliche] andererseits zu erreichen. Beide Ansätze betrachten die von Olk und Otto ins Feld geführte ‚Allgemeinheit‘ unter der Fragestellung, inwieweit einzelne Gesellschaftsmitglieder darin die Macht hatten bzw. haben, ihre ‚Moral vom guten Leben‘ zu artikulieren und gemeinsam mit anderen zu realisieren.

Die Interventionen Sozialer Arbeit können diese Macht, verstanden „als Fähigkeit [...] sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln“ (Arendt 1990: 45) behindern und begrenzen – oder aber unterstützen und erweitern und damit zu befriedigender Lebensbewältigung beitragen. Eine Soziale Arbeit, die ernst nimmt, dass es keine fraglos gültige oder objektiv begründbare ‚Moral des guten Lebens‘ gibt, und die sich gleichzeitig als „Menschenrechtsprofession“ (Staub-Bernasconi 1995) versteht, sollte es deshalb als ihre Aufgabe betrachten, die Teilhabemacht ihrer AdressatInnen in den gesellschaftlichen Relationierungsprozessen zu stärken. Ein wesentlicher Schritt dazu ist, „an Ort und Stelle die objektiven Handlungs- und Erfahrungschancen der Betroffenen [zu] vergrößern“ (Negt 1978, 66; zit. n. Kunstreich 2001a).

Bei unserer Evaluation der Kinder- und Familienhilfezentren in Hamburg (Langhanky et al. 2004) sind wir einer Praxis Sozialer Arbeit begegnet, die in vielfältiger Weise darauf ausgerichtet ist, die (kollektive) *Handlungsmacht* der AdressatInnen zu stärken und deren gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

KiFaZ: Mitgestaltung des sozialen Raumes – Gebrauchswert im Alltag

Wer zu den NutzerInnen eines KiFaZ gehört und wer nicht wurde gleich zu Beginn der Evaluation undeutlich. Kaum einer der befragten BewohnerInnen, die sich selbst zu den Nicht-NutzerInnen zählten, war nicht auch schon einmal NutzerIn eines Angebotes, z.B. eines Open Air-Sommerkinos im Stadtzentrum, einer Informationsveranstaltung in der Elternschule oder Besucher eines pädagogischen Mittagstisches auf einem Bauspielplatz – Angebote, die durch Kooperationen mit anderen Einrichtungen vom KiFaZ ausgehen, aber nicht ohne weiteres als KiFaZ-Angebote kenntlich sind. Auch in manchen ExpertInnen-Interviews stellte sich heraus, dass die von uns zunächst vorgesehene Gruppierung in Nutzer, Nicht-Nutzer und Professionelle in der Praxis durchlässig zu sein schien. Einige der befragten ExpertInnen sind z.B. über den Weg von der KiFaZ-NutzerIn eines offenen Beratungsangebotes zur GruppenleiterIn eines Kurses (z.B. Nähen, Tanzen, Deutsch) geworden.

Diejenigen, die sich als NutzerInnen bezeichneten, kamen entweder mit einem bestimmten Anliegen ins KiFaZ, z.B. zur Sozialberatung oder zur Mutter-Kind-

Gruppe oder besuchten – ohne ein spezifisches Anliegen – die Restaurationen, über die einige der KiFaZ verfügen. Die Gruppe der NutzerInnen zu kennzeichnen fällt schwer, da die BesucherInnen wegen sehr ungleicher Anliegen und durch unterschiedliche Zugangswege in die KiFaZ kommen. Gemeinsamkeiten bestehen in der Regel in ihren geringen finanziellen Möglichkeiten, hohen Belastungen aus Überschuldungssituationen, Erziehungs- und Beziehungsschwierigkeiten und mangelnden Teilhabechancen an Bildung und Kultur. Die Angebote der KiFaZ werden in Orientierung an diesen Lebenslagen und Situationen gestaltet: Aufgrund der geringen finanziellen Möglichkeiten sind die meisten Angebote kostenlos bzw. deutlich preisgünstiger als kommerzielle. Den Belastungssituationen wird mit zielgerichteten und niedrigschwiligen Hilfen begegnet, angesichts der mangelnden Teilhabechancen werden auf unterschiedlichen Ebenen Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Dies veranschaulicht u.a. die folgende Aussage einer Befragten: „Und ich wollte eigentlich – bevor ich mein drittes Kind gekriegt habe – arbeiten gehen. Mal ein bisschen Sport machen. Und dann wurde ich schwanger und dachte: ‚Toll, jetzt kannst du das auch vergessen. Denn die stellen ja eh‘ keinen ein.‘ Für mich ist das schon eine Abwechslung, hier das Freitagsfrühstück anzubieten. Ich find‘ es schön, wenn ich sehe, wie es den Leuten schmeckt und es ist auch mal schön, die Rolle zu haben, dass man wichtig ist. Dass es ohne einen doch nicht so funktioniert“ (Langhanky et al. 2003: 207f.). Alle befragten NutzerInnen gaben an, sich durch die Angebote der KiFaZ in ihren jeweiligen Situationen unterstützt, entlastet und advokatorisch begleitet zu fühlen. „Hier gibt es eine Menge Probleme, z.B. Mietschulden“, so eine Nutzerin. „Wenn dann eine Mitarbeiterin von hier mit zum Gericht geht, dann hat das schon Gewicht. Das bringt was, denn wenn man alleine dort hin muss, wird man eher untergebuttert. Die Mitarbeiterinnen wissen auch, wie sie zu reden haben und man hat einen guten Beistand“ (Langhanky et al. 2003: 194). Der Gebrauchswert der KiFaZ ergibt sich für die BewohnerInnen der Regionen aus allen Aktivitäten der Zentren. NutzerInnen der Angebote finden nicht nur konkrete Unterstützungsleistungen vor, sondern erleben sich als Teilhabende und MitgestalterInnen im sozialen Raum.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die MitarbeiterInnen der Zentren Bedarfe aus unterschiedlichen Zugängen (Anfragen von BewohnerInnen, Bedarfsschilderungen von anderen Einrichtungen, Konfliktsituationen im Stadtteil etc.) aufnehmen und anschließend – häufig unkonventionell – Hilfen und Kooperationen realisieren. Für ihre jeweilige Region sind die KiFaZ zentrale Orte der Kommunikation, der wechselseitigen Unterstützung und der Organisation von Aktionen. Insofern können sie in Anlehnung an Thompsons Schilderung der Marktplätze des 18. Jahrhunderts als „moderne Marktplätze“ verstanden werden. Wir möchten dieses ‚Gedankenspiel‘ unternehmen, um zu sehen, welche Erkenntnisse sich daraus für die Gestaltung von Kommunikationsprozessen im lokalen

Gemeinwesen und das Erlangen von (kollektiver) Handlungsfähigkeit ergeben können.

Die KiFaZ als moderne Marktplätze?

Thompson hebt in seinen Schilderungen der Hungerunruhen im 18. Jahrhundert den Markt als Ort hervor, an dem die arme Bevölkerung deutlich spüren konnte, wie sehr sie der Ausbeutung ausgeliefert war, an dem sie sich aber auch am leichtesten organisieren konnte und „wo die Leute einen Augenblick lang ihre Stärke spürten, weil sie zahlreich waren“. Er beschreibt den Markt als „Schauplatz zahlloser gesellschaftlicher und individueller Transaktionen, eine Drehscheibe wo Nachrichten weitergegeben wurden und Gerüchte und Klatsch in Windeseile die Runde machten und wo, wenn überhaupt je, in den Wirtshäusern und Weinstuben ringsum über Politik gesprochen wurde“ (Thompson 1980: 128). Insofern kann der Markt als Kristallisationspunkt für die Wahrnehmung von Unrecht und das Entstehen von kollektiver Empörung im Sinne der ‚moralischen Ökonomie‘ betrachtet werden, ebenso als Ort, von dem aus sich gemeinschaftliche Aktionen gegen die jeweils als Profitjäger ausgemachten Landwirte, Händler, Müller oder Bäcker entwickeln konnten. Diese wurden mittels der einschüchternden Macht der Menge zu konkretem anderem Handeln aufgefordert – beispielsweise zum Verkauf der Ware zu dem von der Menge festgesetzten Preis. Ließ sich der Müller oder Bäcker darauf nicht ein, musste er Strafe gewärtig sein, d.h. damit rechnen, dass sein Korn, Mehl oder Arbeitsgerät zerstört würden. Vor dem Hintergrund dieser Schilderungen kommt Thompson zu der Einschätzung, dass für Lebensmittelaufstände kein hoher Organisationsgrad der Bevölkerung notwendig war, sondern es lediglich dreierlei bedurfte: Erstens eines Ortes öffentlicher Kommunikation bzw. öffentlichen Handelns (den Markt), zweitens eines Konsens im Gemeinwesen (d.h. der geteilten Vorstellung einer moralischen Ökonomie) und drittens eines ererbten Aktionsmusters mit spezifischen Zielen und Beschränkungen (Einschüchterung, Preisfestsetzung, Bestrafung) (vgl. Thompson 1980: 110).

Die KiFaZ erweisen sich – in Analogie zu den Märkten des 18. Jahrhunderts – als Orte der leichten Organisation (vgl. Thompson 1980: 128). Die Räume sind allen zugänglich, regen den Diskurs an und bieten einen Ort der Veröffentlichung und des Ausdrucks (Langhanky et al. 2004: 152f.). Sie sind auf Mitwirkung, Planung und Politik ausgerichtet – für BewohnerInnen wie für Professionelle. „Das KiFaZ ist hier ein ganz großer Dreh- und Angelpunkt“, so eine Kooperationspartnerin eines KiFaZ, „was von den Familien und deren Betreuung nicht nur zum ASD, sondern auch zu freien Trägern geht. Es gibt ganz viele Berührungspunkte, die das KiFaZ hat oder die vom KiFaZ ausgehen“ (Langhanky et al. 2004: 158).

Die Perspektive auf soziale Situationen als Moment zur Herausbildung eines Konsens im Gemeinwesen

Das Vorgehen, dass ein an das KiFaZ herangetragenem Anliegen bzw. ein Bedarf zunächst unspezifisch als Handlungsaufforderung verstanden und mit den Ressourcen des jeweiligen Feldes in einen Zusammenhang gesetzt wird, haben wir als eine Fallorientierung auf das jeweilige Feld, in der die Bedarfe entstehen, beschrieben (vgl. Langhanky et al. 2004: 146f.). Wir verstehen in Anlehnung an Timm Kunstreich den Fall Sozialer Arbeit als die Situation, die zum Handeln auffordert (vgl. Kunstreich et al. 2003: 27). Die Entscheidung, welche soziale Situation eine Handlungsaufforderung enthält – mithin „der Fall im Fall“ ist (vgl. Gildemeister 1995) –, bestimmt sich durch die professionelle Perspektive, die in einem jeweiligen institutionellen Kontext eingebunden ist: „Es kommt [...] auf die Perspektive an, von der aus ich die Perspektive betrachte und festlege, was der Fall im Fall ist“ (Gildemeister 1995: 29).

Die Gruppe der Institutionsmitglieder der KiFaZ setzt sich neben den hauptamtlich tätigen MitarbeiterInnen auch aus beteiligten NutzerInnen und Kooperationspartnern zusammen und vereint unterschiedliche Sichtweisen und Interessen (vgl. Langhanky 2004: 100f.). Institutionalisierungen müssen von daher stets neu verhandelt und modifiziert werden. In Anlehnung an Berger und Luckmann (1998) betrachten wir Institutionen als Ergebnis von reziproken Typisierungen habitualisierter Handlungen (vgl. Berger/Luckmann 1998: 58). „Wenn habitualisierte Handlungen Institutionen begründen, so sind die entsprechenden Typisierungen Allgemeingut. Sie sind für alle Mitglieder der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe *erreichbar*“ (Berger/Luckmann 1998: 58; Herv. i.O.). In den KiFaZ haben wir ein *gemeinsames* Handeln von unterschiedlichen Akteuren – KiFaZ-MitarbeiterInnen, NutzerInnen und Professionellen anderer Einrichtungen – erkannt, das wir in der Evaluation mit Brecht (1978) als ein Handeln auf ein gemeinsames Drittes hin beschrieben haben (Langhanky et al. 2004: 137; 2005: 398). Reziproke Typisierungen habitualisierter Handlungen der Akteure bringen in den KiFaZ konsensuale Absprachen hervor mittels wechselseitiger, schriftlicher Kooperationsverträge, durch regelmäßige „Tür-und-Angel-Gespräche“ oder auf „kurzen Wegen“ mit anderen Professionellen und mit den NutzerInnen, z.B. im Gespräch im Café-Bereich einer Einrichtung oder per Telefon. Ferner werden Anliegen und Bedarfe regelmäßig in öffentlichen Diskursen und Auseinandersetzungen geführt. Menschen aus dem sozialen Feld kommen zueinander, Akteure unterschiedlicher Sozialitäten und Organisationen treffen aufeinander und erfahren die wechselseitige Bezogenheit ihres Handelns (Langhanky et al. 2004: 161). Diese Formen sind insofern institutionalisiert, als sie gezielt eingesetzt und konstant geführt werden. Diese kooperativen Institutionalisierungen lassen ‚moralische Ökonomien‘ entstehen, die die BewohnerInnen der Regionen

für ihre Lebensgestaltung und -bewältigung benötigen. „Sie haben es verstanden, es den Leuten schmackhaft zu machen“ so ein Kooperationspartner über die Kooperation der KiFaZ, „denn es gibt hundert Arbeitskreise, man kommt von einem Gremium ins nächste, aber sie versuchen für die Sache, nämlich für die Menschen vor Ort die Träger ins Gespräch zu bringen, um das Bestmögliche in dieser Situation erreichen zu können. Insofern tragen sie auch dazu bei, dass diese Arbeit trägerübergreifend wirklich wird“ (Langhanky et al. 2004: 144). Diese ‚moralischen Ökonomien‘ sind nicht in eine Hierarchie der Durchgriffsrechte staatlichen Handelns eingebunden (vgl. Langhanky et al. 2004: 119) und werden u.a. durch Forderungen aller Beteiligten hinsichtlich der Lebens- bzw. Reproduktionsbedingungen, der Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sowie im Hinblick auf eine lokale kulturelle Identität wirksam.

Die Perspektive, durch die festgelegt wird, was ‚der Fall im Fall‘ ist (s.o.), ergibt sich aus einer ‚moralischen Ökonomie‘ der KiFaZ als einem sozialen Deutungsmuster, das gleichsam ein Ergebnis von Relationierungen kooperierender Akteure im Gemeinwesen ist. Dieses Deutungsmuster kann als „partizipatives“ oder „generatives“ (Kunstreich 2005: 61f.) bezeichnet werden, das sich vom dominierenden klinischen Deutungsmuster hegemonialer Regierungskunst Sozialer Arbeit unterscheidet. Solcherart gestaltete Kommunikationsprozesse im Gemeinwesen tragen zur Herausbildung eines Konsens im Gemeinwesen darüber bei, ‚was der Fall ist‘ und wie ein gelingendes Zusammenleben gestaltet werden kann.

Kooperative Transformationsleistungen und professionelle Relationierungen von Ressourcen – oder: Der Fall im Feld als alternatives professionelles Aktionsmuster?

Regine Gildemeister beschreibt, dass ein ‚Fall‘ in der Sozialen Arbeit erst dann entsteht, wenn sich Professionelle auf eine soziale Einheit handelnd richten. „Daraus folgt, dass ein ‚Fall‘ erst aus der Interaktion von Sozialarbeitern und Adressaten als ein *Transformationsprozess* entsteht. Transformationsprozess heißt, dass er sich darin auf spezifische Art und Weise verwandelt“ (Gildemeister 1995: 31 / Herv. i. O.). Damit eine soziale Situation in eine Handlungsaufforderung transformiert wird, muss sie zunächst entsprechend gedeutet werden. In sozialen Deutungsmustern realisiert sich ein kollektiv hervorgebrachter und repräsentierter, spezifischer Denkstil (Kunstreich 2005: 54/ Neuweg 2001: 330), wie wir ihn im vorherigen Kapitel anhand der ‚moralischen Ökonomie‘ der KiFaZ skizziert haben. Ein Transformationsprozess ist immer ein aktiver Hand-

lungszusammenhang, der wesentlich von der institutionellen Eingebundenheit des Professionellen beeinflusst wird. In den KiFaZ finden wir Arbeitsprinzipien vor, die in diesem Prozess vermittelnde Funktionen ausüben. „Mein Eindruck ist“, so eine Kooperationspartnerin eines KiFaZ, „dass das KiFaZ eingreift. Einzelfallschilderungen und Berichte von der Polizei, etc. führen auch noch dazu. Dann gibt es z.B. runde Tische, Schulen werden eingeladen und der Fall wird besprochen“ (Langhanky et al. 2004: 151). Hieran wird deutlich, dass die KiFaZ in ihrer Fallorientierung das Problem, das Anliegen bzw. die soziale Situation kompetent aufgreifen, öffentlich diskutieren und so das vermeintlich Private in Gesellschaftliches transformieren (vgl. Langhanky et al. 2004: 146f.). Zum Handeln aufgefordert sind dann nicht mehr einzelne Professionelle oder spartenzuständige Hilfsorganisationen, sondern sämtliche Stakeholder und sonstige Akteure der Region. Die Gefahr einer einzigen, institutionell präformierten Perspektive auf eine soziale Situation, die den ‚Fall im Fall‘ (s.o.) aus ihrer jeweils spezialisierten Ausrichtung festlegt und somit die weitere Bearbeitung vorgibt, scheint überdies gebannt. Vielmehr trägt die Perspektivenvielfalt und eine gemeinsame Verantwortlichkeit von Professionellen aus unterschiedlichen Institutionen dazu bei, die sozialen Situation in ihrer Komplexität und Mehrdeutigkeit wahrzunehmen.

Ausgehend von der Transformation folgt die zweite von Regine Gildemeister beschriebene Operation im Fallbezug, die Relationierung von Ressourcen. Hier geht es darum, wie die lebensweltlichen Ressourcen der Adressaten mit denen der beteiligten Institutionen in Beziehung gesetzt, also relationiert werden (vgl. Gildemeister 1995: 33/Kunstreich 2005: 61). Ressourcen können „sinnvoll auf den lebensweltlichen aufbauen oder [...] sie missachten [und; Anm. d. Verf.] sogar zerstören“ (Kunstreich 2005: 61). Konstitutiv wird dieser Vorgang in den KiFaZ durch die Forderung nach ‚moralischen Ökonomien‘, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verändern. „Wir haben auch häufig diesen Familienhintergrund im Auge“, erklärt ein Mitarbeiter, „wenn es z.B. problembeladene Geschichten sind und versuchen nicht nur individuell zu helfen, sondern auch über den Quartiersbeirat Einfluss zu nehmen auf die Umwelt der Menschen und auch zu versuchen, bei z.B. aufkommenden Mieterfragen nicht nur einzelne Probleme, sondern auch die ganze Frage von Lebensumfeld aufzugreifen und mit ihnen zu entwickeln, Veränderungen zu schaffen und alles im Blick zu haben, wenn wir uns um die Menschen kümmern“ (Langhanky et al. 2004: 152). Zahlreiche Arbeitsprinzipien der Subjektorientierung belassen zudem den AdressatInnen die Autonomie und Handlungspräsenz. Sie fordern vielmehr zum gemeinsamen Handeln und Planen auf.

Die KiFaZ entwickeln ihre Angebote – sei es die Beratung in Fragen von Mietschulden, zu Lebens- oder Erziehungsthemen, die Gruppenarbeit mit Müttern und Kindern, die Mittelvergabe an Professionelle und BürgerInnen für neue Pro-

jekte oder die Planung und Durchführung von ‚runden Tischen‘ und Beiratssitzungen – aus den Prozessen von Konflikten, Verständigungen und gemeinsam erarbeiteten Sinndeutungen über ein ‚gutes Leben‘ im Quartier und setzen ihre Ressourcen entsprechend ein. Im Fokus stehen die Erweiterung der Handlungsmacht und die Verbesserung der Lebenslagen und Sozialisationsbedingungen der Menschen vor Ort. In Anlehnung an Thompson kann man von der Herausbildung eines *alternativen professionellen Aktionsmusters* sprechen, das wir in unserer Untersuchung als ‚generativen Methodik‘, gedeutet haben, die durch zahlreichen Arbeitsprinzipien der KiFaZ konstituiert wird. (vgl. Langhanky et al. 2004: 162ff).

Literatur

- Arendt, Hannah 1990: Macht und Gewalt. München
- Beck, Ulrich 1998: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich 2002: Arbeit ist ein bewegliches Ziel. In: Die Zeit Nr. 7. Hamburg
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas 1998 (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt am Main
- Brecht, Berthold 1978: Die Mutter. In: Brecht, Berthold: Die Stücke von Berthold Brecht in einem Band. Frankfurt am Main, S. 333–360
- Fraser, Nancy 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a.M.
- Gildemeister, Regine 1995: Kunstlehren des Fallverstehens als Grundlage der Professionalisierung sozialer Arbeit? In: Langhanky, Michael (Hrsg.): Verständigungsprozesse der Sozialen Arbeit. Beiträge zur Theorie- und Methodendiskussion. Hamburg
- Grundwald, Klaus; Thiersch, Hans 2004: Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim und München
- Habermas, Jürgen 1985: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a.M.
- Hark, Sabine; Genschel, Corinna 2003: Die ambivalente Politik von Citizenship und ihre sexualpolitische Herausforderung. In: Axeli-Knapp, Gudrun/ Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster
- Kunstreich, Timm 1997 + 2001: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band I +II. Hamburg
- Kunstreich, Timm 2001a: Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In: Merten, Roland (Hg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen
- Kunstreich, Timm; Müller, Burkhard; Heiner, Maja; Meinhold, Marianne 2003: Diagnose und/oder Dialog? Ein Briefwechsel. In: Widersprüche 88, S. 11–31
- Kunstreich, Timm 2005: „Dialogische Sozialwissenschaft“. Versuch, eine „generative Methodik“ in der Sozialen Arbeit handlungstheoretisch zu begründen. In: Braun, Wolfgang; Nauerth, Matthias (Hrsg.): Lust an der Erkenntnis. Zum Gebrauchswert soziologischen Denkens für die Praxis Sozialer Arbeit. Bielefeld, S. 49–66
- Langhanky, Michael; Frieß, Cornelia; Hußmann, Marcus; Kunstreich, Timm 2003: Evaluation der Kinder- und Familienhilfzentren in der Freien und Hansestadt Hamburg als

Beitrag zur Praxisentwicklung neuer Konzepte in der Jugendhilfe. Forschungsbericht. Ev. Fachhochschule für Sozialpädagogik der Diakonenanstalt des Rauhen Hauses, ev-fhs-hh@rauheshaus.de

Langhanky, Michael; Frieß, Cornelia; Hußmann, Marcus; Kunstreich, Timm 2004: Erfolgreich sozialräumlich handeln. Die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfeszentren. Bielefeld

Langhanky, Michael; Frieß, Cornelia; Hußmann, Marcus; Kunstreich, Timm 2005: Exemplarisches zu einer generativen Methode Sozialer Arbeit. In: Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Maurer, Susanne; Frey, Oliver (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. S. 393–404

Lemke, Thomas; Krasmann, Susanne; Böckling, Ulrich (Hg) 2000: Gouvernmentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. In: dieselben: Gouvernmentalität der Gegenwart. Zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a.M.

Neuweg, G. H. 2001: Könnerschaft und implizites Wissen. Münster

Olk, Thomas; Otto, Hans-Uwe (Hg.) 2003: Soziale Arbeit als Dienstleistung. München/ Unterschleißheim

Staub-Bernasconi, Silvia 1995: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: Vom Ende der Bescheidenheit. Bern, Stuttgart, Wien

Thompson, Edward P. 1980: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt a.M., Berlin

Cornelia Frieß, Gojenbergsweg 32, 21029 Hamburg

E-mail: cornelia.friess@arcor.de

Marcus Hußmann, Harmsenstraße 5, 22763 Hamburg

E-mail: Marcus.Hussmann@gmx.de



Hans-Jürgen Benedict

Gottes Ökonomie der Gaben

Eine Erinnerung an ein kulturelles Kapital des Christentums

Seit der Frankfurter Friedenspreisrede von Jürgen Habermas, in der er als religiös Unmusikalischer in der Gentechnologie-Debatte an das unaufgebbare, den Menschen begrenzende Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf erinnerte, darf auch in kritischen Kreisen wieder über den rettenden Gehalt theologischer Einsichten nachgedacht werden. Ohne nun sogleich soweit wie weiland Joseph Kardinal Ratzinger, nunmehr Benedikt XVI gehen zu wollen und die Eucharistie als letztes Geheimnis des Seins und die göttliche Liebe als Erfüllung aller menschlichen Liebesbestrebungen zu deuten, soll im Folgenden eine Erinnerung an Gottes Ökonomie, verstanden im ursprünglichen Sinn einer guten Haushaltsführung, erfolgen. Dabei ist zu bedenken, dass neuzeitliche Theologie nach Kant, Feuerbach und Nietzsche sich des metaphorischen Gehalts theologischer Rede bewusst ist. Hier gilt sowohl „Einen Gott, den es gibt, gibt es nicht“ (D. Bonhoeffer) wie: in der naturwissenschaftlich-technischen Welt müssen wir leben, „als wenn es Gott nicht gäbe“. Gott „ist mitten im Leben jenseitig“, „der jeweils gegebene Nächste ist das Transzendente.“¹

Der Platz des theistisch verstandenen, ins Weltgeschehen eingreifenden Gottes ist leer, eine schmerzliche Einsicht, der sich bis heute viele Theologen und Prediger verschließen. Die Rede von der Schöpfung und Erhaltung der Welt durch Gott ist vielmehr ein Versuch, aus dem Glauben an einen letzten Grund des Lebens verantwortlich mit der Welt umzugehen und den Mehrwert dieses Glaubens produktiv in Debatten um die Zukunft einzubringen. Dies tut die Ökumene im „konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ seit dem Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Angesichts einer allumfassenden Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse möchte ich daran erinnern, dass wir von Voraussetzungen leben, die wir nicht selbst geschaffen haben.

Soziale Ökonomie lebt vom Gabenaustausch – eine Erinnerung an Gottes Ökonomie der Gaben.

Die Begriffsbestimmung der herrschenden Ökonomie bezeichnet die Kapital- und Marktlogik, die sich unter Absehung von sozialen, politischen und moralischen Bezügen systematisch durchsetzt. Gemeinwesenökonomie hingegen denkt vom Sozialen, vom Ganzen der Gesellschaft her und geht mit Karl Birkhölzer davon aus, dass ökonomische Aktivitäten nur das Mittel zur Realisierung sozialer Zielsetzungen darstellen (Birkhölzer 2000: 70).

Die jüdisch-christliche Tradition zielt auf Frieden und Nachhaltigkeit, nicht auf die Jagd nach Profit, Expansion und schrankenloser Erlebnisorientierung. Jesus hat im Vertrauen auf Gottes Schöpfungsgüter eine befremdliche Sorglosigkeit gegenüber alltäglicher Bedarfssicherung an den Tag gelegt. Der so genannte Urkommunismus der Jerusalemer Urgemeinde („es gehörte ihnen alles gemeinsam“ Apg 4,32) wirkt als Idee bis in die Gegenwart, ist in der Kirche bis auf das Mönchstum und einige soziale Experimente der linken Reformation allerdings ein Ideal geblieben.

Bei der Ökonomie Gottes handelt es sich um eine Ökonomie des Gabenaustausches, nicht des Warentausches. Die Gabe des Lebens bewirkt Austauschprozesse, die zu einem gelingenden Leben führen. Die entscheidende Differenz liegt also darin, dass die am Gabenaustausch Beteiligten in einem Prozess wechselseitiger Verpflichtung stehen. Während die Dynamik der Akkumulation in der Warenökonomie die Solidarität mit der natürlichen Lebensumwelt aufgibt und letztlich zerstörerisch wirkt, geht es der Gabenökonomie letztlich um die Bewahrung und Wiederherstellung der gemeinsamen Lebensgrundlagen. Ihre theologische Grundlage ist der Glaube an Gott als den Geber und Erhalter des Lebens. Im Anfang war die Gabe, könnte man im Anschluss an den Prolog des Johannes-evangeliums und an M. Mauss' berühmtes Buch über die Gabe sagen. Gottes Ökonomie der Gabe und der Erhaltung des Lebens trifft sich mit den menschlichen Bemühungen um Lebensunterhalt und Erhaltung der Lebensgrundlagen. Für die alten vorkapitalistischen Gesellschaftsformen hat Martin Luther das prägnant in seiner Erklärung des 1. Glaubensartikels auf den Begriff gebracht:

„Ich glaube, daß mich Gott *geschaffen* hat samt allen Kreaturen, mir Leib und Seele, Augen, Ohren und alle Glieder, Vernunft und alle Sinne *gegeben hat und noch erhält*; dazu Kleider und Schuh, Essen und Trinken, Haus und Hof, Weib und Kind, Acker, Vieh und alle Güter; mit allem, was Not tut für Leib und Leben, mich reichlich und täglich *versorgt*.“ (Martin Luther, *Kleiner Katechismus, Evangelisches Gesangbuch*)

Reichlich und täglich, etwa aus der Sicht des zwölfjährigen Kindes, das diese Erklärung des 1. Artikels spricht, versorgen natürlich die Eltern, das verwandtschaftliche wie das nachbarschaftliche Netz, die örtliche Landwirtschaft, das

Handwerk und der Handel, das lokale Gemeinwesen insgesamt. Doch ausgegangen und grundgelegt ist diese Lebenserhaltung und Hauswirtschaft von der Ökonomie Gottes als dem guten Haushalter des Lebens. Mit der industriellen Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird diese Grundlage gründlich vergessen. Menschlicher Fleiß, Technik und Erfindungskraft auf der Grundlage der Geld- und Tauschprinzips sorgen zusammen mit der *invisible hand* des Marktes (Smith 1789/1993: 371) für immer besseren und expandierenden Unterhalt der Menschen (besonders im Wohlfahrtsstaat). Die nachmittägliche Katechismusprüfung, mit der Thomas Mann seinen Roman *Die Buddenbrooks* (1901) beginnen lässt, bringt das hübsch auf den Begriff. Der Großvater lässt die kleine Antonie im Jahr 1835 die Erklärung des 1. Artikels aufsagen. Bei den eben zitierten Worten „Haus und Hof, Weib und Kind, Acker und Vieh“ aber „[...] brach der alte Johann M. Buddenbrook einfach in ein Gelächter aus [...]. Er lachte vor Vergnügen, sich über den Katechismus mokieren zu können und hatte wahrscheinlich nur zu diesem Zweck das kleine Examen vorgenommen. Er erkundigte sich nach Tonys Acker und Vieh, fragte, wie viel sie für den Weizen nähme und erbot sich, Geschäfte mit ihr zu machen [...].“ (Mann 1901/1930: 9–10)

Dieses Gelächter, in das alle einstimmen (bis auf den Sohn, den frommen Konsul Johann Buddenbrook, der sagt: „Aber Vater, sie belustigen sich wieder einmal über das Heiligste“; ebd.), ist uns zur zweiten Natur geworden. Der Begriff ‚das Heiligste‘ verweist auf den göttlichen Ursprung dieser Ökonomie. Auch Marx und Engels verwenden ihn im *Kommunistischen Manifest* (1848/1966). Sie weisen in dramatischer Schilderung auf den Verlust hin, der mit der Zerstörung der Gaben-Ökonomie verbunden war. Die Zerstörung aller natürlichen familiären Beziehungen durch die international agierende Bourgeoisie wird drastisch beschrieben: „Die Bourgeoisie“ hat alle natürlichen Bande „[...] unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung. [Sie] hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt. [...] Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht. [...] Sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde“ (Marx/Engels 1848/1966: 61–63).

Mit dem Bezug auf Genesis 1, 27 wird der gegenreligiöse Aspekt des Kapitalismus hier exakt angegeben. Johann Hinrich Wichern, der kurz darauf im September 1848 durchaus antikommunistisch zur Gründung der Inneren Mission aufrief (s. dazu Benedict, 2001) wollte vordergründig soziale Reform mit einer Rechristianisierung des „heillosen Volkes“ verbinden, wurde aber angetrieben durch die Wahrnehmung von Entsittlichung und Entkirchlichung, genauer der Zerstörung lebensweltlicher Ressourcen in den Armutsfamilien. wie er sie seit 1833 im Stadtteil St.Georg als Hamburgs „wahres und geheimes Volksleben“ beobach-

tete. Angesichts dieses Elends motiviert die Liebe den eigenständigen Protestanten, im Sinne des allgemeinen Priestertums der Gläubigen sich jenseits der Kirche in Vereinen zu organisieren und rettend zu handeln. Denn, so Wichern programmatisch 1848: „Die Liebe gehört mir wie der Glaube.“ Die bürgerliche Liebesreligion findet hier auf dem sozialen Feld eine neue Wirkungsmöglichkeit.

Vom nichttauschbaren Glück der Kunst wie der Liebe weiß noch Goethe im *Wilhelm Meister* zu erzählen. (Zum Folgenden s.a. J. Hörisch 1983.) Glück ist durch Liebe erfüllte Lücke, wie auch etymologisch zu belegen ist (gilucki gelücke meint Beschluss, Festsetzung, Bestimmtes). Glück liegt nicht im Selbstbezug sondern in der Selbstpreisgabe an den anderen. Gott, Geld und Liebe sind die Medien, in denen ein Selbst seiner Alterität inne wird. Glück ist Heimkehr des vermeintlich Eigenen an seinen göttlichen Ursprung, sagten die Neuplatoniker. Vor allem die Poesie als glückliche Wissenschaft kann dieses Glück schildern. Glückliche Dichtungen wiesen aus, dass „in einem Wort, ihr Freunde, das Glück liegt [...] es ist das süße Zauberwort: Für dich“ (Herder). Das Glück der Liebe füllt also die Lücke, die das wünschende Menschenkind bei seiner Einführung in die Welt nach Auflösung der Mutter-Kind-Dyade empfindet. Die laut dem platonischen Mythos in zwei Hälften zerschnittenen Leiber der androgyn übermütigen Menschen suchen seitdem sich erotisch zu vereinigen. Wo das misslingt, waltet Unglück, ist die Lücke spürbar. So beim unglückliche Liebenden Werther, der sich mit der abstrakten Zeitordnung, das er der spätere ist, nicht der nicht begehrenswerte oder Unattraktive, nicht abfinden kann. Leidend ruft er aus: „Ach diese Lücke, diese entsetzliche Lücke, die ich hier in meinem Busen fühle! Ich denke oft, wenn du sie [Lotte; Anm. d. Verf.] nur einmal an diesen Busen drücken könntest, diese ganze Lücke würde ausgefüllt sein.“

Anders Wilhelm Meister: „Ich weiß, dass ich ein Glück erlangt habe; dass ich nicht verdiene und das ich mit nichts in der Welt vertauscht haben möchte“, sagt der Held am Ende des Romans. Aber dieser Bildungsromans skizziert in der Turmgesellschaft bereits eine ökonomistisch verfahrenende Handelsgesellschaft. Der schauspielernde Held wehrt sich anfangs im Namen schöner Verausgabung gegen den Fluch des Äquivalententausch, lässt sich dann seine Schauspielkunst durch ein Geldgeschenk der Gräfin entgelten, sehr zur Enttäuschung von Novalis (und Schiller), auch wenn er es widerstrebend tut. „Geld, sagt er, ist eine schöne Sache, wo etwas abgetan werden soll.“

Hinfällig ist mit dem Äquivalententausch die Autonomie des Ästhetischen. Und ist diese nicht der Ästhetik des Religiösen benachbart? In ihren besten Hervorbringungen ist Religion – Poesie. Heinrich Heine hat in seiner Schrift „Die Romantische Schule“ (1836) darauf aufmerksam gemacht, die Poesie der katholischen Religion gepriesen und den Poeten als den „kleinen Nachschöpfer Gottes“ bezeichnet. Diese Kraft der Poesie zeigt sich seit Jahrtausenden in den Psalmen als

Gebeten der klagenden und dankenden, einer schlechthinnigen Abhängigkeit sich bewussten Menschen. Wo uns die Worte fehlen, springt ein alter Psalm hilfreich bei, so das Goethe-Wort bewährend: „Und wenn der Mensch in seiner Qual verstummt/gab mir ein Gott zu sagen, wie ich leide“ (Goethe, Torquato Tasso). So zeigt die rabbinische Empfehlung, in Nöten *tehillim* (gleich Psalmen) zu sprechen, die Macht dieser Poesie, bis hin zu dem Einwand der wegen Durchfalls Rat suchenden Frau, die sagt: „Aber Rabbi, *tehillim* stopft doch.“

Verschiebung vom Geber auf die Nehmer

Geldwirtschaft, Industrie und Handel haben die vom Geber des Lebens initiierte Gabenwirtschaft im öffentlichen Bewusstsein fast vollständig verschwinden lassen. Denn sie existiert ja weiter. An sie zu erinnern ist vornehmliche Aufgabe der Religionen. Die Frage ist, ob das in der grundsätzlichen Alternative ‚Gott oder Mammon‘ geschehen sollte (wie sie Jesus in Mt. 6, 24 formuliert hat). Ich bin der Meinung, dass die Geldwirtschaft durch eine Gabenökonomie nicht zu ersetzen, wohl aber zu ergänzen ist. Von dieser Ergänzung, wie sie in der lokalen sozialen Ökonomie geschieht, könnten transformierende Wirkungen auf die Geld- und Waren-Ökonomie ausgehen, die sie wieder an das Ziel der Erhaltung der Lebensgrundlagen anknüpfen.

In den alten Gesellschaften war es so, dass der Mensch sich im Glauben zu dem Geber des Lebens in eine Beziehung setzte, anders gesagt: Gott forderte vom Menschen in den Weisungen der Tora eine verpflichtende Beziehung, die im Opfer und im sozialen Verhalten einen sinnlichen lebensweltlichen Ausdruck fand. Zunächst in den Opfern, mit denen den Göttern und dann dem einen Gott der Dank für Bewahrung und Segen zurückerstattet wurde, womit sie um diesen Segen angefleht und gnädig gestimmt wurden, so auch in Israel. Dann aber, vor allem in der sog. deuteronomischen Reform zur Zeit des Königs Josia (630 vor Chr.), vollzog sich eine Umwandlung der Opfer in soziale Abgaben, mit denen vor allem die Armen unterstützt werden sollten. „Arme soll es unter euch nicht geben“ (Dt. 15, 4), der soziale Ausgleich wird durch Wirtschaftsgesetze (Schuldenerlass, der Drittjahreszehnt für benachteiligte Gruppen) strukturell abgesichert. In den jährlichen Bundesfesten, die die Erinnerung an den Auszug und die Gabe des Landes rituell begeben, wird an Gott als den Stifter dieser Beziehungs- und Segenskette erinnert. Die von Gott empfangene Gabe wird gerecht geteilt und weitergegeben, in den Familien, in den Wirtschaftsgemeinschaften, in Sippen und im nationalen Zusammenhang. Das ist ein Gegenmodell zu den antiken feudalistischen Klassengesellschaften(vgl. Duchrow, 1994, 112ff), ein Wirtschaften für das Leben.

In der kapitalistischen Warenökonomie vollzieht sich nun eine Verschiebung vom Geber auf den Nehmer (vgl. Gutmann 2002: 19 ff.). Die Macht liegt bei

denen, die über Kapital verfügen, dieses auf dem Markt zirkulieren lassen und so akkumulieren können. Der Warentausch überwuchert den weiterhin stattfindenden Austausch der Gaben. Die besonders in der Erziehung der Kinder erkennbare Beziehungs- und Reproduktionsarbeit der Frauen (eine weithin umsonst geleistete Weitergabe des Lebens) wurde in das dominierende, männlich bestimmte Lohnarbeitsverhältnis integriert (und hat sich erst in den letzten Jahrzehnten teilweise aus diesen Fesseln befreien können). Diese Beziehungsgaben sind aber nicht auf die Frauen beschränkt – als quasi natürliche Ressource –, sondern stehen allen zur Verfügung. Auch Männer können und sollten die Gaben der Erziehung, der Beziehungsarbeit und des nicht lohnmäßig verrechenbaren Engagements nutzen. Auch Angehörige der Mittel- und Oberschicht können sich für gesellschaftliche Aufgaben aktivieren (und nicht nur die Menschen in den modernen Problemstadtteilen, die ihre brachliegenden Ressourcen aktivieren sollen).

Der Charme der Gaben

Zu erinnern ist hier an das Beispiel der frühchristlichen Gemeinden. Sie waren dezentrale Lebensgemeinschaften mit gemeinsamem Essen und Torastudium sowie gemeinsamer Beratung, wobei die gemeinsame Mahlzeit der Verschiedenen ihr von der üblichen sozialen Gesellung der Antike (man isst nur mit Gleichen) abweichendes Kennzeichen war. Gerade der Begriff *charis*, der mehr meint als nur Gnade, hat ihnen als kreativer Leitbegriff gedient – Paulus verwendet ihn um 50 n. Chr. neu in dem Sinn, dass beide Seiten nehmen und geben und zwar so, dass auf Grund der Gnade und Gabe Gottes der Mangel sich in Überfluss verwandelt. Besonders seine ausführliche theologische Begründung der Kollekte für die verarmte Jerusalemer Gemeinde durch die Christen in Korinth zeigt einen gabenökonomischen Ansatz:

„Denn ihr kennt die Gnade unseres Herrn Jesus Christus: obwohl er reich war, wurde er doch arm um euretwillen, damit ihr durch seine Armut reich würdet. [...] Euer Überfluss soll jetzt ihren [der Jerusalemer Gemeinde; Anm. d. Verf.] Mangel abhelfen, damit auch ihr Überfluss später eurem Mangel abhelfen kann und es zum Ausgleich kommt, wie geschrieben steht: ‚Wer viel sammelte, der hatte keinen Überfluss und wer wenig sammelte, hatte keinen Mangel.‘“ (2 Kor 8, 9, 13–15)

„Ein jeder gebe, wie er sich’s im Herzen vorgenommen hat, nicht mit Unwillen oder aus Zwang; denn einen fröhlichen Geber hat Gott lieb. Gott aber kann machen, dass seine Gnade euch auf jede Weise reichlich zuteil wird, damit ihr in allen Dingen allezeit genug habt für euch selbst und noch reich seid zu jedem guten Werk. [...] Gott aber sei dank für seine unaussprechliche Gabe.“ (2 Kor 9, 7–9.15)

Charis meint hier zunächst die Vorgabe der göttlichen Gnade in der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus, sodann das Weitergeben dieser göttlichen Vorgabe

zwischen den Gemeinden in Gestalt der Kollekte. Und schließlich das, was Gott von den Menschen zurückempfängt, nämlich den Dank. Die göttliche Vorgabe wird zum menschlichen Teilen der Gabe und zur Gegengabe an Gott. Im Begriff der *charis* gehören für Paulus Gott und Geld, göttliche Großzügigkeit und menschliche Freigebigkeit zusammen. Und das betrifft nicht nur den Inhalt, sondern auch die Art und Weise der Gabe – sie ist schön, hat Grazie und Charme: „Leget Anmut in das Geben“ heißt es in *Faust II*. Das Kollektenprojekt des Paulus hat Charme, wo sich in ihm die Gerechtigkeit Gottes als gerechte Güterverteilung zwischen den Gemeinden irdisch realisiert (vgl. Frettlöh, 2001: 143).

Was der Inbegriff der Gabe des Lebens ist: Gnade, wächst unter den Menschen durch Partizipation, durch gerechte Güterverteilung und ist charmant-attraktiv. Auch ohne den christologischen Bezug von 2 Kor 8 und 9 gibt es unter Menschen eine starke Verpflichtung, einander zu unterstützen, sich des andern zu erbarmen (wie die nicht christologische Beispielerzählung vom barmherzigen Samariter zeigt), sozialen Ausgleich zu organisieren und in eine Bewegung gegenseitigen Gebens und Nehmens hineinzukommen.

Das Beziehungsnetz als Gabenaustausch

Am Gabenaustausch sind auch unter kapitalistischen Bedingungen die Menschen in verschiedener Weise beteiligt – dort, wo es um die intimen Beziehungen zwischen Liebespartnern, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Freunden und Nachbarn, zwischen Hilfebedürftigen und Helfern, zwischen in Schwierigkeiten geratenen und ihren Unterstützern geht. Und auch hier hat die Gabe attraktiven Charme. Gabenökonomisches Handeln zeigt sich, neben der Professionalisierung der Gabe in helfenden Berufen, vor allem im ehrenamtlichen Bereich. Es gibt eine neue Solidarität, einen kooperativen Individualismus, der den Menschen nicht als Selbstaufopferung abgerungen werden muss. Das neue Ehrenamt verrät „ein freiflottierendes Potential an Gemeinsinn“ (Klages 1993: 40). Tätigwerden im sozialen Bereich wird als sinnhafte Lebenserweiterung erfahren. Es entstehen neue Netzwerke von Freiwilligen, oft unter Angehörigen der gleichen Schicht. Sie sind durch strukturelle Offenheit, lockere Verknüpfung und Wahlfreiheit gekennzeichnet, die sich an der Ähnlichkeit von Interessen orientiert. Aber es gibt auch schichtenübergreifende Netzwerke. Wo es beispielsweise solche Beziehungsnetze in Gestalt eines dezentralen Treffpunkts im Stadtteil gibt (sei es eine Elternschule, ein Bürgerzentrum, eine Kirchengemeinde), zeigt sich: alle denkbaren Probleme, von der Schwangerschaft bis zum Verlust einer wichtigen Vertrauensperson, von der Arbeitslosigkeit bis zu schweren Krankheiten, haben die Chance, durch Hilfe und Unterstützung aus dem Beziehungsnetz gut gelöst zu werden.

Finanzierung als Handlung des Vertrauens auf die Gabenökonomie

Es ist Aufgabe von Kirche und Diakonie, diese Ökonomie Gottes als eine Ökonomie des Gabenaustausches öffentlich stärker als ihr Eigenes zur Geltung zu bringen. Das dürfte schwer fallen, wenn sie sich in der gegenwärtigen ökonomische Krise (drastischer Rückgang der Kirchensteuereinnahmen) exklusiv an Modellen ökonomischer Steuerung und Effektivierung aus der Wirtschaft orientiert, an Marketing-Strategien und primär betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Die lutherische „Woran du dein Herz hängst, das ist dein Gott“ muss zumindest in einer anderen Haltung zum Geld zum Ausdruck kommen. Natürlich muss kirchliche Arbeit weiter mit Kirchensteuern und mit staatlicher Refinanzierung diakonischer Aufgaben rechnen. Aber die notwendigen Reformen könnten doch in einer anderen Haltung vorgenommen werden, die sich von der betriebswirtschaftlichen Rationalität unterscheidet. Sich daran erinnernd, dass Gott der Geber und Unterhalter des Lebens ist („mich täglich und reichlich versorgt“), müsste mit mehr Vertrauen in den Gabenaustausch gehandelt werden. Vertrauen liegt sowohl dem kapitalistischen Handeln als dem Gabenaustausch zu Grunde. Ohne Vertrauen funktionieren die Finanzmärkte nicht; wo das Vertrauen verloren geht, brechen Währungen zusammen, stürzen Aktienkurse ab. Sprachlich übereinstimmende Begriffe wie Credo und Kredit, Schuld und Schulden, Erlösung und Erlös zeigen die Verwandtschaft beider Ökonomiebereiche (auch im Begriff Mammon steckt die Wurzel Vertrauen). Kirche und Diakonie als Institutionen des Gabenaustauschs lassen wenig Vertrauen in die Ökonomie Gottes erkennen, sondern orientieren sich zu sehr an der herrschenden Ökonomie der Waren- und Profitlogik. Es gehört geschichtlich zu den beeindruckenden Erfahrungen des Handelns von Christenmenschen und kirchlichen Institutionen, dass sie in Krisensituationen das Vertrauen in die Güte des erhaltenden Gottes nicht aufgegeben haben und in der Regel überraschende Bestandserhaltungen und Unterstützungen erlebt haben (oft auf Gebetserhörungen zurückgeführt, Beispiele sind Legion – ich nenne nur Jung-Stillings Lebensbeschreibung).

Diesem Vertrauen kann man natürlich organisatorische Form geben in Gestalt von Sponsoren und Fördervereinen. Diese können durch Kirchensteuern nicht mehr finanzierbare Projekte finanzieren, von der Renovierung einer Silbermann-Orgel bis zur Stelle für die Drogenarbeit einer Kirchengemeinde. Hier ist viel mehr möglich als gemeinhin angenommen wird, hier erweist sich die Anmut des Gebens, der Charme der Gabe in immer wieder überraschender Großzügigkeit der Gebenden, indirekt oder direkt angestiftet von dem Geber des Lebens.

Der Gaben-Mix von Ehrenamtlichen und Professionellen als Chance

Was mit den Abendmahlsgaben und dem Almoseneinsammeln der frühen Christen anfang, in Klöstern und Kommunitäten soziale Gestalt gewann, im 19. Jahrhundert über die Einwerbung von Stiftungsmitteln und die Gründung von Rettungsvereinen sich fortsetzte, in den Anfängen professioneller Arbeit entscheidend die Vermittlung der Fähigkeit des Haushaltens einschloss (bei Alice Salomon) und schließlich im konsolidierten Sozialstaat des goldenen Zeitalters bei garantierter Kostendeckung der Sozial- und Diakonie-Arbeit endete, ist heute in einem bewussten kreativen Gabenaustausch einer sozialen Zivilgesellschaft fortzusetzen. Modelle wie das Hamburger Spendenparlament sind ein Versuch, diese Gabenökonomie umzusetzen; es hat nur ergänzenden Charakter und übernimmt keine Grundaufgaben von freien Trägern und Staat. Besonders Umsonstläden machen die Erfahrung, dass im Vertrauen auf den Gabentausch die Regale immer wieder gefüllt werden. Hier kann und muss weiter kreativ charmant experimentiert werden: Leget Anmut in das Geben!

Noch einmal theologisch gesagt: Die Vertreibung der vielen Götter durch den einen Gott der jüdisch-christlichen Tradition hat entscheidend zur Zentrierung von Liebe, Tausch und Sprache beigetragen. Im Systemfragment des deutschen Idealismus heißt es treffend: „Monotheismus des Herzens und der Vernunft, Polytheismus der Poesie und der Einbildungskraft“. Danach wäre zu verfahren auch in Zeiten, in denen das Versprechen von Glück durch die Kunst gebrochen zu sein scheint. Sinnerfahrung wird heute im kulturellen Erlebnis gesucht, wie G. Schulze (1992) gezeigt hat. Aber es ist ein Glück, das nicht trägt und durch die Jagd nach schönen Erlebnissen nicht befriedigt werden kann. Es strahlt wieder auf in schönen solidarischen Beziehungen, die von Gaben leben. Es gibt eine Ästhetik der Solidarität, die viel zu wenig unter diesem Aspekt beachtet wird. Noch aktive ältere Menschen im Ruhestand drängen in soziale Initiativen wie die Tafeln, Kirchenküchen und Kleiderkammern. Sie sagen, sie brauchen diese Tätigkeit und es macht ihnen Spaß. Sie geben so ihrem Leben, das sonst in mallorquinischer Sonnenanbetung enden würde, einen Sinn, der eine neue zivilgesellschaftliche „Aneignung des Sozialen“ (Rauschenbach) verrät. Die Handlung des barmherzigen Samariters als „souveräne Daseinsäußerung“ (K. Lögstrup) kehrt zurück, etabliert sich neben der Delegierung sozialer Probleme an die Professionellen. Diese müssen ihre Chancen der Begleitung und Koordinierung in der neuen Freiwilligenkultur sehen, statt nur über den dadurch zu befürchtenden Stellenabbau zu klagen.

Von der Ökonomie Gottes zum eigenen Gabentausch, zur schönen sozialen Verausgabung. Sie ereignet sich in den Tauschringen, in denen Fähigkeiten ohne ver-

mittelndes Geldäquivalent getaucht werden. Ein anderes gutes Beispiel dafür, wie der geldfixierte Warentausch rückgängig gemacht werden kann, ist der Umsonstladen, in dem gebrauchsfähige Konsumgüter umsonst mitgenommen werden können. Es gibt inzwischen viele solche Läden in der BRD. In Hamburg-Billstedt heißt er „Kostnix“. Aus einem Studierendenprojekt der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie ist er inzwischen zu einer Einrichtung geworden, die von 15 Ehrenamtlichen betrieben wird. Nicht der Geldeswert ist entscheidend, den der Besucher mitbringt ist entscheidend sondern sein Wunsch, Waren, die sonst weggeworfen würden, zu gebrauchen. Das gilt auch für den Bringenden, der aus seinen Konsumgütern Gaben macht. Aus Waren werden wieder Dinge mit eigener Würde. Ein Umsonstladen ist nicht nur ein Ort alternativen Warenverkehrs sondern auch ein Kunstprojekt, eine sich ständig wandelnde Ausstellung von Konsumgütern. Er wird zum Treffpunkt unterschiedlicher Menschen, der Ehrenamtlichen, die dort mit Hin-gabe tätig sind. Darunter sind manchmal Messies, die nicht aufräumen können, Moralisten, die gelegentlich die Armen erziehen möchten. Unter den Besuchern sind auch solche, die für den Flohmarkt sich bedienen. Trotzdem lebt hier viel von der Gabenökonomie weiter und zieht ermutigende Kreise.

Anmerkung

- 1 Zitate aus D. Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung*, dessen 100.Geburtstag in dieses Jahr fällt.

Literatur

- Benedict, Hans-Jürgen 2001: Der Kommunismus und die Hilfe gegen ihn. Das antikommunistische Manifest Wicherns als Grundlage der berühmten Wittenberger Stegreifrede. In: *Evangelische Theologie* 61, 455–475
- Birkhölzer, Karl 2000: Formen und Reichweite lokaler Ökonomien. In: Ihmig, Harald (Hg.) 2000: *Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital*. Bielefeld: 56–88
- Bonhoeffer, Dietrich, 1951/1964: *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*. München.
- Duchrow, Ulrich 1994: Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Gütersloh
- Frettlöh, Magdalena L. 2001: Der Charme der gerechten Gabe. In: Ebach, Jürgen u. a. (Hg.): *Leget Anmut in das Geben*. Gütersloh: 105–161
- Gutmann, Hans Martin 2002: Das Evangelium zu Markte tragen. Unternehmen Kirche? In: *Nordelbische Stimmen*, Mai 2002: 19–22

- Hörisch, Jochen 1983: Gott, Geld und Glück. Frankfurt/M.
- Klages, Helmut 1993: Diskussionsbeitrag. In: Körber-Stiftung (Hg.) 1993: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? 100. Bergedorfer Gesprächskreis. Hamburg
- Mann, Thomas 1901/1930: Die Buddenbrooks. Verfall einer Familie. Bde. 1 + 2., 10. Aufl. Berlin
- Marx, Karl, Engels, Friedrich 1848/1966: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies.: Studienausgabe Bd. III. Frankfurt a. M.: 59–87
- Mauss, Marcel 1996: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt a. M.
- Schulze, Gerhard. 1992: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M.
- Smith, Adam 1789/1993: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Hg. von Claus Recktenwald. 6. Aufl. München
- Wichern, Johann Hinrich 1832–33/1958: Hamburgs wahres und geheimes Volksleben. In: Ders.: Sämtliche Werke. Hg. v. P. Meinhold. Bd. N/1. Berlin: 32–46

Prof. Dr. Hans-Jürgen Benedict, Grillparzerstr. 36, 22085 Hamburg

Kleine Verlag

aktuell

Wolfgang Braun und Matthias Nauerth (Hrsg.)

Lust an der Erkenntnis

Zum Gebrauchswert soziologischen Denkens für die Praxis Sozialer Arbeit

Impulse Werkstatt Fachhochschule, Band 14

2005, ISBN 3-89370-404-3, 250 Seiten, € 22,00 / SFr 38,60

- Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen ihr berufliches Handeln innerhalb des gesellschaftlichen (Verstrickungs-)Zusammenhangs wahrnehmen können. Doch nicht nur das: zudem müssen sie ihre Blickscharfe in den verschiedenen Arbeitsfeldern umsetzen. Dafür kann die Soziologie wichtige Beiträge leisten. Denn sie beschreibt den Menschen als soziales Wesen, das seine Geschichte selbst macht und die Verhältnisse durch Handeln erzeugt, verfestigt – aber auch verändern kann. Soziologie hat daher für die Soziale Arbeit einen herausragenden Gebrauchswert, weil sie den Blick auf die eigene gesellschaftliche Funktion, auf soziale Problemlagen und auf eine helfende Praxis schärft.
- In diesem Buch sind soziologische Texte versammelt, in denen Hinweise zu einer für die Soziale Arbeit nützlichen soziologischen Perspektive gegeben werden. Die Autorinnen und Autoren zeigen ihre eigene soziologische Denkart und Produktionsweise so auf, dass deren Gebrauchswert für eine Praxis Sozialer Arbeit kenntlich wird. Bei aller Unterschiedlichkeit ist den Texten gemeinsam, dass sie ein Zeugnis der Lust an soziologischem Denken geben und damit zum Denken im Horizont Sozialer Arbeit auffordern.
- Es ist das Anliegen dieses Buches, Soziale Arbeit zu einer lustvollen Praxis soziologischen Denkens zu verführen.



Helga Cremer-Schäfer

„Not macht erfinderisch“: Zu der Schwierigkeit aus der Moral der alltäglichen Kämpfe um Teilhabe etwas über die Umriss einer *Politik des Sozialen* zu lernen

Die niederen Klassen und arme Leute von moralisierenden Klassifikationen zu befreien hat sich als ein strukturell blockiertes Unterfangen erwiesen. Von der Diskussion um die Lösung der „Sozialen Frage“ bis zur Debatte über „Underclass“ und „Neue Unterschicht“ und „Überflüssige“ sind die meisten Modelle der Kritik des Zusammengehens von ökonomischer, politischer und symbolischer Ausschließung zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehrt: der Identifikation einer Kategorie von Personen, deren Ausschließung wie Selbstausschließung aussieht. Eine Möglichkeit um durch die und in der Diskussion um „Moralische Ökonomie“ nicht zu einer impliziten benevolenten sozialen Degradierung der Leute beizutragen, sehe ich in einem genaueren Blick auf die verschiedenen Prinzipien (und „Moralen“), auf die sich Praktiken der Gegenwehr gegen das Prinzip der Warenförmigkeit und der Bürokratiefähigkeit berufen haben.

„Not macht erfinderisch“ ist eine zum Allgemeinplatz geronnene Erfahrung. Gelegentlich wird von empirischer Forschung ein dem Topos wahlverwandtes Bild von armen Leuten und niederen Klassen herausgearbeitet: Wir lernen sie zu sehen als findige, kluge, listige, aktive, duldsame, hart arbeitende, leidende, strategische, sorgende und verantwortungsvolle Leute. Selbst „unternehmerische Züge“ lassen sich feststellen.

„Not macht erfinderisch“ – dieses Bild von der Armut, die trotz und gegen das Leiden, die Ausbeutung und die materielle und symbolische Ausschließung zum Erfindungsreichtum, zu Widerständigkeit und zu pragmatischen Arbeits- und Lebensweisen mit eigenen „Moralen“ führt, wurde in den späten 80er Jahren von Norbert Preußer (1989) als Titel einer Ethnographie der Überlebensstrategien der Armenbevölkerung gewählt, um den Leserinnen zu signalisieren, dass mit einer spezifischen „Tradition“ der Arme-Leute-Wissenschaft zu brechen ist.

Diese systematisiert entweder die institutionalisierte Armutseindlichkeit direkt oder weicht auf die milderen Formen der „exotischen Verfremdung“, der „moralisierenden Herablassung“, der „heroisierenden Distanzierung“ oder der „sozialpolitischen Distanzierung“ aus. Das Brechen mit dieser Tradition der Systematisierung von Verachtung der Armen und der niederen Schichten scheint keineswegs einfach. In der Geschichte der Armutsforschung zeigt sich kaum ein „Lernprozess“, viel eher ein Muster, in dem „Gegenaufklärung“ und „Dialektik der Aufklärung“ zusammengehen. Das gilt insbesondere in Bezug auf das soziale Artefakt, das von der „normalen“ Klassenstruktur und Hierarchisierung der gesellschaftlichen Teilhabe eine besondere „Spezies“ von Menschen abtrennt und deren Zugehörigkeit zuerst in Frage stellt und ihnen auch ganz abgesprochen wird. Die historischen Benennungen für diese Kategorie bzw. ihre gesellschaftliche Position waren: Pauper, Arme, nondeserving poor, Lumpenproletariat, Lazarusschicht, Pariahs, Randständige, Neue Armut, undercaste, vielfach Benachteiligte, städtische Arme, Marginalisierte, fortgeschrittene Marginalisierung. „Underclass“ bzw. „Neue Unterschicht“ sind die aktuellen Klassifikationen, die Formen der Armutsverachtung und der moralisierenden Aufspaltung pflegen. Die niederen Klassen und arme Leute von moralisierenden Klassifikationen zu befreien hat sich als ein strukturell blockiertes Unterfangen erwiesen; sowohl politisch wie vor allem analytisch. Wir können beobachten, dass seit der Diskussion um die Lösung der „Sozialen Frage“ die meisten Modelle der Kritik des Zusammengehens von ökonomischer, politischer und symbolischer Ausschließung zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren sind: der Identifikation einer (neuen, kleineren) Kategorie von Personen, deren Ausschließung wie Selbstausschließung aussieht.

Die Intensivierung der Erkundungen von „Moralischer Ökonomie“ brauchte nicht den gleichen Zirkelschluss zu durchlaufen. Daher die folgenden Ausführungen zum „Teufelskreis“ der Kritik der gesellschaftlichen Produktion von Armut. Eine Möglichkeit, um durch die Diskussion um „Moralische Ökonomie“ nicht zu einer impliziten benevolenten sozialen Degradierung der Leute beizutragen, sehe ich in einem genaueren Blick auf die verschiedenen Prinzipien (und „Moralen“), auf die sich Praktiken der Gegenwehr gegen das Prinzip der Warenförmigkeit und der Bürokratiefähigkeit berufen haben. Die Prinzipien, auf die „moralische Empörung über Ungerechtigkeit“ sich historisch und in bescheidenen Formen auch heute berufen, schützen sowohl davor „moralische Ökonomie“ nur von oben zu denken, als Form einer benevolenten Wohlfahrtsstaatlichkeit, wie implizit zu einer Legitimation der Tugenden des Arbeitskraft-Unternehmers auch für diejenigen beizutragen, die nicht mehr zum Club der Lohnarbeit gehören sollen, jedoch so mit der und in der Not auskommen.

Die „underclass“ debate. Zum Teufelskreis der amerikanischen Armutsforschung

In Bezug auf ein halbes Jahrhundert Armutsforschungen in Amerika scheint es, als gebe es nicht nur eine „Armutsfalle“ und den Teufelskreis der kulturellen Reproduktion von Armut. Es scheint die Armutsforschung selbst hat der ökonomischen, politischen und symbolischen Ausschließung kaum etwas entgegen zu setzen. (Fast) jeder Versuch gegen die Ideologien anzugehen, nach denen arme Leute und niedere Klassen sich ihre Lage selbst zuzuschreiben haben, führt zu alten Klassifikationen und Hierarchisierungen zurück. Die Namen des 19. Jahrhunderts, die „selbstverschuldete Armut“ und die „unwürdigen Armen“, werden nur durch andere Vokabeln ersetzt. Die derzeit wohl prominenteste Kategorisierung für Leute, deren Zugehörigkeit in Frage gestellt wird ist die der „underclass“.

Michael B. Katz leitet seine Rekonstruktion der Geschichte der amerikanischen Armutspolitik sowie der Geschichte von Forschungen und Theorien mit den Sätzen ein: „Most of the writing about poor people, even sympathetic observers, tells us that they are different, truly strangers in our midst: poor people think, feel, and act in a way unlike middle-class Americans.“ (Katz 1989: 6f) Der Epilog des Buches wiederholt die Feststellung: „We can think about poor people as ‚them‘ or as ‚us‘. For most parts, Americans have talked about ‚them‘. Even in the language of social science, as well as in ordinary conversation and political rhetoric, poor people usually remain outsiders, strangers to be pitied or despised, helped or punished, ignored or studied“ (ebd: 236).

Das Irritierende der Rekonstruktion der „underclass-debate“ liegt darin, dass die Kontinuität des Vokabulars von „us and them“, die Individualisierung von Armut und die Moralisierung der Armen sich ab den 80er Jahren nicht gegen und trotz „liberaler“ Theorien und Politikanleitung in den 60ern und 70ern durchgesetzt haben, sondern mit und wegen ihnen. Konzepte und Denkweisen, die das Image der „selbstverschuldeten Armut“ entkräften sollten, waren nützliche Teilstücke, neue „undeserving poor“ zu bestimmen. Das bevorzugte Beispiel für diesen Prozess ist das Theorem der „culture of poverty“ von Oscar Lewis (1963, 1971). Seine Studien und Beschreibungen des Lebensstils der puertoricanischen Armen setzte gegen die Etiketten und die Theorie der „selbstverschuldeten Armut“ ein kompliziertes, strukturbezogenes und kapitalismuskritisches Erklärungsmodell einer „Subkultur“ entgegen. Doch Lewis selbst entwickelt durch sein Erklärungsmodell für dauerhafte Armut eine arme Leute stigmatisierende Kennzeichnung. War die „Kultur der Armut“ zuerst ein Einstieg, den Sinn der Lebensweise von Armen als kollektive, subkulturell gestützte Bewältigungsstrategien zu verstehen, so hat die Konzeption einer durch die Adaptionen ent-

standenen, gleichsam „armen“ Kultur die Tür zu einer neuen Defizitperspektive geöffnet. Aus der „Kultur der Armut“ (als einer Benennung für kollektiv abgestützte Bewältigungsstrategien) entstand ein normatives Konzept von Kultur: die Aneignung der „richtigen“ dominanten Kultur durch die Person führt zur individuellen „Leistungsfähigkeit“. Wer unter der Bedingung eines „ Mangels an Kultur“ aufwächst, hat dagegen kaum eine Chance auszubrechen und aufzusteigen, da er oder sie nur die Adaptionen an die Armutssituation habitualisiert haben. So verdinglicht taugt Kultur zur Klassifikation von Akteuren: eine Klasse wird durch die Übernahme der Kultur fit, mit Mangel und Verachtung umzugehen, die andere verliert ihre Leistungsfähigkeit („Fitness“), betreibt „Missmanagement“ der Armut, weil sie „bessere“ Verhaltensweisen durch ihre Familie nicht eingepreßt bekommen haben.

In den Sozialwissenschaften ist es ganz und gar nicht neu, dass soziale Relationen bzw. Prozesse in individuelle Merkmale oder sozialstrukturelle Zustände überführt werden. Insbesondere über Theorien der Folgen von Armut in Verknüpfung mit Theorien der Ursachen von Abweichung, die beide von Defiziten und Defekten der Person ausgehen, werden aus situationsbezogenen (adaptiven) Handlungen „Normabweichungen“, die sich unabhängig von den konkreten Situationen verfestigen und, die von der 2. Generation der Armen inkorporiert werden. Bei einer solchen Rahmung von Armut braucht über Strukturen, Situationen und Bewältigungsstrategien nicht mehr gesprochen werden. Woher Abweichungen von der Norm und Defekte der Person „stammen“, ob es die Gene sind, es an der Deprivation liegt oder einfach „habits“ bzw. „Gewohnheiten“ einer abweichenden Kultur von einer Generation auf die andere übertragen werden, ist für die Aufrechterhaltung einer Differenz und einer prinzipiellen Inferiorität der Armen sekundär. Unverzichtbar für die Reproduktion eines Klassifikationssystems für arme Leute sind jedoch verdinglichende Begriffe und Denkschemata, die gesellschaftliche Phänomene und individuellen Handlungen „koppeln“. Empirisch wird dies bekanntermaßen durchgeführt über Korrelationen oder Theorien, die von Kultur als etwas ausgehen, das inkorporiert wird oder sich zumindest in das Verhalten eingräbt. Das leisten auch Sozialisations-theorien, im Grunde jede Theorie, in der Ordnung durch Konformität der Akteure und durch die Übernahme von Werten und Normen in das Innere der Person entsteht. – So wie es sich das Personal einer geschlossenen Anstalt vorstellt.

Die wichtigsten Elemente der zwischen Medien, dem Feld der Wissenschaft und der Politik stattfindenden „underclass“-Debatte waren:

Die Ersetzung von Darstellungen struktureller Dimension und relationaler Phänomene durch „Kultur“, und die Durchsetzung eines Verständnisses von „Kultur“ als eine eigene Entität, die sich aus Prinzipien, Einstellungen, Verhaltens-

mustern zusammensetzt. Kultur als Entität prägt – je nach soziologischem Theoriemodell – entweder Akteuren einen „Lebensstil“ auf oder sie übernehmen handlungsprägende „Wertorientierungen und Normen“, kurz „Moral“ genannt, oder sie entwickeln einen spezifischen „Sozialcharakter“ oder sie eignen sich den „Habitus“ des Milieus an. Alle halten Akteure in der Armut „gefangen“. Nicht alle, doch die meisten erklären Menschen zu einem „heteronomen Subjekt“ bzw. zu einem „Reaktionsdeppen“; damit bleiben Theorie und das Verstehen von Widersprüchen und Dynamiken der Auseinandersetzung mit Formen der Subordination bzw. der sozialen Schließung und Ausschließung auf der Strecke. Ferner wird die Verbreitung von binären, aufspaltenden Kategorien, die eine moralische Klassifikation und Hierarchie innerhalb der Armutsbevölkerung ermöglichen, fortentwickelt. Die „passiven Armen“ (und dauerhaft Sozialhilfe-abhängigen), die „feindseligen Armen“ (denen Straßenkriminalität, Gewalt- und Drogenkriminalität zugerechnet wurde), „solche Leute“, die sich mittels einer Untergrundökonomie „durchlavieren“, oder „ausgebrannte“ Leute (wie Alkoholiker oder Obdachlose aller Art) zeigen an, dass es unter den gleichen Lebensbedingungen noch Leute gibt, die „Uns“ noch ähnlich sind, die etwas können, etwas zu geben haben und ihre Aufstiegschance wohl wahrnehmen können.

Das Kriterium für eine Zurechnung von Personen zur „underclass“ war weder die Position in der Sozialstruktur noch eine Frage der Verfügung über Einkommen und Ressourcen. Mitglieder der „underclass“ wurden über ihr (abweichendes) Verhalten oder einen nicht der Norm(alität) entsprechenden Lebensstil identifiziert: Teenager, die schwanger werden, gehören in die „underclass“, Familien, denen eine (junge) Frau vorsteht, Schulversager, Leute, die Fürsorgeleistungen einkalkulieren, solche, die eine extreme Gegenwartsorientierung zeigen, jedoch keine Bereitschaft, Pflichten zu übernehmen, Bildungsaspirationen nachzugehen und zu arbeiten. Die Zurechnung zur „underclass“ erfolgt nach etwas, das man ein „soziales Profil“ nennen könnte. Es folgt dem gleichen Muster wie die Zuschreibung z.B. von „Kriminalität“. Ein weiteres Kriterium entsteht durch die Assoziation von abweichendem, unmoralisch-gefährlichem Verhalten und Lebensstil mit einer ausgesuchten Gruppe, in der „underclass-debate“ mit der Ghettobevölkerung, insbesondere den schwarzen, arbeitslosen jungen Männern.

An der mit harten Bandagen geführte Auseinandersetzung um das kritische Potenzial der amerikanischen Ethnographien der städtischen Armut für Theoriebildung und Politik an der Wende zum 21. Jahrhunderts findet man die wiederkehrenden Fallstricke der Armutforschung zusammengefasst. Loic Wacquant (2002) zerpflückt in einem Rezensionssessay einen Typus von Armutsethnographien, die die „würdigen Armen“ beschreiben. Nachdem über Jahre hinweg auch zur Diskreditierung von „freiheitsstiftenden Elementen“ des Wohlfahrtsstaates das Bild von einer abhängigen, demoralisierten und gefährlichen „underclass“ im Kontext von Diagnosen „sozialer Desorganisation“ und „Anomie“ mit

bestätigt wurde, stellt der Rezensent einen Turn in der Beschreibung der städtischen Armen fest. In den Ethnographien geht es um das Leben und die Arbeit von unbehausten Straßenhändlern als einer informellen, aber nicht illegalen Ökonomie; es geht um die Working Poor im Dienstbotensektor und der Fastfood Industrie und um jene städtischen Arme, die gegen die soziale Entropie des Ghettos um „Anständigkeit“ im Familienleben und bei der Arbeit bemüht sind. Obwohl die Dienstbotenökonomie die Zumutungen der Hungerlöhne und der Servilität beinhalten und die „anständigen“ Überlebensstrategien die sozialen Akteure überfordern und aufzehren, werden von ihnen (und den EthnographInnen) die nationalen Kardinaltugenden (Arbeitstugenden, Willenkraft, Charakterstärke, Entschlossenheit, Verantwortlichkeit) als Wertorientierungen und Verkörperung von Anständigkeit gepriesen. Der „Teufelskreis der Armutforschung“ wird ein weiteres Mal vorgeführt. Der Essay liest sich weniger als eine Besprechung und Kritik. Sie wirkt eher wie ein Abkanzeln von Kollegen und darüber, was diese mit ihren Ethnographien alles anstellen.

Die Repliken enthalten nicht nur Gegenargumente, sondern lesen sich wie ein Gegenangriff. Ohne hier entscheiden zu können und zensieren zu wollen, wer „Recht hat“, kann man den Austausch von Zorn und Empörung zwischen WissenschaftlerInnen als Indikator dafür nehmen, dass der Zirkelschluss der Armutforschung auch etwas zu tun hat mit der Position von Intellektuellen und Wissensarbeitern in der Klassenpolitik und bei „Klassifikationskämpfen“. Waquants Kriterien der Kritik werden durch die Form nicht unzutreffend; sie besteht darin, dass die Ethnographien die „underclass-debate“ nicht als einen durch Rassismus geprägten Ausschlussvorgang und -diskurs kritisieren, sondern reklamieren, dass die entsprechenden Diagnosen für relevante Teile der Ghettobevölkerung nicht zutreffen. Sie belegen dies auch durch Beschreibungen von Praktiken der „sekundären Anpassung“ wie der an relationalen Begriffen interessierte Erving Goffman es nennen würde (Goffman 1972). Da ihr Fokus aber auf Personen und Gruppen und auf Prozesse gerichtet ist und Begriffe und Unterscheidungen aus der Mainstream-Soziologie benützt würden, denen man Relationalität gar nicht mehr anmerkt, lieferten sie wieder nur eine geringfügig modifizierte aufspaltende Klassifikation der Städtischen Armen: Die „deserving“ und die „undeserving poor“ begegnen uns wieder als Aufteilung in Bewohner, die „unternehmerisch“ eine informelle (Straßenhandel-)Ökonomie wählen, und solche, die in der illegalen Drogenökonomie verbleiben. Oder es werden solche, die mit Selbstzwang servile und unterbezahlte Arbeit übernehmen bzw. unternehmerisch vergeben, solchen gegenüber gestellt, die das nicht als lohnend ansehen. Und es geht schließlich darum, die Frage am Leben zu erhalten, weshalb es die meisten doch schaffen, im Kampf gegen Armut „anständig“, arbeitskraft-unternehmerisch über die Runden zu kommen und der „Kultur der Armut“ eine „Kultur der Anständigkeit“ entgegensetzen. Das theoretisch Interessante der

„Rezension“ ist der Hinweis darauf, wie WissenschaftlerInnen es bewerkstelligen, auch mit „positiven“ Bildern die moralisierende Klassifikation der Armen im Umlauf zu halten. Das geschieht nach Wacquant im Wesentlichen wieder durch das Festhalten an soziologischen Begriffen, die soziale Relationen und offene Prozesse in individuelle und strukturelle Zustände verwandeln. Die prominentesten Kandidaten für ihn sind das Verständnis von Kultur als Entität, die Vorstellung einer Verhaltenssteuerung durch normative Modelle sowie die Zensur „Abweichend versus Normal“. Alle Mainstream-Konzepte könnten das komplizierte Verhältnis zwischen sozialer Struktur, sozialer Position und persönlichen Dispositionen nicht klären. Dabei geht Wacquant selbst nicht ganz von Dispositions- als Scharnierbegriffen ab. Er spricht jedoch nicht mehr von „Position“ und einem zugehörigen „Habitus“, sondern von Position und einem „gebrochenen Habitus“ (1499). Dem (Ent-)Moralisierungszirkel entkommt man wohl eher, wenn man von Dispositionsbegriffen überhaupt Abstand nimmt und sich auf Situationen, situiertes Handeln bzw. Handlungsstrategien und die ihnen zugrundeliegenden Regeln bezieht.

Die europäische Armutsforschung und die Grenzen der Benevolenz

Im Vergleich zu der Kritik der liberalen, der sozialreformerischen Armutsforschung und der Kritik der „underclass-debate“ erscheinen die europäischen Begriffe, Forschungsperspektiven und Methoden der Armutsforschung von außen betrachtet nahezu vorbildlich. Hierzulande wird statt „underclass“ seit den 70er Jahren eine formale Bezeichnung genutzt: Wir haben es mit einer je „Neuen Armut“ zu tun. Dieser Begriff wurde zur Diskreditierung der wohlfahrtsstaatlicher Regulation und im Kontext eines frühen konservativen Umbaus des Sozialstaats von Heiner Geisler eingeführt. Das scheint dadurch geheiligt, dass Forschung sich als eine Empirie und Beschreibung der Ungleichverteilung von Einkommen und der Unterversorgung verstanden und entwickelt hat. Es werden nicht die Armen, sondern Armut betrachtet; deren „Strukturen“ werden als Konsequenz von politischen und ökonomischen Strategien diskutiert. Oder diese werden mit Lücken wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, Phänomenen der Arbeitslosigkeit, der Einkommensverteilung und der städtischen Segregation verbunden. Das Format der Sozialberichterstattung ist gegenüber einer „Individualisierung“ sperrig. Das liegt weniger daran, dass es gar nicht zu vermeiden wäre, eine soziale Struktur der gesellschaftlich produzierten Armut darzustellen. Die Armutsforscher und die ihnen verbundenen Wohlfahrtsorganisationen stellen ein Moment der Ungleichzeitigkeit dar. Sie verteidigen die Logik des Keynesianismus und einen idealisierten Wohlfahrtsstaat. Die Armutsforschung hat in

den beiden bisher vorgelegten Armutsberichten der Bundesregierung sich gewissermaßen ein eigenes Dokument geschaffen, sodass auf viele einzelne Autoren hier verzichtet werden kann (vgl. „Lebenslagen in Deutschland“ 2005). Armutsforscher agieren als Anwälte und Verteidiger des Sozialstaates und sie beschränken sich auf „nüchterne Zahlen“. Eine Obsession, sich mit den durch den Wohlfahrtsstaat verursachten „Demoralisierungen“ der Armen zu beschäftigen, sowie mit einer erodierenden „Arbeitsmotivation“, der Auflösung der Familie und dem „Sozialhilfebetrug“, fehlt europäischen Armutsforschern weitgehend. Damit halten sie sich auf der sicheren Seite einer soziologischen „strukturellen“ Betrachtung. Gearbeitet wird bei Skandalisierungen vorzugsweise mit den „deserving poor“; das sind die Alten, die Frauen, die arbeitenden Armen, die arbeitsbereiten Arbeitslosen, die Familien, die Kinder. Die Arbeitsteilung zwischen den Wissenschaften ermöglicht dann jedoch bei der Diskussion der „Folgen von Armut“ den ungehinderten Einzug einer sozialpathologischen Perspektive und, in Bezug auf den Armen, einer verdinglichenden und individualisierenden Perspektive.

Armutsforschung unterteilt sich in eine Wissenschaft von der Einkommensverteilung, der Sozialstruktur und der Ungleichheit der Versorgung und in eine Personenwissenschaft, die die „Folgen“ von Armut untersucht. Aus dem Blick gerät in der Regel die Arbeit am „Scharnier“, das beide, Strukturen und Handlungen verbindet. Beim Übergang von „Strukturen“ zu „Folgen in und bei der Person“ interessiert die Frage, wie schlagen sich Makrophänomene („Globalisierung“, „Umbau des Wohlfahrtsstaates“, Armut als Lebenslage) in der Person nieder? Wie werden Makrophänomene „inkorporiert“? Welchen Sozialcharakter formen sie und wie wirkt das wieder auf die Makroebene zurück? Die Struktur dieser „dualen Armutsforschung“ (Butterwegge et al. 2003) und das ihr zugrundeliegende Denken ist im Schema von „Makro-Mikro-Makro“ gegen Personalisierungen von Relationen ziemlich ungeschützt. Wenn es um die Vermittlung von gesellschaftlichen Vorgängen und Individuen geht, sind ziemlich wenige Denkmodelle verfügbar, die diese Vermittlung komplizieren; gefragt werden also solche, die es vereinfachen. Am Beispiel der Diskussion um „Kinderarmut“, die eine Diskussion sowohl um Bewältigungsstrategien wie um „Folgen“ ist, die in der Person verankert werden, habe ich versucht zu zeigen, wie durch die Anwendung von Forschungsdesigns und -methoden, die ein ätiologisches Handlungsmodell (von Armut als „Ursache“ und Handlungen bzw. Person als „Folge“) zugrunde legen, das Bild von „inkompetenten Armen“ geformt und ein Beurteilungscode „Stärke vs. Schwäche“ etabliert wird (Cremer-Schäfer 2004). Selbst Studien, die das Denken und Einteilen in Erziehungsstilen überwunden haben und nach Bewältigungsstrategien von Personen und Familien fragen, enden bei der Klassifikation nach ihren „Fähigkeiten“. Soziale Degradierungen sind noch keine Armutsfeindlichkeit und Klassifikationen nach Fähigkeiten keine nach

Moral und Verschuldung. Forschungen über „Folgen von Armut“ haben sich jedoch stets mit Fragen nach der „Gefährlichkeit“ und der „Kriminalität“ der Schwachen befasst – ohne sehr viel über den Zusammenhang zu rätseln. Und es sind letztlich ziemlich „schwache“ Theoriemodelle (und Scharniere), die das Schema „Makro-Mikro“ zusammenhalten. Das wissen auch Sozialforscherforscher. „Kinder und Jugendliche in Armut. Hier läuft rasch die Kette des ‚Wissens‘ über die Folgen eingeschränkter und beschädigter Sozialisierungen ab: Stress zu Hause, geringer schulischer Lernerfolg, Orientierung an den Peers in der Straße, abweichendes Verhalten, Gewalt, Kriminalität, Drogen und Prostitution“ (Dangschat 1998: 124). An dieser Irritation wird in der Armutforschung selten weiter gearbeitet. Ohne die Reflexion auf theoretische Blindstellen der Armutforschung wird diese Kettenreaktion schlecht zu kontrollieren sein.

Exkurs: Die Moralen von Widerständigkeit und der Empörung über Ungerechtigkeit

In und nach jeder Phase der Propagierung des Bildes von „undeserving poor“ bzw. von den gefährlichen „sozial Schwachen“ baute die Kritik der politischen Vorgänge und des wissenschaftlichen Blicks darauf, dass Ethnographien und die Beschreibung von Alltagspraktiken die „Exmittierung“ der Armen korrigieren könnten. Das Muster, das Edward P. Thompson mit seiner Geschichtsschreibung „from below“ und dem Begriff der „moralischen Ökonomie“ vorgegeben hat, war das der doppelten Beschreibung der „alten ‚moralischen Ökonomie‘ der Fürsorge“ bzw. des „Paternalismus“ und der „moralischen Ökonomie“ der Englischen Unterschichten“ bzw. der „plebejischen Kultur“. Sich in diese Tradition zu stellen, war nach der Rezeptionsgeschichte nicht ein einfach, weil sowohl die Herrschaftstechniken wie die Praktiken der Gegenwehr *nicht eindeutig* gemacht werden können und insbesondere die plebejische Kultur weder der Kultur der Gebildeten noch der folgenden proletarischen Kultur der Arbeiterbewegung entsprach.

„Wir behaupten, dass der Paternalismus in der Praxis ebenso viel Theater und Geste wie effektive Verantwortung war, dass wir eine wohl überlegte Herrschaftstechnik beobachten können, die weit davon entfernt ist, ein warmherziges, familiäres, unmittelbares Verhältnis zu sein“ (Thompson 1980: 190). Die eigenständige plebejische Kultur findet er von allen Fraktionen der Gebildeten und ihrer Kultur entfernt: mit nützlichen Ritualen der Widerständigkeit, doch „bemerkenswert roh“; die plebejische Kultur resümiert er als „sicherlich keine revolutionäre, ja nicht einmal eine proletarische Kultur [...], aber man sollte sie sich auch nicht als eine ehrerbietige Kultur beschreiben. Sie brachte Krawalle, aber keine Rebellionen, direkte Aktionen, aber keine demokratischen Organisatio-

nen hervor. Es fällt die Schnelligkeit auf, mit der die Stimmung der Menge von Passivität zu Aufsässigkeit und die zu eingeschüchtertem Gehorsam umschlug“ (ebd.).

In der „fordistischen“ Phase des Kapitalismus waren weniger Prozesse von Ausschließung zu erklären, denn Unterordnungsbereitschaft. Der Klassenkonflikt um Warenförmigkeit und die Strukturierung der Lebens- und Arbeitsweise schien aufgrund des erweiterten Konsums, der Sozialstaatlichkeit und der repressiven Toleranz stillgestellt. Um sowohl intellektuelle Herablassung gegenüber den „Unterordnungsbereiten“ und den immer wieder (wenigen) „Aufsässigen“ zu vermeiden und die Entstehung sozialer Bewegungen zu verstehen, hat Barrington Moore den von Thompson beschriebenen Widerspruch der „moralischen Ökonomie“ zum Gegenstand weiteren Nachdenkens gemacht. Seine Ausgangsfrage war eine zweifache: „Warum Menschen sich so oft damit abfinden, Opfer ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse zu sein, *und* warum sie zu anderen Zeiten überaus zornig werden und mit Leidenschaft und Gewalt ihre Situation zu verändern suchen“ (Moore 1982/1978: 9; Hervorhebung Cremer-Schäfer). Seine vergleichende Geschichte der „Menschen am unteren Rande der Gesellschaftsordnung“, von jenen, „die wenig Eigentum, Einkommen, Bildung, Macht, Autorität oder Prestige besitzen“ (Moore 1982: 9), knüpft explizit an die Perspektive Thompsons und dessen Geschichtsschreibung „from below“ an. Seine Rekonstruktion der Geschichte von Praktiken der „Menschen am unteren Rande der Gesellschaftsordnung“ verweigert die stets interessierte Aufspaltung des „unteren Randes“. Die Geschichte und Geschichten von den Praktiken dienen ihm als politischem Wissenschaftler als Grundlage für eine Phänomenologie der Bedingungen, die gegeben sein müssen, damit Gruppen sich gegen die ihnen verordnete Lebens- und Arbeitsweise sowie die politische Autorität zu Wehr setzen und sie verändern können. Zu diesen Bedingungen gehört auch, dass gegen den jeweils durchgesetzten „impliziten Gesellschaftsvertrag“ im Bereich der Arbeitsteilung, der Verteilung der Güter und im Bereich der politischen Autorität andere Regeln kulturell verfügbar sind und über widerständige Praktiken neu erzeugt, aktualisiert werden. Über Gesellschaftstypen und -phasen der kapitalistischen Entwicklung hinweg hat er einen übergreifenden „moral code“ herausgearbeitet, der gegen den jeweils durchgesetzten „impliziten Gesellschaftsvertrag“ gewendet wird, wenn dieser durch Veränderungen in der Form des Wirtschaftens, bei der Verteilung der Güter bzw. durch die politische Autorität in „unfairer“ oder „ungerechter Weise“ gebrochen wird. Vor der Folie eines historischen und kulturellen Vergleichs von Protest- und Aufstandsbewegungen konnte Moore in Bezug auf die Beurteilung der politischen Autorität, der Arbeitsteilung und der Güterverteilung einige wiederkehrende Prinzipien identifizieren, die uns auch heute in der Begründung einer „nicht derart“ warenförmigen Ökonomie und eines „nicht derart“ bürokratieförmigen und reduzierten Wohlfahrtsstaates begeben. Diese Prinzipien sind:

Das Prinzip der Reziprozität: Privilegien der Herrschaft und eigene Verpflichtungen (Gehorsam) werden von Untergeordneten akzeptiert, doch sie sollten reziprok sein. Empörung kann dann entstehen, wenn die alten und herkömmlichen Verpflichtungen und Zumutungen durch neue ersetzt und ohne neue Auszahlungen oder Freiheiten durchgesetzt werden. Dabei spielen vor allem solche ökonomischen und technischen Veränderungen eine Rolle, die die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsteilung und/oder die Lebensbedingungen verschlechtern.

Das Prinzip des Interessenausgleichs und der Proportionalität: Bei der Frage der gerechten und fairen Verteilung von Gütern und Dienstleistungen konkurrieren Beurteilungsmaßstäbe, die sich an Gleichheit orientieren mit solchen, die sich an Ungleichheit orientieren. Zorn kann entstehen, wenn Einzelne oder Haushalte nicht über genügend Güter und Dienstleistungen verfügen, um ihre Aufgaben (oder ihre Arbeit) zu erfüllen, wenn gleiche Pflichten nicht proportional durch gleichverteilte Ressourcen ermöglicht und belohnt werden. Aufgrund von Interessenausgleich kann aber auch eine ungleiche Verteilung eingefordert werden: höhere Investitionen und Mühen sollen auch proportional höhere Auszahlungen nach sich ziehen. Es wird deutlich, dass Verteilungsfragen stark an Strukturen von Arbeitsteilung und Herrschaftsprivilegien geknüpft sind.

Das Prinzip der Eigentumsrechte: Eine weitere Vorstellung, die bei der Verurteilung ungerechter Verteilungen deutlich wird, ist die von „property rights“. Jeder soll demnach genügend „Eigentumsrechte“ haben, um sich respektabel verhalten zu können oder um sich so zu verhalten, wie es gefordert wird oder um seine Aufgabe in der Gesellschaft zu erfüllen. Diese letzte Vorstellung verbindet einzelne Aspekte eines impliziten Vertrages mit einer gesamten Lebensweise, die durch ökonomische Veränderungen oder einen neuen „impliziten Vertrag“ bzw. der „Politik der Arbeitsmoral“ entwertet, schwierig oder unmöglich gemacht wird: historisch hieß dies z.B. ein Lohnarbeiter sollte im Besitz eines Arbeitsplatz sein, da er sonst weder seine noch die Reproduktion einer Familie sichern kann. Die Erfahrungen im Fordismus als Arbeitskraft wie eine „teure Ware“ behandelt zu werden und die Erfahrung eines sich liberalisierenden Staates haben die Definition der „Eigentumsrechte“ weiterentwickelt. In ein Prinzip umformuliert, könnte heutige Version lauten: „Jeder sollte über ‚Eigentumsrechte‘ und Ressourcen verfügen, die es ihm ermöglichen, sich jederzeit auf sich selbst verlassen und für sich selbst sorgen zu können“ (Vgl. Böhnisch/Cremer-Schäfer 2004).

Waren Eigentumsrechte in den von Moore hauptsächlich untersuchten Klassengesellschaften so formuliert, dass die Leute ihre Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen können bzw. ihre Respektabilität aufrecht erhalten können sollten, so impliziert die heutige Vorstellung ein mehr an individuellen Freiheiten. Vobruba (2003) nennt dies „begrenzte Autonomiegewinne“ durch die „freiheitsstiftenden Elemente“ von Sozialpolitik. Im Vergleich zu den Freiheitsideologien und der

Selbstbestimmungs-Rhetorik nimmt sich die auf Erfahrung basierende Vorstellung eines „weniger abhängigen Lebens“ zurückhaltend aus, aber das ist u.E. kein Grund dafür, sie wissenschaftlich außer Acht und politisch bei der Entwicklung einer anderen Sozialpolitik bzw. eine Politik des Sozialen nicht zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Die Prinzipien wurde meist als das Reklamieren „alter Rechte“ gedeutet. Die Prinzipien möglichen überhistorisch sein, doch die Inhalte und die gegenseitige Ausbalancierung der Prinzipien verändert sich historisch und auch in der Hierarchie der Positionen in der Klassenstruktur. Um die Wiederherstellung einer „alten“ Ordnung geht es nach Moore bei der Gegenwehr gegen „Ungerechtigkeit“ nicht. Das Anprangern von Ungerechtigkeit im Namen des „moral code“ oder das Einfordern von Rechten wird von Beherrschten benutzt, um Interessen zur Sprache zu bringen und sie gegen *alte und neue* Formen von Unterordnung und Zumutungen zu verteidigen. Von diesem Interessenbezug her macht es auch Sinn, nicht einzelne Prinzipien zu isolieren, sondern sie wie die „moralische Ökonomie“ als ein widersprüchliches Ganzes zu sehen. Als solches „widersprüchliches Ganzes“ begrenzen und balancieren sich die unterschiedlichen Prinzipien (und „Moralen“) gegenseitig. Zudem kann auf die Prinzipien flexibel im Kontext verschiedener Lebensweisen Bezug genommen werden.

Vorsichtige Annäherung an Ethnographien der Armut und der Bewältigungsstrategien von Sozialer Ausschließung

„Am Rand“ der Armutforschung wurden immer wieder Ausnahmen festgestellt, die in Verwandtschaft zu dem Modell der Geschichtsschreibung „from below“ und der „moralischen Ökonomie“ versuchten, das zirkuläre Reproduktionstheorem von Armut und Zugehörigkeit zu den niederen Klassen vermeiden. Dazu gehört die Kritik von Forschungsroutinen und die Reflexion der Übertragungen der Klassenposition von Wissensarbeitern. Hess/Mechler (1973) haben in ihrer Ethnographie „Ghetto ohne Mauern“ vorgeschlagen, statt eine Analyse der „Prädispositionen“ der Bewohner eine Analyse der „Prädispositionen von Sozialwissenschaftlern“ durchzuführen und die diese auf ihre Klassenposition als Angehörige der Mittelschicht zu beziehen. „Allzu leicht nämlich akzeptiert (der Sozialwissenschaftler) die Verhältnisse in der großen Masse der Gesellschaft als Maßstab, an dem er jede Abweichung misst und dann als *modus deficiens* beschreibt. So ist er zwar bereit, individuelle Eigenschaften, die in unserer Gesellschaft zu Misserfolg führen (niedrige Leistungsmotivation; die Unlust, Befriedigung aufzuschieben; das Fehlen einer Lebensplanung und vieles andere), sozialstrukturell verursacht zu sehen und nicht mehr nur zu fragen, was zu Misserfolg führt, sondern auch warum es das tut. Aber die erwähnten Eigenschaften

der Unterschicht bleiben präjorative Attribute. Was die Gesellschaft in der Praxis tut, indem sie dem Integration verweigert, der sein Verhalten nicht nach der Mittelstandsethik ausrichtet, das wiederholt der Wissenschaftler in der Theorie“ (Hess/Mechler 1973: 27).

In den siebziger Jahren gab es eine Reihe von Studien, die diese Aufspaltungen bearbeitet haben. Dazu gehören historische Forschungen zu Arme-Leute-Bewegungen (z.B. Piven/Cloward 1986/1977), Armutsethnographien (Hess/Mechler 1973, Preußner 1989), Darstellungen der Hausarbeit, ebenso die Subkulturforschung und Forschungen zum „Unterleben“ in geschlossenen Anstalten (Goffman 1972), die weniger das Prinzip der „Warenförmigkeit“, sondern das Prinzip der Unterwerfung unter „Bürokratieförmigkeit“ auf die Tagesordnung gesetzt haben, ohne die Warenförmigkeit nicht auskommt. In der heutigen Auseinandersetzung mit der „underclass-debate“ (Katz 1993, MacDonald 1997), in (manchen) Studien zur Bearbeitung räumlicher Segregation (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004), in Studien zum „Elend der Welt“ und den Miseren des Alltags (Bourdieu et.al. 1997/1993) und dort wo Armutforschung als Kulturforschung verstanden wird (Preußner 1989, Girtler 1995; Chassé/Zander/Rasch 2003) finden wir mindestens eine „doppelte Beschreibung“: kulturelle Produktionen und der Erfindungsreichtum bzw. die Kompetenzen und Potenziale der Armen stehen gleichgewichtig neben ihrer „Miserabilität“.

Studien zur individuellen Bearbeitung von Situationen sozialer Ausschließung (Jordan et.al. 1992; Steinert/Pilgram 2002; Cremer-Schäfer 2005b) und Studien zum strategischen Gebrauch bzw. der Nutzung von wohlfahrtstaatlichen Leistungen (Gebauer/Petschauer/Vobruba 2002, Cremer-Schäfer 2005a,b) zeichnen nicht nur ein Gegenbild zu den öffentlichen Diskursen über die „Alimentationsmentalität“ der Wohlfahrtsempfänger und über die „Armutsfalle“ der wohlfahrtstaatlichen „Abhängigkeit“. Neben der ideologiekritischen Arbeit waren diese Forschungen darauf angelegt, etwas über den alltäglichen Kampf gegen soziale Ausschließung und etwas über Wohlfahrtspolitik „von unten“ und die Nutzung des Sozialstaats sowohl für „Sicherheit“ wie zur Organisierung von Partizipation und begrenzten Befreiungen von Abhängigkeit in Erfahrung zu bringen. Das knüpft nicht nur sprachlich an die Perspektive von Thompson an, der die Geschichte und Entstehung der Klassenverhältnisse nicht als Geschichte „of below“ zu schreiben beabsichtigte, sondern an der Perspektive „from below“ interessiert war. Ohne Zensur der Praktiken kommt nur aus, wer die Widersprüche beschreibt, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen sowie die Gleichzeitigkeit der befreienden, widerständigen Momente und der Mitarbeit an der Fremddisziplinierung durch Selbstdisziplinierung.

„Moralische Ökonomie“ wird sich nicht als eine schlichte Blaupause für eine andere wohlfahrtstaatliche Re-Regulierung nutzen lassen. Aktuelle Ethnogra-

phien der alltäglichen Bearbeitung von sozialer Ausschließung und der Nutzung von wohlfahrtsstaatlichen Ressourcen können sich damit vergegenwärtigen: Der entscheidende Punkt für eine andere Ökonomie aus der Perspektive von unten ist nicht nur deren Vereinbarkeit mit der Realisierung einer disziplinierten Lebensweise, sondern auch ihr Gebrauchswert im Rahmen der eigensinnigen Lebensweisen, die in den „property rights“ ausgedrückt werden.

Literatur

- Bauman, Zygmunt 1997: Die Armen: Unnützlich, unerwünscht, im Stich gelassen, in: Widersprüche Heft 66 „Gesellschaft ohne Klassen. Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression, S. 115–128.
- Böhnisch, Tomke/Cremer-Schäfer, Helga 2004: Soziale Ausschließung und die nicht gänzlich gelingende Enteignung moralischer Empörung über Ungerechtigkeit. In: Althoff, M./Becker, P./Löschper, G./Stehr, J. (Hg.), *Zwischen Anomie und Inszenierung*, Baden-Baden, S. 167–186.
- Bourdieu, Pierre et al., 1997: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz.
- Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Zander, Margeritha u.a. 2003: *Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich*, Opladen.
- Chassé, Karl August/Zander, Margeritha/Rasch, Konstanze 2003: *Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen*, Opladen.
- Cremer-Schäfer, Helga 2004: Wenn Kinder keine Klasse Familie haben, in: *Widersprüche Heft 92 „Familienunternehmen – zur neoliberalen Neuordnung der Familie“*, S. 61–73.
- Cremer-Schäfer, Helga 2005a: Lehren aus der (Nicht-)Nutzung wohlfahrtsstaatlicher Dienste. Empirisch fundierte Überlegungen zu einer sozialen Infrastruktur mit Gebrauchswert, in: Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hg.), *Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit*, München, Basel, S. 163–177.
- Cremer-Schäfer, Helga 2005b: Situationen sozialer Ausschließung und ihre Bewältigung durch die Subjekte, in: Anhorn, Roland, Bettinger Frank (Hg.): *Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit*, Wiesbaden, S. 147–164.
- Dangschat, Jens 1998: Sozialräumliche Aspekte der Armut im Jugendalter, in: Klocke, Andreas, Hurrelmann, Klaus (Hg.), *Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen*, Opladen, Wiesbaden, S. 112–135.
- Gebauer, Ronald/Petschauer, Hanna/Vobruba, Georg 2002: *Wer sitzt in der Armutsfalle. Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt*, Berlin.
- Goetze, Dieter 1992: „Culture of Poverty“ – Eine Spurensuche, in: Leibfried/Voges, S. 88–103.
- Goffmann, Erving 1972: *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt am Main.
- Hauser, Richard/Cremer-Schäfer, Helga/Nouvertè, Udo 1981: *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt.

- Hess, Henner/Mechler, Achim 1973: Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht, Frankfurt am Main.
- Häußermann, Hartmut/ Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.) (2004): An den Rändern der Städte, Frankfurt.
- Jordan, B./James, S./Kay, Helen/Redley M. 1992: Trapped in Poverty? Labour-market decisions in low-income households, London, New York.
- Katz, B. Michael 1989: The Undeserving Poor. From the War on Poverty to the War on Welfare, New York.
- Katz, B. Michael (ed.) 1993: The „Underclass“ Debate. Views from History, Princeton.
- Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2005.
- Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hg.) 1992: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen,
- Lewis, Oskar 1963: Die Kinder von Sanchez. Düsseldorf, Wien.
- Lewis, Oskar 1971: La vida, Düsseldorf/Wien, 1971.
- MacDonald, Robert (ed.) 1997: Youth, the “Underclass“ and Social Exclusion, London, New York.
- Moore, Barrington Jr. 1982: Ungerechtigkeit. Die Sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt am Main.
- Piven, Francis F./Cloward, Richard A. 1986: Aufstand der Armen, Frankfurt.
- Preußner, Norbert 1989: Not macht erfinderisch, Wien, Bern.
- Simmel, Georg (1992/1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, in: Rammstedt, Otthein (Hg.): Gesamtausgabe, Bd.11, Frankfurt/Main.
- Steinert, Heinz/Pilgram, Arno (eds.) 2003: Welfare Policy from Below. Struggles against Social Exclusion in Europe. Towards a Dynamic Understanding of Participation, Aldershot.
- Thompson, Edward P. Plebeische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt/Berlin 1980.
- Vobruba, Georg 2003: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lesenich, Stephan (Hg.), Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt, New York
- Wacquant, Loic J.D. 1998: Drei irreführende Prämissen bei der Untersuchung der amerikanischen Ghettos, in: Heitmeyer, Wilhelm et.al. (Hg.), 1998: Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt, S. 194–210.
- Wacquant, Loic J.D. 2002: Scrutinizing the Street: Poverty, Morality and the Pitfalls of Urban Ethnography. Review Symposium, in: American Journal of Sociology Vol 107, S. 1468–1532.

*Prof. Dr. Helga Cremer-Schäfer, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt,
Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung
E-mail: Cremer-Schaefer@em.uni-frankfurt.de*



Dieter Nelles, Armin Nolzen und Heinz Sünker

„Kinder des Widerstands“ im Nationalsozialismus

Familiale und politische Sozialisationsprozesse

I.

„Warum blieb es bei nur vereinzelt Widerstands- und Protesthandlungen? Warum kamen nicht mehr Massenproteste aus der Arbeiterklasse? Warum war der subversive Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime nicht militanter und verbreiteter? Warum hat die Klasse der deutschen Gesellschaft, die weit größere Entrechtung, größere Verfolgung und größere Unterdrückung hat erfahren müssen als alle anderen, das Regime nicht wenigstens einmal massiv attackiert?“ (Mason 1982: 14).

Diese Fragen, die sich allesamt auf den Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung gegen das NS-Regime bezogen, stellte der britische Sozialhistoriker Timothy W. Mason vor fast 25 Jahren.¹ Sie sind bis heute weitgehend unbeantwortet geblieben, wenngleich die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im NS-Staat mittlerweile fast unüberschaubar geworden ist (Schneider 1999).² Auf ein wichtiges Desiderat der Forschung hatte Mason seinerzeit selbst hingewiesen. Zum aktiven Widerstand gehörte, so Mason, immer auch die Bereitschaft, „das Wohl der nächsten Familienangehörigen aufs Spiel zu setzen“. Allen im Widerstand Aktiven sei bewusst gewesen, dass im Falle einer Verhaftung auch ihre nächsten Familienangehörigen in die Verfolgungs- und Diskriminierungsmaßnahmen des NS-Regimes einbezogen würden. Dieses Wissen um eine grundsätzliche Gefährdung der eigenen Familie war, so jedenfalls Mason, ein wichtiger Faktor, sich für oder gegen eine Beteiligung am aktiven Widerstand gegen das NS-Regime zu entscheiden (Mason 1982: 41 f.). Aus diesem Grund forderte Mason, die Familie als Untersuchungsgegenstand in die Widerstandsforschung zu integrieren.

Masons Forderung, die Geschichte der Arbeiterfamilien mit der Frage nach dem politischen Widerstand von Arbeitern gegen das NS-Regime zu verknüpfen, ist auch heute noch aktuell. Die Studie von Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann zur Verhaltensgeschichte der saarländischen Gesellschaft in der NS-Zeit

ist eine der ganz wenigen, in der solche Fragen überhaupt thematisiert werden. In ihren Ausführungen zum kommunistischen Widerstand betonen die beiden Autoren, dass für viele politisch Verfolgte die Familie den „wohl wesentlichsten Solidarbereich“ gebildet habe. Andererseits sei sie aber auch „ein Einfallstor für offene Rechnungen aller Art“ gewesen, die bis zur Denunziation des Ehepartners bei der Gestapo reichen konnten (Paul/Mallmann 1995: 408 f.). Jedoch führen Paul und Mallmann an keiner Stelle aus, wie die Familien des kommunistischen Milieus die Verfolgung ihrer Angehörigen erlebten und auf welche Art und Weise ihnen „offene Rechnungen“ präsentiert wurden. Stattdessen heben sie lediglich auf die Zerstörung familiärer Solidaritätsstrukturen im kommunistischen Milieu ab, ohne zu erklären, wie weit dieser Prozess reichte und wie er zustande kam. Für das sozialdemokratische Milieu erörtern sie diese Frage nicht.

Die Herrschaftstechnik des NS-Regimes, Angehörige von Widerstandskämpfern in die Verfolgung einzubeziehen, ist bisher nur für ein schmales Segment der NS-Militärjustiz und für die am 20. Juli 1944 beteiligten Männer untersucht worden (Fritsche 2004; Hett/Tuchel 2004). Für das polizeiliche Vorgehen nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler hat sich, in Anlehnung an das im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) neu eingerichtete Referat IV a 6c, der Terminus „Sippenhaft“ eingebürgert. Damit ist in erster Linie die Verhaftung von Verwandten der Widerständler des 20. Juli 1944 gemeint, von der fast 200 Eltern, Schwager, Tanten, Onkel und Geschwister der Attentäter betroffen waren. In diesem Zusammenhang ist aber auch an die 46 Kinder der Attentäter zu erinnern, die den Eltern im August 1944 entrissen und in ein Kinderheim in Bad Sachsa verfrachtet wurden (Aretin 2004: 23–35). Diese Kinder wurden also für die politischen Handlungen ihrer Eltern beziehungsweise ihrer Väter bestraft.

Nimmt man die Zahl der Veröffentlichungen zum Maßstab, dann besteht auch heute noch wenig Wissen über die Behandlung der Kinder von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime, und zwar unabhängig von durchaus unterschiedlichen politischen Positionierungen. Im Unterschied zur Verfolgung und zu den Exilerfahrungen von Kindern und Jugendlichen (vgl. Hansen-Schaberg 2004) ist der Kenntnisstand über diesen Sachverhalt gering. Von wenigen autobiografischen Texten abgesehen, gibt es nur das Buch der Journalistin Antje Dertinger (1997), die auf der Basis von Interviews elf Frauen porträtiert, deren Väter oder Mütter im Widerstand gegen den NS-Staat und im Exil aktiv waren. Unser Projekt „Die Kinder des Widerstands“ knüpft an dieses Desiderat der Forschung an.³ In einer lokalen Fallstudie zur Stadt Wuppertal wird erforscht, in welcher Weise die Kinder in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht Mitbetroffene und Opfer der gegen ihre Eltern gerichteten Zwangsmaßnahmen waren, wie sich die Verfolgung der Eltern auf das Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen auswirkte, welche typischen Einstellungs- und Handlungsformen sie gegenüber dem NS-Staat ausbildeten, wie sie diese Erfahrungen verarbeiteten und welche Prägun-

gen sich daraus ergaben. Die Basis dieses Projekts bildet eine Datenbank über Verfolgung – Terror und Mord eingeschlossen – in Wuppertal, in die die Personalakten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) Düsseldorf, die Verfahrensakten des Oberlandesgerichts Hamm und die Wiedergutmachungsakten der Stadt Wuppertal aus der Zeit nach 1945 eingearbeitet wurden.⁴ Die Datenbank enthält 5.317 Personen, von denen 3.188 als politisch, religiös oder rassistisch Verfolgte zu gelten haben. Bei den restlichen 2.129 Personen handelt es sich um Kinder, die selbst nicht verfolgt wurden, die jedoch in unterschiedlicher Art und Weise von den Zwangsmaßnahmen gegen ihre Eltern betroffen waren. Aus der Gruppe der 3.179 Personen konnte in insgesamt 2.216 Fällen ein detaillierter Verlauf der Verfolgung rekonstruiert werden. Die familiären Strukturen der politisch Verfolgten Wuppertaler gestalten sich wie folgt:

Tabelle 1: Familienstand vor der Verfolgung

Ledig	379
Ledig mit Kind	7
Verheiratet	325
Verheiratet Kind	1066
Verheiratet Kind o. A.	185
Geschieden	7
Geschieden Kind	35
Geschieden Kind o. A.	11
Verwitwet	2
Verwitwet mit Kind	12
Verwitwet mit Kind o.A	3
Summe	2032

Im Gegensatz zu dem, was man angesichts der bisherigen Widerstandsforschung erwartet hätte, war die Mehrheit der politisch verfolgten Wuppertaler also verheiratet und hatte eines oder mehrere Kinder (n = 1251). Um deren Erfahrungen genauer analysieren zu können, haben wir insgesamt 51 lebensgeschichtliche Interviews mit Kindern ehemals verfolgter Wuppertaler durchgeführt. Diese Befragungen liefern Informationen, die in anderen Quellengattungen nur bruchstückhaft oder lediglich in verzerrter Form enthalten sind. Dadurch können Maßnahmen und Handlungen, die staatliche Behörden und NS-Organisationen gegen Angehörige der Verfolgten richteten, empirisch differenzierter verortet werden.

Der Begriff der Verfolgung wird in einem weiten Sinne benutzt, das heißt, es werden nicht nur die Personen miteinbezogen, die während der NS-Zeit ermordet oder inhaftiert wurden, sondern auch diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Haltung nach 1933 ihren Arbeitsplatz verloren oder zeitweise unter Beobachtung der Gestapo standen wie etwa ehemalige Funktionäre der Arbeiterorganisationen. Es handelt sich also auch um Personen, die in Opposition zum NS-Regime standen, selbst aber nicht direkt an Widerstandsaktionen beteiligt waren. Als „Kinder des Widerstands“ werden junge Menschen bezeichnet, die zum Zeitpunkt der Verfolgung ihrer Eltern in der NS-Zeit im Kindes- und Jugendalter waren. Dies umfasst vor allem die Jahrgänge 1913–1937, wobei die als „HJ-Generation“ bezeichneten Jahrgänge von 1919–1930 die größte Alterskohorte bilden. Viele „Kinder des Widerstands“ wuchsen in der NS-Zeit in einem tiefen Zwiespalt auf. Einerseits bekamen sie Integrationsangebote und wurden mit NS-Gedankengut indoktriniert. Andererseits trug die Erfahrung der Verfolgung eines oder beider Elternteile dazu bei, diese NS-Sozialisation grundlegend in Frage zu stellen. Im Grunde genommen mussten sich für eine Seite entscheiden, wodurch sie in eine tiefe Verunsicherung gerieten⁵. Bei vielen der „Kinder des Widerstands“ konnte sich diese Verfolgung, so die Hypothese unseres Beitrages, sogar zu einer traumatischen Erfahrung entwickeln. Im Folgenden geht es um diesen einen Bestandteil einer Erfahrungsgeschichte der Verfolgung. Es wird untersucht, inwieweit die „Kinder des Widerstands“ durch die Verfolgung ihrer Eltern traumatisiert wurden und bis zu welchem Grade sich dies auf ihre Persönlichkeitsentwicklung nach 1945 auswirkte. Gefragt wird nach dem Zusammenhang von Sozialisation und Traumatisierung.

II.

Den Begriff „Trauma“, über den in den letzten Jahrzehnten intensiv diskutiert worden ist, entnehmen wir in seiner neuesten Fassung einer Studie des deutschen Psychoanalytikers David Becker, der sich mit der Persönlichkeitsentwicklung von Männern, Frauen und Kindern beschäftigt hat, die in Chile unter dem Diktator Augusto Pinochet (1973/74 bis 1989/90) verfolgt wurden.⁶ Becker zufolge ist Trauma ein Vorgang, bei dem durch „ein oder mehrere der äußeren Realität zugehörige Ereignisse die psychische Organisation eines Subjekts“ so außer Kraft gesetzt wird, „daß es zu schweren psychopathologischen Reaktionen kommt“ (Becker 1992: 129).

Um die Traumatisierung der politisch Verfolgten in Chile zu analysieren, bezieht sich Becker auf die klassische Studie Hans Keilsons über jüdische Waisen in den Niederlanden (Keilson 1979). Keilson untersuchte nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt 204 dieser Kinder und diagnostizierte bei ihnen eine „massive kumula-

tive Traumatisierung“ (Keilson 1992: 52). Dabei unterschied er drei traumatische Sequenzen: Erstens die deutsche Besatzung der Niederlande und den Terror gegen die jüdische Minderheit, zweitens die daran anschließende Verfolgung der jüdischen Familien und drittens die Nachkriegsperiode. Keilson stellte einen doppelten Kausalzusammenhang fest: Zum einen bestimmte das Alter, in dem die Heranwachsenden traumatisiert wurden, den Grad der späteren Persönlichkeitsveränderungen. Zum anderen wirkte sich die Intensität der Traumatisierung im Kindesalter auf den Schweregrad der späteren Persönlichkeitsstörungen bei Erwachsenen aus.

Im Unterschied zu Erwachsenen, die die Verfolgung als gereifte Persönlichkeiten erlebten, sei, so Keilson, bei Kindern und Jugendlichen diese extreme Belastungssituation als integraler Bestandteil ihrer Entwicklung zu sehen. Unter entwicklungspsychologischen Gesichtspunkten teilte Keilson seine Patienten in sechs Altersgruppen ein. Für jede dieser Gruppen definierte er einige Grundbedürfnisse, worunter er „alle zu einer Entwicklungsphase zugehörenden und sie fördernden soziokulturellen Ausstattungsattribute“ verstand, deren Versagung traumatische Wirkungen hatten. Keilson unterschied zwischen Kindern im Alter von 0 bis 18 Monaten (Gruppe I), von 18 Monaten bis vier Jahren (Gruppe II), von vier bis sechs Jahren (Gruppe III), von sechs bis elf Jahren (Gruppe IV), von elf bis 14 Jahren (Gruppe V) sowie von 14 bis 18 Jahren (Gruppe VI). Die Ergebnisse seiner Nachuntersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen: In den jüngeren Altersgruppen (I bis III) überwogen charakterneurotische Entwicklungen wie tiefere Kontaktstörungen, soziale Verunsicherung und psychopathische Verhaltensmuster. In der Altersgruppe V standen eher angstneurotische Entwicklungen im Vordergrund, in der Altersgruppe VI wiederum chronisch-reaktive Depressionen. Bei allen Altersgruppen lagen emotionale Störungen und eine hohe Diskrepanz zwischen Intellekt und Ausbildungsniveau vor (Keilson 1979: 313–327). Keilsons Ansatz dient als Ausgangspunkt, um nach dem Zusammenhang zwischen Sozialisation und Traumatisierung bei unserer Untersuchungsgruppe zu fragen. Folgt man Keilsons Einteilung nach Altersgruppen, so lassen sich die „Kinder des Widerstands“ wie folgt klassifizieren:

Tabelle 2: Alter bei Verfolgung der Eltern		Tabelle 3: Geburtsjahr	
Altersklasse	0 bis 2	Geburtsjahr	1916 bis 1922
Anzahl	122	Anzahl	231
%	10	%	25
Altersklasse	2 bis 4	Geburtsjahr	1923 bis 1927
Anzahl	141	Anzahl	288
%	12	%	31
Altersklasse	4 bis 6	Geburtsjahr	1928 bis 1931
Anzahl	136	Anzahl	233
%	12	%	25
Altersklasse	6 bis 11	Geburtsjahr	1932 bis 1936
Anzahl	368	Anzahl	159
%	31	%	17
Altersklasse	11 bis 14	Geburtsjahr	1937 bis 1945
Anzahl	214	Anzahl	21
%	18	%	2
Altersklasse	14 bis 18	Geburtsjahr	
Anzahl	195	Anzahl	
%	17	%	
Altersklasse	Summe	Geburtsjahr	Summe
Anzahl	1176	Anzahl	932
%	100	%	100

(Altersklassen nach Keilson 1979 und 1992)

Die Differenz zwischen der Anzahl in beiden Tabellen basiert auf Mehrfachnennungen von Kindern, deren Eltern mehrfach verfolgt wurden. Zu diesen muss ein großer Teil der 379 Kinder mit unbekanntem Geburtsdatum sowie ein Teil der 440 Kinder, die nach der Verfolgung der Eltern geboren wurden, hinzugerechnet werden, sodass man von einer Grundgesamtheit von ca. 1500 der hier zu untersuchenden Kinder ausgehen kann.

Die drei Phasen der sequenziellen Traumatisierung dieses Samples von Wuppertaler „Kindern des Widerstands“ gestalteten sich wie folgt: Die erste traumatische Sequenz war gekennzeichnet durch die Phase der ersten Verfolgung der Eltern. Diese war unterschiedlich lang und reichte von der ersten Verhaftung der Eltern/eines Elternteils über Folter bis zu deren Haftentlassung.⁷ In Wuppertal begann die Verfolgung der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933, als die Gegner des NS-Staates im wahrsten Sinne des Wortes „vogelfrei“ waren. Dies lag in erster Linie am ungehemmten Terror, den die SA bis zum Dezember 1933 gegen die Wuppertaler Arbeiterbewegung ausübte (Klein 1981; Mintert 2004). Bis zum Sommer 1933 wurden nachweislich 20 Personen von der SA auf offener Straße ermordet. Ungezählte Opfer wurden in den Folterkellern der SA lebensgefährlich verletzt. Nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 wurden in Wuppertal 350–400 politische Gegner, zumeist Kommunisten, in „Schutzhaft“ genommen. Im gesamten Jahr 1933 wurden dort schätzungsweise 1000–1500 Personen für kürzere oder längere Zeit inhaftiert. Im Deutschen Reich geht man von einer Gesamtzahl von 100.000 Inhaftierten aus (Longerich 2003: 172).

Wie sah diese Phase des willkürlichen Terrors in Wuppertal aus? SA-Trupps führten massenhaft Hausdurchsuchungen durch. Sie zerstörten Wohnungseinrichtungen, plünderten Wertgegenstände, bedrohten und verletzten Familienangehörige. In einem besonders brutalen Fall traten sie einer schwangeren Frau in den Bauch, was eine Totgeburt zur Folge hatte.⁸ In vielen Nachkriegsberichten liest sich diese Phase des SA-Terrors wie folgt: „Mein Kind und ich waren den Gemeinheiten der SA ausgesetzt. Nacht für Nacht holte man uns mit vorgehaltenen Revolver aus den Betten, um nach belastendem Material zu suchen.“⁹ Oder aber: „Die Nazis quälten Frau W. so, dass sie mit ihren Kindern auf das Dach flüchtete.“¹⁰ Zwar kam es nach der Entmachtung der SA im Dezember 1933 nicht mehr zu solch mörderischen Gewaltexzessen. Aber auch die Gestapo ging bei Hausdurchsuchungen brutal vor. Viele Kinder wurden dabei Zeuge der Misshandlungen ihrer Eltern. Frauen wurden für mehrere Tage in Polizeihaft gehalten, und man ließ sie, um Aussagen zu erpressen, über den Verbleib ihrer Kinder bewusst im Unklaren. Die Gestapo vernahm Kinder zu ihren Eltern, und es gibt einen Hinweis darauf, dass mindestens ein Kind in Polizeihaft genommen wurde.¹¹

Aus solchen Dokumenten ist ersichtlich, dass die „Kinder des Widerstands“ ebenfalls unter der Verfolgung ihrer Eltern litten. Die Erfahrungen dieser Kinder mit der Verfolgung der Eltern und ihre eigene Verarbeitung dieser Geschehnisse nach 1945 lassen sich mit Hilfe der von uns geführten Interviews aufschlüsseln. Bei mehr als der Hälfte der Zeitzeugen fiel die erste Verfolgung der Eltern in das Jahr 1933. Die Interviews zeigen, dass die erste Verhaftung des Vaters, der Mutter oder beider für die Kinder eine tiefe Verunsicherung bedeutete. Zum einen war die Situation durch die plötzliche Trennung von den wichtigsten

Bezugspersonen geprägt. Zum anderen erlebten die Kinder, dass ihre Eltern gegenüber der Willkür des Staates und der NS-Organisationen schutzlos waren und ihren eigenen Schutz nicht gewährleisten konnten.

Die zweite traumatische Sequenz, die in der Regel wesentlich länger dauerte als die erste, umfasste den Zeitraum zwischen der ersten Verfolgung und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Je nach Höhe der Strafzumessung war diese Phase entweder von der Rückkehr der Elternteile in den Familienverbund oder von deren längerer Abwesenheit oder Tod gekennzeichnet. Bei der Frage nach den Lebensbedingungen der „Kinder des Widerstands“ während der zweiten traumatischen Sequenz müssen insofern zwei analytische Ebenen voneinander unterschieden werden. Zum einen ist zu untersuchen, wie sich das Alltagsleben der Kinder auf der persönlichen Ebene veränderte, also in Familie, in der Nachbarschaft und gegenüber den Freunden. Zum anderen muss berücksichtigt werden, wie die „Kinder des Widerstands“ auf der institutionellen Ebene behandelt wurden, also in der Schule, in Organisationen wie Hitler-Jugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM), in der Wehrmacht und am Arbeitsplatz.¹² Im Folgenden steht die persönliche Ebene im Mittelpunkt. Dabei werden wir uns wiederum auf die Situation in der Familie konzentrieren.

Unseren Interviews ist zu entnehmen, dass die Väter und Mütter in vielen Fällen völlig verändert aus der Haft zurückkamen. In Wuppertal war die Inhaftierung durch SA oder Gestapo oftmals mit schweren Misshandlungen verbunden. Dies hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Kinder, die häufig erlebten, dass ihre Eltern als gebrochene Menschen aus der Haft zurückkehrten. Die Situation wurde folgendermaßen beschrieben: „In erster Zeit war sehr viel Schweigen bei uns“. „Mein Vater war doch ganz anders geworden“. „Ich hatte den Eindruck, meine Mutter war noch strenger mit uns geworden (...). Ich durfte ja überhaupt nichts mehr“. Auch wenn nur einige Elternteile mit ihren Kindern über ihre Torturen sprachen, wussten die Kinder aus vagen Andeutungen oder in Einzelfällen aus nächtlichen Schreien in den Alpträumen der Eltern, dass diesen „Schreckliches“ widerfahren war. Teilweise sahen sie auch bei Gefängnisbesuchen, wie sich ihre Eltern äußerlich verändert hatten, und dies im wortwörtlichen Sinne. Unter diesen Umständen war das Familienleben mehrheitlich starken Spannungen ausgesetzt. Dies war besonders dort der Fall, wo keine gemeinsamen Überzeugungen zwischen dem verfolgten und dem nichtverfolgten Elternteil vorhanden waren und der verfolgte Ehepartner für die Misere der Familie verantwortlich gemacht wurde. Ähnliches gilt für Kinder, die ein von den Eltern differierendes Weltbild besaßen. Solche Fälle stellen aber eindeutig die Minderheit in unserem Sample dar. Anhand der Berichte und Erzählungen ist vielmehr davon auszugehen, dass die Kinder in ihrer großen Mehrheit die Mentalität ihrer Eltern teilten, was einige dazu bewog, sich später selbst dem Widerstand anzuschließen.¹³

Wenn ein Elternteil, in der Regel der Vater, länger in Haft blieb, veränderte sich die familiäre Struktur grundlegend. So wurden Frauen und Kinder plötzlich in die Erwerbsarbeit einbezogen, weil die Familie durch die Verhaftung eines Elternteils zu verarmen drohte. Der damit häufig verbundene soziale Abstieg, der bis zu einer extremen Armut reichte, setzte sich teilweise auch dann fort, nachdem Vater oder Mutter wieder aus der Haft entlassen worden waren.¹⁴ Besonders hart war es für die insgesamt 20 Kinder und Jugendlichen, die aufgrund der Inhaftierung beider Elternteile für längere Zeit im Waisenhaus oder im Fürsorgeheim leben mussten. Für das städtische Waisenhaus in Wuppertal sind zwei grausame Fälle belegt. So berichtete Frau W. B. im Interview über den „Empfang“ ihres achtjährigen Bruders, der stark asthmakrank war, wie der „Erzieher“, der in SA-Uniform seinen Dienst versah, ihn zunächst seinen Altersgenossen als „verweichlichten, kranken Menschen“ vorstellte und dann unter allgemeinem Gejohle den geliebten Hund des Jungen gegen die Wand schlug. Nicht minder grausam war die Behandlung des sechsjährigen E. T., der geistig behindert war. Dessen Vater war 1935 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt worden, woraufhin seine Mutter, die nach den „Nürnberger Gesetzen“ als Jüdin galt, neun Monate inhaftiert wurde. Die Schwester berichtete nach Kriegsende über die Behandlung im Kinderheim:

„Da wir Halbjuden waren, waren wir der Willkür des Herrn Hoffmann (Hausvater) ausgesetzt. Ich wurde von meinem Bruder getrennt und musste häusliche Arbeiten verrichten. Es wurde mir immer gesagt, ich hätte keine Eltern mehr und müsste mich ihrer schämen, weil sie im Zuchthaus säßen. Die Briefe, die ich schrieb, erreichten nie ihr Ziel. Auch wurde ich des Öfteren mit der Reitpeitsche geschlagen. Als ich mich nun weigerte, zu meinen Vorgesetzten Vater und Mutter zu sagen, sollte ich in die Fürsorge. Mein Bruder, der erst 5 Jahre alt und kränklich war, wurde in den Schweinestall gesteckt, und man ließ ihn halb angezogen herum laufen. Als er später ins Krankenhaus kam, durfte ich ihn nicht verabschieden und auch nicht besuchen.“¹⁵

Die dritte traumatische Sequenz der Wuppertaler „Kinder des Widerstands“ ergibt sich zeitgleich mit der Nachkriegszeit. Mit dem 8. Mai 1945 hätte eigentlich die Gelegenheit geschaffen werden können, die Diskriminierung, die man in der NS-Zeit erlitten hatte, kritisch zu resümieren. In den bislang publizierten autobiografischen Texten der Kinder politisch Verfolgter wird deutlich, dass die Verarbeitung ihrer Erfahrungen nach 1945 von der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz und Bewertung des Widerstands gegen das NS-Regime in beiden deutschen Staaten abhängig war (Plato 1999). Während die Kinder politisch Verfolgter in der DDR – wenn auch einseitig – als Nachkommen von „Helden“ galten, beschimpfte man sie in der Bundesrepublik Deutschland mitunter als „Verräterkinder“ (Coppi 1996; Dertinger 1997: 51 u. 217). Die folgenden Aussagen gelten deshalb nur für die westlichen Besatzungszonen. Im intragenerationellen Vergleich kann hier für die Kinder von einer „Depolitisierung“ gesprochen wer-

den. Aber sowohl bei denen, die in die Fußstapfen der Eltern traten und sich nach 1945 politisch engagierten, als auch bei denjenigen, die eine politische Betätigung radikal ablehnten, ist dies ganz und gar durch ihre Erlebnisse und Erfahrungen im „Dritten Reich“ bestimmt. Nach unserem Eindruck bilden diejenigen, die sich politisch engagierten, eine Minderheit. Vorherrschender ist die Tendenz, mit Politik nichts mehr zu tun haben zu wollen.

Das Wiedergutmachungsverfahren war langwierig, und die Entschädigungsleistungen, die man erhielt, wogen das Leid aus der Zeit vor 1945 kaum auf. Im Freundes- und Bekanntenkreis gab es weder bei den Verfolgten noch bei ihren Kindern Gespräche und „Trauerarbeit“. Netzwerke ehemaliger Verfolgter, wie sie sich im „Hilfswerk 20. Juli“ des bürgerlichen Widerstandes konstituierten, existierten im kommunistischen oder sozialdemokratischen Milieu nicht. Es gab keine politische Lobbyarbeit der Verfolgten und ihrer Kinder, die insofern die berufliche und schulische Diskriminierung aus der NS-Zeit kaum mehr wettmachen konnten.¹⁶

III.

Bei vielen, aber nicht bei allen Wuppertaler „Kindern des Widerstands“ liegt unseres Erachtens eine sequenzielle Traumatisierung im Sinne Hans Keilsons vor.¹⁷ Deren Intensität war vom Alter der Heranwachsenden, vom Grad der Repression gegen die Eltern, von den Reaktionen des (unmittelbaren) sozialen Umfelds und vor allem vom Verhalten der unmittelbaren Bezugspersonen abhängig. Die erste traumatische Sequenz ist markiert durch die Zeit der ersten Situation der Verfolgung der Eltern oder eines Elternteiles. Schlüsselerlebnisse in dieser Sequenz waren der SA-Terror, die erste Haussuchung der Gestapo sowie der erste Haftbesuch beziehungsweise das erste Wiedersehen nach der Haftentlassung. Die zweite traumatische Sequenz war durch die veränderten Bedingungen des Aufwachsens im NS-Staat gekennzeichnet, die sich aus der Verfolgung der Eltern ergaben. Diese Verfolgung wirkte unmittelbar auf die „Kinder des Widerstands“ zurück. Sie veränderte die familiären Verhältnisse, schlug sich im Beruf, im Verhältnis zur Nachbarschaft und in den Freundschaften nieder, die sie schlossen oder nicht schlossen. Sie machte sich aber auch im institutionellen Rahmen bemerkbar, und zwar in Diskriminierungen in HJ, BDM, Schule und Wehrmacht.¹⁸ Die dritte traumatische Sequenz war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier ergaben sich vielfältige Diskriminierungen in Freundes- und Bekanntenkreis sowie Wiedergutmachungsverfahren. Das Sprechen über den Widerstand der eigenen Eltern und über die eigenen Diskriminierungen war, bis auf wenige Ausnahmen, tabu. Die ökonomische Situation der Familien im Nachkriegsdeutschland verbesserte sich zwar. Die psychischen Verletzungen aber blieben. Es ist schwierig, die

Symptomatik der Traumatisierung der Kinder des Widerstands genauer zu klassifizieren, da wir keine klinischen Untersuchungen und keine psychoanalytische Diagnostik vorgenommen haben. Auffällig sind jedoch die Ähnlichkeiten, die zwischen den von Keilson bei den jüdischen Kriegswaisen diagnostizierten Symptomen und den aus verschiedenen Quellen verbürgten Diskriminierungserfahrungen der Wuppertaler „Kinder des Widerstands“ bestehen. Zu nennen sind insbesondere die angstneurotischen Entwicklungen und die chronisch-reaktiven Depressionen.¹⁹ Diese finden sich vereinzelt in den Wiedergutmachungsakten und machen sich auch in den von uns geführten Interviews bemerkbar.²⁰ Auch die Diskrepanz zwischen Intellekt und tatsächlicher Ausbildung sowie die emotionellen Störungen scheinen in unserer Gruppe besonders ausgeprägt zu sein. Einige der Interviewten sprachen zum ersten Male mit uns über ihre Erfahrungen, und oftmals waren sie dabei emotional sehr bewegt.

Zum Abschluss einige allgemeine Bemerkungen zum Konzept der Traumatisierung, wie wir es verwandt haben. Bei der Intensität der Traumatisierung und den damit einhergehenden Persönlichkeitsstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg unterschieden sich unsere „Kinder des Widerstands“ natürlich gravierend von den jüdischen Waisen in den Niederlanden, die Keilson analysiert hat.²¹ Die wichtigste Differenz bestand in der Traumatisierung durch den physischen Verlust der Eltern, die die jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden zu beklagen hatten. Ihre Eltern wurden ermordet. Dennoch ist es unseres Erachtens gerechtfertigt, das Paradigma der Traumatisierung auf unsere Untersuchungsgruppe anzuwenden. Zum einen wurden die Wuppertaler „Kinder des Widerstands“, wie gezeigt, selbst Opfer von politischer Verfolgung. Zum anderen waren die Dauer und die Intensität dieser Verfolgung mit der Situation der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden vergleichbar. In dieser Hinsicht unterschied sich die Traumatisierung der „Kinder des Widerstands“, deren Eltern der organisierten Arbeiterbewegung zuzurechnen waren, auch gravierend von den Erfahrungen der Kinder des bürgerlichen Widerstands, mit Ausnahme der Zeugen Jehovas.²² Dabei bestanden im Wesentlichen zwei Differenzbereiche: Erstens die Dauer der traumatischen Sequenzen, denn die Traumatisierung der Kinder politisch Verfolgter war ein Phänomen, das seit 1933 in Permanenz stattfand und die ganze Phase des Aufwachsens begleitete. Zweitens fand die Diskriminierung der Kinder des bürgerlichen Widerstands punktuell statt, das heißt, sie bezog sich auf Familie und Nachbarschaft. Es gab selten institutionelle Diskriminierung der Kinder des bürgerlichen Widerstands beziehungsweise diese wirkte sich kaum mehr auf die Opfer aus. Außerdem scheint die dritte traumatische Sequenz anders verlaufen zu sein, denn die Familien des bürgerlichen Widerstands fanden nach 1949 langsam den Weg zurück zur gesellschaftlichen Elite und wurden seit 1950er Jahren finanziell großzügig durch die Bundesregierung und den Bundestag unterstützt.²³

IV.

Verortet man unsere Ergebnisse in gegenwärtigen Diskursen zur Politik der Erinnerung und stellt die Frage nach Möglichkeiten, beides in Konzeptionen von Bildungsarbeit aufzunehmen, dann bieten sich Positionierungen Theodor W. Adornos und Walter Benjamins an (Sünker 1992). Handelt es sich im Falle Adornos um die Aufnahme der Leitmotive aus den Texten „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ (1971a) und „Erziehung nach Auschwitz“ (1971b), die über die Qualität von Erinnerung und Verarbeitung von Geschichte handeln sowie nach Schuld, Verantwortung und Vergebung, Opfern und Tätern fragen, so kann bei Benjamin an die Darstellung von Susan Buck-Morss (1993: 347–394) zu dessen Konzept „Materialistische Bildungsarbeit“ angeschlossen werden. Sie geht davon aus, dass sich der Fortschritt in der Geschichte nicht automatisch einstelle und materialistische Bildungsarbeit – vermittelt mit einem Wissen, das Zugang zur Praxis verschaffe – unerlässlich sei.²⁴ Gegen eine konservative Überlieferung von Kultur vermittele eine „revolutionäre Bildungsarbeit“ Möglichkeiten der Bereitstellung politischer Erfahrungen, die zu gesellschaftlicher Urteilskraft und Handlungsfähigkeit zu führen vermögen.²⁵ Im Mittelpunkt einer solchen materialistischen Pädagogik stehen dialektische Bilder, die, so Buck-Morss, „kritische Konstellationen‘ von Vergangenheit und Gegenwart darstellen“ und eine „Tradition der *Dis*-Kontinuität“ vermittelten; was einen Anschluss an die Erfahrungen und deren Verarbeitung unserer „Kinder des Widerstands“ ermöglicht. „Während das Kontinuum der Geschichte ‚das der Unterdrücker‘ ist, besteht diese Tradition aus den ‚Schroffen und Zacken‘, an denen die Kontinuität der Überlieferung zerbricht und an denen die Gegenstände Risse erkennen lassen, die demjenigen ‚einen Halt bieten, der über sie (die Überlieferung) hinausgelangen will“ (Buck-Morss 1993: 348 ff.).²⁶

Daher wird es darum gehen, die diskontinuierlichen Elemente in der Geschichte stärker zu betonen und die traditionellen bürgerlichen Erzählungen von Fortschritt und Modernisierung, die doch wesentliche immer nur die Perspektiven der Herrschenden widerspiegeln, zu dekonstruieren. Eingedenk der Geschichte des NS-Staates, die deutlich gemacht hat, dass Utopien nicht länger „Bilder von neuen politischen Möglichkeiten, sondern Bilder von wiederkehrenden politischen Gefahren“ (Buck-Morss 1993: 359) enthalten, stellt sich das Problem von Erinnerung und Neubeginn in verschärfter Weise. Im Bezug auf unser Projekt „Kinder des Widerstands“ beinhaltet dies im Wesentlichen die Aufforderung, Bilder des Schreckens mit Bildern des Widerstands so zu vermitteln, dass erfahrungsbezogen deutlich zu werden vermag, wie Widerstand gegen Schrecken – und damit gegen Terror – das Humane verkörpert.²⁷ Über „Sieger“ in der Geschichte sagt dies noch nichts aus, gerade weil sich bezüglich unserer Forschungserfahrungen davon sprechen lässt, dass die „sozialen Ursachen von

Unterordnung und Widerstand“, so der Untertitel von Barrington Moores bahnbrechender Studie „Ungerechtigkeit“, auch fürderhin historisch konkret zu entziffern sind (Moore 1987).

Anmerkungen

- 1 Zu Masons NS-Interpretation siehe die vorzügliche Einleitung von Jane Caplan (Mason 1995: 1–33).
- 2 Eine wichtige Arbeit liegt mit Lotfi 2001 vor. Im Vorwort (S. 9) schreibt Hans Mommson: „Der Terror und die Abschreckung, die sich nicht zuletzt auch gegen die deutsche Arbeiterschaft richteten, fanden die Billigung weiter Kreise des Managements und der gehobenen Arbeiterschaft. Sie erklären, warum von den Belegschaften eine ernsthafte Opposition gegen das Regime nicht ausgehen konnte“.
- 3 Das Projekt „Die ‚Kinder des Widerstands‘. Lebensbedingungen und Sozialisation der Kinder von politisch und religiös Verfolgten des NS-Regimes“ wurde von Dezember 2001 bis Dezember 2004 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und am Fachbereich Bildungswissenschaften der Bergischen Universität Wuppertal durchgeführt. Erste Ergebnisse finden sich bei Nelles/Rübner/Sünker 2003. Im Folgenden konzentrieren wir uns auf die Kinder politisch Verfolgter.
- 4 Die Datenbank ist Online unter <http://www.ns-verfolgung.uni-wuppertal.de> einsehbar.
- 5 Dies stellte einen bedeutenden Unterschied zu jüdischen Kindern dar, deren Verfolgung in der NS-Zeit eine totale war; siehe Kaplan 2001: 140–173. Wie sie die Verfolgung in der Nachkriegszeit verarbeiteten, schildert Kogan 1998.
- 6 Eine Übersicht über den Stand der Traumaforschung in der Psychologie bieten Kühner 2002 sowie Brunner 2004. Die Anwendung des Traumakonzeptes ist bisher eine Domäne von Psychotherapeuten, Analytikern und Sozialpsychologen geblieben. Dies gilt gerade auch in einem Bereich, in denen eigentlich auch eine kritische Geschichtswissenschaft gefragt wäre, nämlich bei der Analyse der (Über)Lebensbedingungen von Holocaust-Opfern und ihren Kindern nach 1945. Dazu Grünberg 2002. Zu Möglichkeiten der Verbindung von Geschichte und Psychoanalyse Plato 2004 und Zuckermann 2004.
- 7 Die Dauer der ersten traumatischen Sequenz variierte insofern stark. In unserer Gruppe der verfolgten Eltern (n = 2279) betrug in 1279 Fällen die Dauer der Verfolgung zwischen 0 und 12 Monaten. Somit lag in mehr als 56 Prozent der Fälle die erste traumatische Sequenz unter einem Jahr.
- 8 Siehe die Vorgänge in: Stadtarchiv Wuppertal (StdtAWup), Wiedergutmachungsakten (WG), Nr. 11001.
- 9 StdtAWup, WG Nr. 12007.
- 10 StdtAWup, WG Nr. 12343.
- 11 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatsanwaltschaft Wuppertal, Nr. 1288, Bl. 58.
- 12 Dies in Anlehnung an Klafki 1988: 151 ff. u. 167 f., sowie Klafki 1991: 159–171, hier: 163 f., der allerdings die Diskriminierungserfahrungen, die Kinder und Jugendliche im NS-Staat machten, kaum berücksichtigt.
- 13 Etwa die „Edelweißpiraten“; siehe Kenkmann 1996: 255–302, sowie Schott/Steinacker 2004: 136–148 u. 192–215.

- 14 Damit wurde auch diese Gruppe Opfer der „faschistischen Aufhebung von Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (Sünker 1994).
- 15 StdtAWup, WG, Nr. 11253.
- 16 Im Projekt wird an dieser Stelle auch nach den Differenzen in der Verarbeitung nach Milieu, Geschlecht und Alter bei Verfolgung gefragt.
- 17 Keilson selbst betonte ausdrücklich, dass sein Modell der sequenziellen Traumatisierung „auch auf andere Gruppen von traumatisierten Kindern angewandt werden kann“ (Keilson 1992: 74 f. u. 79).
- 18 Die Volksgemeinschaftsideologie (Otto/Sünker 1991) war generell mit massiven Exklusionen verbunden.
- 19 Ein aussagekräftiges ärztliches Gutachten findet sich in einem Wiedergutmachungsantrag aus dem Jahre 1952, als ein Arzt einer Tochter eines politisch Verfolgten „Angstgefühle, Herzstiche, allg. Nervosität“ attestierte; siehe StdtAWup, WG Nr. 76602.
- 20 Aus nachvollziehbaren Gründen wandten sich die Verfolgten nach 1945 in der Regel nicht an Psychiater oder Psychologen, weil sie Angst vor einer Psychiatrisierung hatten. Ein besonders krasser Fall, der die Berechtigung solcher Befürchtungen ad oculos demonstriert, findet sich in StdtAWup, WG Nr. 11743.
- 21 Dass auch weitere niederländische Kinder Opfer waren, zeigt Harry Mulisch in seinem Roman „Das Attentat“ (1986).
- 22 Dieser Befund wird in unserer Monographie zu den „Kindern des Widerstands“ noch zu vertiefen sein. Die in den letzten Jahren erschienenen Familien- und Generationenromane zum NS-Staat, die sich stark aus den Erfahrungen von Kindern speisen, sind jedenfalls fast ausschließlich durch eine bürgerliche Perspektive geprägt und dürfen nicht pars pro toto für „die“ Erfahrungen von Kindern unter dem NS-Staat genommen werden; vgl. zum Beispiel nur Hahn 2003, Timm 2003 sowie Wackwitz 2003. Eine zutreffende Kritik dieses Genres formuliert Welzer 2004.
- 23 Zu den Kindern des bürgerlichen Widerstands liegt noch keine wissenschaftliche Monographie vor; siehe jetzt aber Aretin 2004: 169–192, zu den Enkeln. Die Autorin stellt das Phänomen einer „transgenerativen Übertragung“ von Traumata von der Kinder- auf die Enkelgeneration in den Vordergrund. Diese Tradierung von Traumata hatten erstmals Bergmann/Jucovy (1982) für die Eltern- und Kindergeneration des Holocaust diagnostiziert. Allerdings scheint es uns zweifelhaft zu sein, inwieweit dieses Modell auch auf die Kinder und Enkel des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler übertragbar ist, wie Aretin suggeriert. Zumindest müsste man einmal klären, welche Traumata beziehungsweise welche traumatischen Symptome Gegenstand einer transgenerativen Übertragung waren und welche nicht. Es bedarf also einer qualitativen Untersuchung der Traumata in der Kinder- und Enkelgeneration. Hierzu das Beispiel bei Soerensen-Cassier 2003.
- 24 Mitzudenken ist hier in entscheidender Weise die grundsätzliche Kritik Benjamins am konventionellen ‚Fortschrittsbegriff‘ (vgl. van Reijen 1998: 82 ff).
- 25 Einzuholen ist dabei auch, was Pierre Bourdieu als Zusammenfassung seiner Forschungen zu politischer Sozialisation – Bewusstsein und Handlungsfähigkeit übergreifend – formuliert hat: „Um den Zusammenhang von Bildungskapital und Geneigtheit, auf politische Fragen zu antworten, angemessen zu erklären, genügt nicht der Rückgriff auf die durch den Bildungstitel garantierte Fähigkeit zum Verstehen, zur Wiedergabe oder selbst noch zur Hervorbringung des politischen Diskurses; hinzu kommen muss

- vielmehr noch das – gesellschaftlich gebilligte oder geförderte – Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren“ (Bourdieu 1984: 639).
- 26 Diese Form von ‚Neubeginn‘ verhält sich negativ zum Neuen im status quo: „Die zeitliche Dialektik des Neuen als des Immergleichen – dieses Kennzeichen der Mode – ist das Geheimnis der modernen Geschichtserfahrung. Unter kapitalistischen Verhältnissen werden die jüngsten Mythen ständig durch neue verdrängt, und das bedeutet, dass sich die Neuheit selbst mythisch wiederholt“ (Buck-Morss 1993: 353).
- 27 Damit ergibt sich die Aufgabe, auch Benjamins Essay „Zur Kritik der Gewalt“ (1966) in die Konzeptionsarbeit einzubeziehen (vgl. Sünker 1992).

Literatur

- Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Ders. Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1971 (a), S. 10–28.
- Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1971 (b), S. 88–104.
- Aretin, Felicitas von: Die Enkel des 20. Juli 1944, Leipzig 2004.
- Becker, David: Ohne Hass keine Versöhnung. Das Trauma der Verfolgten, Freiburg im Breisgau 1992.
- Benjamin, Walter: Zur Kritik der Gewalt, in: Ders.: Angelus Novus. Ausgewählte Schriften, Band 2, Frankfurt am Main 1966, S. 42–66.
- Bergmann, Martin/Jucovy, Milton: Generations of the Holocaust, New York 1982.
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 3., durchges. Aufl., Frankfurt am Main 1984.
- Brunner, José: Politik der Traumatisierung. Zur Geschichte des verletzbaren Individuums, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 1 (2004), Heft 1, S. 7–24.
- Buck-Morss, Susan: Dialektik des Sehens. Walter Benjamin und das Passagen-Werk, Frankfurt am Main 1993.
- Coppi, Hans: Das Gesicht des Helden. Ein Sohn sucht eine neue Beziehung zu seinem Vater, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 92 (20./21.4.1996).
- Dertinger, Antje: Heldentöchter. Vorwort von Susanne Miller, Bonn 1997.
- Fritsche, Maria: „... haftet die Sippe mit Vermögen, Freiheit oder Leben ...“ Die Anwendung der Sippenhaft bei Familien verfolgter Wehrmachtssoldaten, in: Walter Manoschek (Hg.): Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich, Wien 2004, S. 482–491.
- Grünberg, Kurt: Liebe nach Auschwitz. Die zweite Generation, Tübingen 2002.
- Hahn, Ulla: Unschärfe Bilder, München 2003.
- Hansen-Schaberg, Inge (Hg.): Als Kind verfolgt. Anne Frank und die anderen, Berlin 2004.
- Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, S. 522–538.
- Kaplan, Marion: Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazi-deutschland, Berlin 2001.

- Keilson, Hans: Sequentielle Traumatisierung bei Kindern. Deskriptiv-klinische und quantifizierend-statistische follow-up Untersuchung zum Schicksal der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden. Unter Mitarbeit von Herman R. Sarphatie, Stuttgart 1979.
- Keilson, Hans: Trennung und Traumatisierung. Jüdische Kinder im Untergrund in Holland während deutscher Besatzung 1940–1945, in: Benz, Ute/Benz, Wolfgang (Hg.): Sozialisation und Traumatisierung Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1992, S. 40–57.
- Keilson, Hans: Sequentielle Traumatisierung bei Kindern, in: Hardtmann, Gertrud (Hg.): Spuren der Verfolgten. Seelische Auswirkungen des Holocaust auf die Opfer und ihre Kinder, Gerlingen 1992, S. 69–79.
- Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996.
- Klafki, Wolfgang: Verführung – Distanzierung – Ernüchterung. Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus. Autobiographisches aus erziehungswissenschaftlicher Sicht, Weinheim/Basel 1988.
- Klafki, Wolfgang: Typische Faktorenkonstellationen für Identitätsbildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen im Nationalsozialismus im Spiegel autobiographischer Berichte, in: Berg, Christa/Ellger-Rüttgardt, Sieglind (Hg.): „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“. Forschungen zum Verhältnis von Pädagogik und Nationalsozialismus, Weinheim 1991, S. 159–171.
- Klein, Ulrich: SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34, in: Peukert, Detlev/Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 45–61.
- Kogan, Ilany: Der stumme Schrei der Kinder. Die zweite Generation der Holocaust-Opfer, Frankfurt am Main 1998.
- Kühner, Angela: Kollektive Traumata. Eine Bestandsaufnahme. Annahmen, Argumente, Konzepte nach dem 11. September, Berlin 2002 (= Berghof Report Nr. 9).
- Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 2003 (Paperback).
- Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitererziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2001.
- Mason, Timothy W.: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Ein Einleitung, in: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus. Mit einer Einleitung von Timothy W. Mason, Opladen 1982, S. 11–53.
- Ders.: Nazism, fascism and the Working Class, hg. v. Jane Caplan, Cambridge 1995.
- Meding, Dorothee von: Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli, Berlin 1992.
- Mintert, David: Willi Veller – Ein SA-Schläger im Amt des Wuppertaler Polizeipräsidenten, in: Okroy, Michael/Schrader, Ulrike (Hg.): Der 30. Januar 1933. Ein Datum und seine Folgen. Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004, S. 47–59.
- Moore, Barrington: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt am Main 1987 (Taschenbuchausgabe).
- Mulisch, Harry: Das Attentat. München 1986.
- Nelles, Dieter/Rübner, Hartmut/Sünker, Heinz: Die „Kinder des Widerstands“. Lebensbedingungen und Sozialisation der Kinder von politisch und religiös Verfolgten des NS-Regimes, in: Neue Praxis 33 (2003), S. 341–357.

- Otto, Hans-Uwe/Sünker, Heinz: Volksgemeinschaft als Formierungsideologie des Nationalsozialismus, in: Dies. (Hg.): Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1991, S. 50–77.
- Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael: Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995.
- Plato, Alexander von: Opfer-Konkurrenten. Die Verfolgten des NS-Regimes und der sowjetischen Besatzungsmacht im Kalten Krieg und in der Entspannungszeit, in: Doman-sky, Elisabeth/Welzer, Harald (Hg.): Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, Tübingen 1999, S. 74–92.
- Plato, Alexander von: Geschichte und Psychologie – Oral History und Psychoanalyse. Problemaufriss und Literaturüberblick, in: Historical Social Research 29 (2004), S. 79–119.
- Reijen, Willem van: Der Schwarzwald und Paris. Heidegger und Benjamin, München 1998.
- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999.
- Schott, Christian/Steinacker, Sven: „Wilde Gesellen am Wupperstrand, verfolgt von Schirachs Banditen“. Jugendopposition und -widerstand in Wuppertal 1933–1945, Grafenau 2004.
- Soerensen-Cassier, Dagmar: Transgenerationelle Prozesse von NS-Traumatisierungen, in: psychosozial 26 (2003), Nr. 92, Heft II, S. 61–66.
- Sünker, Heinz: Politische Bildung, Sozialisation und Gewalt, in: Heitmeyer, Wilhelm/Möller, Kurt/Sünker, Heinz (Hg.): Jugend – Staat – Gewalt, 2. Aufl., Weinheim/München 1992, S. 263–276.
- Sünker, Heinz: Sozialpolitik und „Volkspflege“ im Nationalsozialismus: Zur faschistischen Aufhebung von Wohlfahrtsstaatlichkeit, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXIII (1994), S. 79–92.
- Timm, Uwe: Am Beispiel meines Bruders, Köln 2003.
- Wackwitz, Stephan: Ein unsichtbares Land, Frankfurt am Main 2003.
- Welzer, Harald: Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationsromane, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 13, Heft 1 (2004), S. 53–64.
- Zuckermann, Moshe (Hg.): Geschichte und Psychoanalyse, Göttingen 2004 (= Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte; Bd. XXXII).

*Armin Nolzen, Dieter Nelles, Heinz Sünker,
Universität Wuppertal/FB Bildungswissenschaften, 42119 Wuppertal
E-mail: suenker@uni-wuppertal.de*



Ist Geben seliger als Nehmen?

*Frank Adloff/Steffen Mau (Hg.):
Vom Geben und Nehmen.
Zur Soziologie der Reziprozität,
Campus Verlag Frankfurt/New York
2005, 308 Seiten, 24,90 Euro*

Reziproke Austauschbeziehungen, auf Wechselseitigkeit basierende Formen des Gebens und Nehmens, scheinen sich in industriellen und postindustriellen Gesellschaften auf den ihnen hier zugestandenen Ort der Privatheit zu beschränken. Sie fristen ihr Dasein in familialen Lebenszusammenhängen, allenfalls noch in Nachbarschaften und informellen Netzen und tragen in diesen privaten Reproduktionsinstanzen wesentlich zum gesellschaftlichen Funktionieren bei. Das wurde mittlerweile durch diverse Beiträge aus der Care-Debatte belegt (vgl. z.B. Brückner/Eckart, Tronto 2000). Der öffentliche politische Diskurs pflegt diese Bedeutung gegen- und wechselseitiger Unterstützung zu ignorieren, wenngleich er regelmäßig und in unterschiedlichen politischen Aktionen und Programmen das Loblied der Familie singt, die intakten Nachbarschaften und die Tugend des Ehrenamtes preist. Besonders die gegenseitige Hilfen kennzeichnenden Merkmale – die unmittelbare Interaktion, die Freiwilligkeit der Leistung und ihr normativer Gehalt – werden in solchen Lobreden hervorgehoben als Restkategorien vom natürlichen zwischenmenschlichen Miteinander und als Kitt für das soziale Ganze, das ansonsten eher der Marktlogik folgt und zudem von Bürokratisierung, Verrechtlichung, Vereinzelung und Entpersönlichung geprägt ist. Und in der Tat zeichnen sich die öffentlichen sozialen Unterstützungssysteme moderner Gesellschaften durch die Generalisierung von Rechtsansprüchen und die Anonymisierung von

Sozialtransfers aus, welche jedoch – historisch betrachtet – als Emanzipation von altruistischer Hilfe, die Dankbarkeit, Unterordnung oder diverse Zumutungen nach sich zieht, zu begreifen sind und den Zugang zu einem gesellschaftlich definierten Maß an Wohlfahrt jenseits interpersonaler Abhängigkeit ermöglichen sollen (vgl. Marshall 2000). Soll man also die politischen Sonntagsreden zur wärmenden gegenseitigen Unterstützung links liegen lassen? Die Befassung mit reziproken Unterstützungssystemen getrost den Experten für vor-moderne Gesellschaften, den Anthropologen, den Ethnologen und den Historikern überlassen oder sie als penetrante Quängelei der Care-Theoretikerinnen ertragen?

Die Herausgeber und Autoren Frank Adloff und Steffen Mau finden: Nein! Und sie benennen gute Gründe, warum sich eine Auseinandersetzung mit Klassikern von Reziprozitätstheorien unterschiedlichster Konvenienz und eine Reflexion ihrer zentralen Aussagen auf aktuelle gesellschaftliche Fehler lohnt.

Zunächst einmal tut sich die moderne Soziologie schwer damit, das Prinzip der Gegenseitigkeit von Hilfe gedanklich nachzuvollziehen. Das liegt, so Adloff und Mau im Anschluss an Godbout (2000), darin begründet, dass die zwei vorherrschenden soziologischen Hauptparadigmen, nämlich auf der einen Seite das utilitaristische Modell des individuellen eigennützigem Akteurs und auf der anderen das des moralischen Handelns aus Verpflichtung, nicht in der Lage sind, „das Prinzip der Gabe angemessen zu verstehen“. „Handeln wird [...] entweder als instrumentelle Rationalität oder als Befolgung von normativen Regeln verstanden.“ (S. 45) Aber, und diesem Gedanken folgen nur sehr wenige Autoren, die Unterstützung auf Gegenseitigkeit resp. der Tausch von Gaben können beiden oder auch keinem der Paradigmen folgen. Moderne Soziologien haben folglich in der

Regel auch ein Problem damit, solche Unterstützungssysteme in modernen Gesellschaften zu identifizieren, geschweige denn anzuerkennen, dass sie auch marktlichen und staatlich vermittelten Sozialbeziehungen innewohnen. Nur für vormoderne Gesellschaften wollen sie wechselseitige Hilfebeziehungen als strukturbildend akzeptieren.

Auf der Basis dieser Grundannahmen haben sich Frank Adloff und Steffen Mau entschlossen, zunächst einen Überblick über die verschiedenen recht verstreuten Theorietraditionen zur Reziprozität zu ermöglichen, der die Vielfalt von Verständnissen aufdecken und deren Übereinstimmungen und Unterschiede pointieren soll. Des Weiteren lassen sie in einem zweiten Schwerpunkt Autoren und Autorinnen zu Worte kommen, die sich aus ihren jeweiligen Forschungsperspektiven heraus den Wirkungsweisen von Reziprozität in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern widmen. Herausgekommen ist dabei ein sehr lesenswerter, informativer und anregender Sammelband, dem dreierlei zu entnehmen ist:

Erstens: Mit reziproken Unterstützungslogiken und -modellen verhält es sich komplizierter als man eigentlich denkt. Zweitens: Das Prinzip der Reziprozität ist keineswegs in modernen Gesellschaften verschwunden, implizite und explizite Reziprozitätsnormen sind auch heute noch in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen hoch wirksam. Drittens: Was jeweils als „Gegenseitigkeit“ gilt, ist Gegenstand kultureller und sozialer Aushandlungsprozesse und damit auch stets umkämpft.

Eine kenntnisreiche und sorgfältige Einführung von Adloff und Mau ermöglicht auch in der Thematik wenig gebildeten LeserInnen, dem erkenntnistheoretischen Diskurs zum reziproken Austausch zu folgen: Zu Beginn ihrer Ausführungen stellen die Autoren die Rolle der Gabe in der anthro-

pologischen und geschichtswissenschaftlichen Diskussion und deren Rezeption von Marcel Mauss' Essay „Die Gabe“ vor, um in einem zweiten Schritt die Weiterentwicklung gaben- und reziprozitätstheoretischer Ansätze in der Soziologie zu verdeutlichen. Hier machen Adloff und Mau auf zwei unterschiedliche Denktraditionen aufmerksam: auf das eher normativistische Konzept, das soziale Beziehungen und Zusammenhänge wesentlich auf die Wirkung von Normen und Werten fokussiert (als dessen klassische Vertreter führen sie Durkheim, Simmel, Tönnies, Gouldner und Bourdieu an), während ein eher individualistisches Konzept Handlungen des/der Einzelnen als konstitutiv für das Entstehen sozialer Ordnung betrachtet (Vertreter dieser Tradition sind Homans, Blau sowie Protagonisten verschiedener Theorien rationaler Wahl). Je nach Denktradition fällt die Bestimmung der sozialen Funktionsweise von Reziprozität und Gabe recht unterschiedlich aus, insbesondere in Bezug auf die Kategorie des wirtschaftlichen Tausches. Allerdings stimmen beide Richtungen darin überein, Reziprozität als ein universelles soziales Prinzip zu begreifen, das beziehungsstiftend und vertrauensbasiert ist. Anschließend geben Adloff und Mau die Ergebnisse einer überwiegend französischen Debatte wieder, welche die Bedeutung des Gebens und Nehmens für die kulturelle Reproduktion von Gesellschaften ins Zentrum stellt (wichtige Vertreter sind hier Bataille, Baudrillard, Girard und Derrida). Die Einleitung schließt ab mit der Vorstellung der aktueller Arbeiten von Caille' und Godbout, welche die Relevanz von Reziprozität für die Erzeugung und Stabilisierung von sozialen Beziehungen und Vergesellschaftungszusammenhängen auch moderner Gesellschaften betonen. Es geht in dieser Sichtweise, der sich auch Adloff und Mau verpflichtet fühlen, dann vorrangig darum, die jeweils eigene Interak-

tionslogik, welche durch Reziprozität und Gabe produziert wird, zu erkennen und heraus zu arbeiten, wie diese mit anderen sozialen und ökonomischen Ordnungen kooperiert.

Der Theorie-Teil eröffnet – wie könnte es auch anders sein – mit einem Auszug aus Marcel Mauss' Werk: „Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften“ (1968) (S. 61–72) und einem Text von Marshall D. Sahlins: „Zur Soziologie des primitiven Tauschs“ (1999) (S. 73–91). Während Mauss seinen Schwerpunkt auf die Funktion der Gabe als umfassender sozialer Grundfigur, als „totaler Leistung“ in vormodernen Gesellschaften und auf den unauflösbaren Zusammenhang von Geben-Nehmen-Erwidern als Basisaktivitäten solcher Gesellschaftsformationen legt, untersucht Sahlins die Verknüpfungen zwischen Güterströmen und sozialen Beziehungen und folgert daraus drei Typen von Reziprozitätsformen: die generalisierte, die ausgeglichenere und die negative Reziprozität. Diesen Klassikern der Anthropologie und Ethnologie folgen fünf soziologische Texte, die aus höchst unterschiedlichen Perspektiven begriffliche und konzeptionelle Klärungs- und Weiterentwicklungsarbeit betreiben. Es sind dies: Georg Simmel: „Exkurs über Treue und Dankbarkeit“ (aus: „Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung“, 1992) (S. 95–108); Alvin W. Gouldner: „Etwas gegen nichts. Reziprozität und Asymmetrie“ (aus: „Reziprozität und Autonomie“, 1984) (S. 109–123); Peter M. Blau: „Sozialer Austausch“ (aus: „Social Exchange“ 1968) (S. 125–137); Pierre Bourdieu: „Die Ökonomie der symbolischen Güter“ (aus: „Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns“, 1998) (S. 139–155); Alain Caille: „Die doppelte Unbegreiflichkeit der reinen Gabe“ (aus: „Don, interet et desinterressement: Bourdieu, Mauss, Platon et quelques autres“, 1994) (S. 157–184).

Simmel widmet sich dem Phänomen der Dankbarkeit als notwendiger Ergänzung der jeweils gesellschaftlich vorherrschenden Rechtsform: Dankbarkeit als „[...] Band der Wechselwirkung, des Hin- und Hergehens von Leistung und Gegenleistung auch da spinnend, wo kein äußerer Zwang es garantiert“ (S. 102). Gouldner befasst sich, ausgehend von asymmetrischen menschlichen Beziehungen, mit dem Verhältnis zwischen Reziprozitäts- und Wohltätigkeitsnorm und deren jeweiligen moralischen Implikationen. Blau und Bourdieu konzentrieren sich auf wechselseitige Unterstützungsverhältnisse und die Bezüge zwischen Geben und Erwidern als sozialen und symbolischen (Aus)Tauschverhältnissen. Caille schließlich vertritt eine Soziologie der Gabe jenseits von Norm und Eigennutz und sieht deren Wirksamkeit in modernen Gesellschaften neben der Zirkulation von Waren oder staatlicher Umverteilung als dritten Bereich enthalten.

Im Anschluss an den „Theorieteil“ sind Beiträge versammelt, die sich mit Wirkungsweisen von Reziprozität in fünf gesellschaftlichen Feldern befassen; dies sind: familiäre Beziehungen, bürgerliches Spenden- und Stiftungswesen, Arbeitsbeziehungen, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Entwicklungshilfe. Allen Beiträgen ist zu Eigen, dass sie Bezüge zwischen ihrem Forschungsgegenstand, dessen Empirie und Theorien der Gabe und Reziprozität rekonstruieren. Zunächst widmet sich Bettina Hollstein der Frage, ob und auf welche Weise Reziprozität in familialen Generationenbeziehungen eine Rolle spielt („Reziprozität in familialen Generationenbeziehungen“, S. 187–209). Ausgangspunkt sind ihr Ergebnisse neuerer familiensoziologischer Untersuchungen, die allesamt umfangreiche und vielfältige Austauschprozesse zwischen Eltern und Kindern konstatieren, auch nach der Phase des gemeinsamen Zusammenlebens. Mit Rekurs auf Marcel Mauss und Georg Simmel

interessiert die Autorin insbesondere, wie Reziprozität als höchst voraussetzungsvolles Konstrukt (die Gabe soll adäquat der Gegengabe sein) unter den Bedingungen der „Risiken von Zeit und Ressourcenverteilung“ (S. 188) gelingen kann. Am Beispiel der Pflege lässt sich empirisch belegen, „dass sich Kinder bei der Pflege ihrer Eltern an Reziprozität orientieren und dass sie sich in ihren Argumenten zum Teil auf sehr lange zurück legende Leistungen der Eltern beziehen [...]. Kinder verweisen dabei auf Gefühle der ‚Dankbarkeit‘ oder der ‚Verpflichtung‘, wobei sie auf konkrete Vorleistungen der Eltern Bezug nehmen, nicht aber auf allgemeine und verhaltensunabhängige Normen familialer Solidarität.“ (S. 193)

Neben dieser der elterlichen Vorleistung direkt verpflichteten Reziprozität (direkte Reziprozität) existiert als weitere Reziprozitätsspielart eine Art „generatives Prinzip [...], bei der aus einer empfangenen Gabe eine Gabe an Dritte abgeleitet wird“ (S. 197). Hollstein belegt unter Bezugnahme auf den deutschen Alters-Survey, dass diese Art von Reziprozität (indirekte Reziprozität bzw. generalisierter Tausch) je nach ideeller und sozialer Positionierung der Akteure dem Solidaritätsprinzip, dem generativen Prinzip oder dem Stellvertretungsprinzip verpflichtet sein kann (S. 200f). Während das aus der Vormoderne stammende Solidaritätsprinzip (Familie als Notgemeinschaft) und das generative Prinzip (Weitergabe von Empfangenem an die eigenen Kinder/in der Kette) von großer Bedeutung zu sein scheinen, spielt das Stellvertreterprinzip eher eine Neben- und Außenseiterrolle und findet sich in stark individualisierten Beziehungen (der Stellvertreter gibt an eine andere Person, weil diese eine Vorleistung für jemand Dritten gegeben hat).

Auf der Basis ihrer Befunde sieht Hollstein keinerlei Veranlassung, in die Klage um nachlassende familiäre Unterstützungspoten-

ziale einzustimmen. Diese sind in vielfältiger (traditionaler und sich neu konstituierender) Weise vorhanden, allerdings bedürfen sie Aufmerksamkeit, Wertschätzung und angemessener gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Frank Adloff und Stefan Sigmund („Die gift economy moderner Gesellschaften. Zur Soziologie der Philantrophie“, S. 211–235) befassen sich mit dem Spenden und Stiften von Bürgerinnen und Bürgern und erhellen damit einen Bereich, der in der deutschen Sozialwissenschaft im Unterschied zur angloamerikanischen Debatte immer noch relativ bescheiden ist und kaum theoretisch reflektiert wird, und das bei einem jährlichen Spendenaufkommens für soziale Zwecke in Deutschland in Höhe von 2,3 Milliarden Euro in 2003 und mehr als 12.500 Stiftungen (vgl. 212). Zwei Themen interessieren Adloff und Sigmund vor allem: Die Motivlage der Gebenden/Spendenden sowie die institutionalisierten Formen philanthropischer Gaben. Bezüglich der Frage nach den Motiven der gebenden „Fremden“ („Gabe unter Fremden“, S. 211) kritisieren die Autoren Erklärungen, welche entweder utilitaristisch oder normativ-altruistisch orientiert sind. „Das Geben einer Gabe ist ein zutiefst mehrdeutiger Prozess, der nicht durch Eigennutz oder ‚reines‘ altruistisches Geben erklärt werden kann, sondern auf einer Verschränkung von Freiheit und Verpflichtung beruht“ (219). (Diese Position wird im Übrigen auch durch diverse Ergebnisse aus der Freiwilligenforschung bestätigt.) Eine Überprüfung des systematischen Erklärungsgeltes von Marcel Mauss' Theorie der Gabe im Hinblick auf das zeitgenössische Geben von Geld und Zeit führt die Autoren zu dem Ergebnis, den Handlungsmodus der modernen Philantrophie reziprozitätstheoretisch verorten zu können: Eine wichtige Rolle spielt hierbei der Fakt, dass die Gabe (die Spende) Identität ausdrückt und bekräftigt: „Gaben sind immer auch Zei-

chensysteme und Träger von Identitäten“ (S. 221), sie stiften soziale Beziehungen. Hinsichtlich der Institutionalisierungsformen moderner Philantropie geben Adloff und Sigmund vor anderen Formen der Stiftung einen Vorzug, insofern diese durch das Gemeinwohl als „zentraler Leitidee“ in der Lage ist, einen „zentralen Geltungsrahmen für Gaben und reziprokes Handeln“ zu bieten: „Der Stiftungszweck löst sich im Prozess der Institutionalisierung nicht nur vom Eigensinn des Stifters und wird in eine gemeinnützige Organisation transformiert, sondern er strukturiert und legitimiert darüber hinaus auch die soziale Beziehung zwischen der gebenden Institution und den jeweiligen Empfängern“ (S. 225).

Stephan Voswinkel („Reziprozität und Anerkennung in Arbeitsbeziehungen“, S. 237–256) verfolgt in seinem Beitrag den gerne unterschlagenen Sachverhalt, dass auch in marktförmig strukturierten Arbeitsverhältnissen Reziprozitätsbeziehungen enthalten sind. Das irritiert zunächst, da doch Arbeitsverhältnisse klar strukturiert und motiviert sind, schließlich handelt es sich um asymmetrische ökonomische Tauschbeziehungen; wer Arbeitskraft verkauft, will den Lohn zum Leben, wer sie kauft, will mit ihr Gewinn erzielen. Wie also kann Reziprozität in solchem Kontext existieren? Voswinkel zeigt nun, dass dies sehr wohl der Fall ist, und zwar in zweifacher Weise. Zunächst weist er unter Berufung auf Gouldner ein instrumentelles Reziprozitätsprinzip in Arbeitsbeziehungen nach, das sich in verabredeten „Geschenken“ (S. 240), etwa in besonderem Engagement am Arbeitsplatz, freiwilligen Überstunden und darauf bezogenen besonderen Leistungen, zusätzlichen Löhnen manifestiert und das Maßstab dafür ist, das im Grundsatz asymmetrische Austauschverhältnis als fair (oder unfair) zu bewerten. Eine generalisierte Variante instrumenteller Reziprozität begründet sich in der Unvollständigkeit von

Arbeitsverträgen (im Unterschied zu Kaufverträgen); dieses Charakteristikum ist ein „Einfallstor“ für Momente des sozialen Austauschs jenseits des spezifizierten ‚do ut des‘ von Löhnen und Leistungen“ (S. 241). Beispielhaft führt Voswinkel hierzu Tarifverträge, Senioritätsregeln und die Figur des Beamten an. Eine zweite Form von Reziprozität in Arbeitsbeziehungen kann sich aus Anerkennungsbeziehungen in Arbeitsorganisationen ergeben bzw. mit solchen verschränken. Im Anschluss an Honneth (1994) identifiziert Voswinkel als deren zentrale Kriterien Zuwendung (etwa Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme auf die Person) und den Status als Arbeitsbürger (mit Marshall: industrial citizenship). Diese reziproke Anerkennungsform definiert er als „Würdigung“ (S. 250). Abschließend problematisiert der Autor den aktuellen und insbesondere künftigen Sitz von Reziprozität in Arbeitsbeziehungen, da wesentliche ihrer Voraussetzungen: Strukturen der Langfristigkeit und Arbeitsethos im derzeitigen und zu erwartenden Wandel der Arbeitswelt zunehmend verschwinden werden. „Die Subjektivierung und die Knappheit von Arbeit drohen der Würdigung die Legitimation zu entziehen und damit eine Entkoppelung von Arbeit und Anerkennung jenseits der Reziprozität‘ zu befördern“ (S. 254).

Dass Reziprozitätsprinzipien auch im Wohlfahrtsstaat enthalten sind, erfahren wir seit geraumer Zeit fast täglich durch politische und Medien-Äußerungen, die den wohlfahrtsstaatlichen Um- und Abbau begleiten und dabei in besonderer Weise die Kette des Geben-Nehmen-Erwidern, des Verhältnisses von Leistung und Verpflichtung skandalisieren. Stephan Lessenich und Steffen Mau zeigen in ihrem Beitrag („Reziprozität und Wohlfahrtsstaat“, S. 257–276), auf welche Weise in den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Programmen sehr unterschiedliche Reziprozitätslogiken zur Wirkung gelangen. Zunächst einmal ma-

chen sie darauf aufmerksam, dass im modernen nationalstaatlich organisierten Wohlfahrtsstaat für die traditionellen Austauschformen reziproker Hilfeleistungen kein Platz mehr zu sein scheint, denn: „monetäre Transfers werden durch staatliche und institutionelle Vermittlung anonymisiert und von sozialen Beziehungen abgetrennt, während gleichzeitig soziale Dienstleistungen mehr und mehr von professionellen Agenturen übernommen werden“ (S. 258). Und „normative Erwartungen hinsichtlich individueller situativer Reziprozitätsleistungen“ (S. 260) verblassen angesichts sozialer Rechte, die den Zugang zu einem gesellschaftlich definierten Maß an ökonomischer Unterstützung sichern. Dennoch: In eben diesen wohlfahrtsstaatlichen Verhältnissen herrschen Prinzipien von Gegenseitigkeit und Verpflichtung, gewissermaßen als zweiter sozialer Boden, wenngleich stets heftig umkämpft. Letzteres sehen die Autoren im Wesentlichen in der Eigentümlichkeit der Sozialen Rechte begründet. Zum einen sind diese viel enger als die Menschen- und Bürgerrechte an nationalstaatliche Kontexte gebunden, und zum anderen können sie „nicht mit derselben Unbedingtheit gewährt werden [...] wie die anderen beiden Rechtstypen“ (S. 262), des Weiteren sind sie stark ressourcenabhängig. Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Sozialtransferstaat, Verteilungspolitik ist immer Umverteilungspolitik, Umverteilung funktioniert auch immer als „Umverteilung in den Köpfen“ (S. 262) und bedarf folglich moralökonomischer Steuerung. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Begriff der „wohlfahrtsstaatlichen Reziprozitätsarrangements“ (S. 264) seine Bedeutung. Lessenich und Mau stellen vier verschiedene Entwürfe zur Typologie solcher Arrangements und deren jeweilige Moralen vor, um im Ergebnis zu konstatieren, dass im Rahmen der verschiedenen denkbaren und möglichen Typen, „vermittels derer Wechselseitigkeit

von Rechten und Pflichten, von Leistungen und Gegenleistungen das ‚soziale Band‘ geknüpft wird bzw. werden kann, „[...] die asymmetrische Reziprozitätserzwingung nach Art der workfare- Programme [...] mithin nur eine unter anderen denkbaren und praktizierten Varianten“ ist (S. 272). Wobei diese Variante, so die Autoren in ihrem Fazit, im gesellschaftlichen Bewusstsein derzeit hoch im Kurs steht, gewissermaßen als hegemonial gut bediente „gefühlte Reziprozität“ bzw. als „Reziprozitätsglaube“ (S. 273). Ob das so bleiben wird, ist theoretisch nicht vorentschieden, sondern hängt in hohem Maße von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab.

Abschließend diskutiert Nathalie Karagian am Beispiel der Entwicklungshilfe das Verhältnis zwischen entwickelten und Entwicklungsländern unter dem Aspekt von Reziprozität („Die Gabe der Entwicklung“, S. 277–296). Dieses Verhältnis ist in mehrfacher Hinsicht ein ungewöhnliches, besteht es doch – so der gedankliche Ausgangspunkt der Autorin – aus einem komplizierten Netz aus Gabe und Geschäft, wobei „das Geben das konstituiert, was gegeben wird: Entwicklung“, mithin die „Gabe der Entwicklung“ das Phänomen Entwicklung erst konstituiert“ (S. 277). Des Weiteren handelt es sich um Beziehungen zwischen „einfachen“ und „komplexen“ Gesellschaften, in welcher die „Gabe der Entwicklung“ die Erschaffung einer gemeinsamen Welt, welche unvermeidlich Ungleichheit beinhaltet“ (S. 278), hervorbringen soll. Die „Gabe der Entwicklung“ ist demnach in das Dilemma verwoben, Gleichheit anzustreben und gleichzeitig Ungleichheit zu bestätigen, gar zu verfestigen. Reziprozitätstheoretisch argumentiert ist sie zwischen den Polen der sozialen Integration bzw. der Kohäsion (Mauss) und der Ausbeutung (Gouldner) angesiedelt. Karagiannis befasst sich sodann mit der Rolle der Wissenschaften bei der Konzeptualisie-

rung von Entwicklungsbeziehungen. Eindrücklich belegt sie, in welchem erstaunlichen Ausmaß zunächst Anthropologie und Ethnologie, später die Soziologie, dazu beitragen, das Geben als Entwicklung mit dem Ziel der ungleichen gemeinsamen Welt zu legitimieren. Wenngleich die Anthropologen und Soziologen sich von der Entwicklungsökonomie als später hinzugekommener Unterdisziplin distanzieren, so verblüfft doch ihre häufig „wirtschaftsnahe“ Sprache („Nutzen“, „Kosten“, „Transaktionen“, „Investitionen“ etc) (S. 288). Das komplizierte Netz aus Gabe und Geschäft in Entwicklungsbeziehungen hat sich, so belegt die Autorin, im Verlauf der kolonialen zur postkolonialen Geschichte mehrfach gewandelt, doch: „Auch heute noch ist der Entwicklungsdiskurs durch Verhandlungen über die Rohstoffe der ‚Entwicklungsländer‘ gekennzeichnet. Die Frage der Gleichwertigkeit wird weiterhin aufgeworfen, und was im Gegenzug gegeben wird,

reicht von technologischem Transfer bis zum Demokratie-Training. Zum andern sind Caritas und Almosen nur ein Modus des Gebens, der zum Zwecke der Kolonisation eingesetzt wird, die anderen sind das Tauschgeschäft und ökonomischer Austausch“ (S. 291). Kritiker der „Gabe der Entwicklung“ empfehlen den sich Entwickelnden folgende Perspektiven, um die Logik des „Entwicklungs-Verhältnisses“ zu durchbrechen: Die ungleiche gemeinsame Welt verlassen und sich als Gleichgestellte betrachten; die Prämissen des Austausches durch eine veränderte Sichtweise und Praxis von Peripherie und Zentrum verändern und/oder den Nachweis stark machen, dass die „entwickelten“ Staaten ursprünglich in der Schuld der „sich Entwickelnden“ stehen.

*Barbara Rose
Eppendorfer Weg 77
20259 Hamburg
rose_barbara@web.de*

„An die Arbeit“¹ gemacht ...

Franz Schulheis, Kristina Schulz (Hg.): Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2005, 591 Seiten, 29 Euro

Im Spätherbst 2005 sind die in Zeitungen und anderen Medien veröffentlichten Reportagen über die soziale Wirklichkeit in Deutschland von verschiedenen herausragenden Themen dominiert: einmal von ministeriell initiierten Missbrauchsvorwürfen gegen Menschen, die zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts auf staatliche Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Zum andern – zumindest in Hamburg – von Berichten über vernachlässigte Kinder und überforderte Eltern, dann von der erneuten Feststellung der bildungsmäßigen Benachteiligung von Kindern aus Milieus mit niedrigem sozialen Status und schließlich von einem Blick auf den Aufbruch von Jugendlichen in den französischen Vorstädten, der latent oder offen „kulturelle“ oder „ethnische“ Dimensionen vor die sozialer Ungleichheit schiebt. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass eine Veröffentlichung der Illustrierten Stern („Das wahre Elend“ von Walter Wüllenweber) einen „Sozialpreis“ erhält, die ebenfalls von der schlichten Logik geprägt ist, dass Arme hierzulande nicht unter materieller Not litten, sondern unter mangelhafter Ausstattung mit anständigen Werten, Kultur und Bildung. Parallel zur Lektüre oder Betrachtung solcher Reportagen erfahren Bürgerinnen und Bürger die eigentlich schon aus der Agenda 2010 bekannte programmatische Kunde der Großen Koalition, das Land für die Herausforderungen der globalisierten weltwirtschaftlichen Verhältnisse weiter zu „modernisieren“. Sowohl in den Reportagen als auch im politi-

schen Programm wird mit Aussagen über die soziale Lage von Menschen und ihren darin gegebenen Handlungsmöglichkeiten unter der Wirkung von Anreizen wie Zwang und Geld kalkuliert. An der Produktion solcher Aussagen sind auch wissenschaftliche Institutionen und Personen beteiligt, sei es im Sinne der Politikberatung, sei es im Sinne der Interpretation sozialer Entwicklungen. In den sozialpolitisch mainstreamfähigen Interpretationen dieser Entwicklung haben sich vielfach Positionen etabliert, die soziale Ungleichheit auf unterschiedliche Art und Weise (de)thematizieren, z.B. als kulturelles Problem (einer „Unterschichtkultur“ oder „Migrantenkultur“), z.B. als Bildungsproblem („bildungsnahe“, „bildungsfern“) oder als Problem des Zugangs zum Arbeitsmarkt („Arbeitsmarkterferne“, „Beschäftigungsfähigkeit“). Eine Gemeinsamkeit derartiger Interpretationen ist die Neigung, im Verhalten und in zugeschriebenen Eigenschaften von Menschen die Ursachen ihrer Positionierung in der gesellschaftlichen Hierarchie zu sehen.

Mit dem Buch „Gesellschaft mit beschränkter Haftung – Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“ liegt nun ein Werk vor, das sich anders mit den Verhältnissen von und zwischen Menschen auseinandersetzt. Mit Bezug auf Bordieu, und besonders sein 1993 erschienenes „La misere du monde“ (dt. „Das Elend der Welt“) begreift es sich als „eine Form eingreifender Wissenschaft“ (9) und will den „Nerv der Zeit“ der deutschen Gegenwartsgesellschaft treffen (9). Das Buch leistet dezidiert einen Beitrag zur gesellschaftstheoretischen und gesellschaftspolitischen Diskussion. Der Unterschied dieses Buches zu den vielfältigen Sozialreportagen, die über deutsche Verhältnisse vorliegen „ist das Anliegen, mit den klassischen Mitteln der verstehenden Soziologie Gesellschaftsdiagnose zu betreiben“, mit den Mitteln qualitativer Sozialforschung nicht nur Menschen aus unterschiedlichsten

Lagen und Herkunft(en) Gehör und Stimme zu geben, sondern die subjektiven Erfahrungen, Perspektiven und Deutungsmuster in einen sozialstrukturellen Rahmen zu stellen und „ihren je exemplarischen Charakter für eine Sozioanalyse unserer deutschen Gegenwartsgesellschaft zu vermitteln“ (10). Der hier verwendete Begriff des Verstehens ist vielen Sozialreportagen und dem hegemonialen politischen Diskurs fremd. In ihm dominieren (Vor)Urteile, Verurteilungen, Zuschreibungen und Projektionen sowie unzulässige, aber einfach zu politisierende Pauschalierungen. Die 30 Forscherinnen und Forscher, die sich von 2000 bis 2004 zu diesem von der DFG finanzierten Projekt zusammengefunden haben, verbindet das Verständnis von Soziologie als „Krisenwissenschaft“, der es um das Verstehen der „Befindlichkeit von Alltagsmenschen und ihrer Lebensführung unter den Bedingungen tief greifender ökonomischer Umbrüche“ geht (12). Die ForscherInnen sind sich bewusst, dass dieses Selbstverständnis dem „landläufigen (Miss-)Verständnis von Wertfreiheit“ (585) widerspricht: „Das Neutralitätsgebot und der Anspruch auf Enthaltbarkeit in Sachen Werturteil wirken erstaunlich weltfremd, wenn man als Soziologe auf Schritt und Tritt [...] Phänomene der Macht und Herrschaft, der Ungleichheit und Ausgrenzung begegnet“ (586). Gerade wegen dieses Selbstverständnisses beanspruchen die ForscherInnen für sich auch eine „permanant reflexive Distanz zum Gegenstand“ und begreifen die „befragten Mitmenschen [...] immer auch als Akteure ihrer eigenen kleinen und großen Dramen“, die nicht zu schlichten passiven Opfern ihrer sozialen Verhältnisse degradiert werden dürfen: „Sie schreiben und machen ihre Geschichte selber, wenn auch nicht aus freien Stücken, sondern je nach gegebenen materiellen Lebensbedingungen und Handlungsressourcen und in den Grenzen des ihnen vorstellbar und realistisch und

realisierbar [E]rscheinenden“ (587). Ihrem methodischen Verständnis nach – das durchaus eine ausführlichere Darstellung im vorliegenden Band verdient hätte – begreifen die ForscherInnen die gesammelten Porträts als Konstruktionen von Weltansichten, -deutungen und Lebenszusammenhängen, die sie als SoziologInnen gemeinsam mit den GesprächspartnerInnen erarbeitet haben (vgl. 585). Die Forschungsgruppe verfolgt eine „duale Forschungsstrategie“ (13). In einem ersten Schritt wurden die Interviewpartner ausgewählt, wobei auffällt, dass einige Interviewende und Interviewte sich in anderen wissenschaftlichen Studien oder früheren sozialen Zusammenhängen schon einmal begegnet sind. Die entscheidenden Kriterien waren, inwieweit die „Fälle“ „typische Züge“ für gesellschaftliche Entwicklungen haben, inwieweit das individuelle Leiden „gesellschaftliche Brüche und Wandlungen der letzten zwanzig Jahre deutlich“ machen kann und wie „individuelles Schicksal und gesellschaftliche Strukturveränderungen“ ineinander greifen (12). In einem zweiten Schritt wurden auf Basis statistischer Daten und Literaturstudien „Kernprobleme der deutschen Gegenwartsgesellschaft identifiziert“ (13). Die Forschungsgruppe besteht darauf, ihre Herangehensweise und Ergebnisse nicht an der „falschen Elle quantitativer Forschung zu messen“ (13). Stattdessen verdeutlicht die „kollektiv definierte Stichprobe“ (13) eine Konzentration auf fünf Schwerpunktthemen: „Wandel der Arbeitswelt, Veränderungen in Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung, Erziehung und Bildung, ‚Sinnstifter‘ und Menschen, die an den Rändern der gesellschaftlichen Mitte leben“ (13). Die Grundthemen, die sich in dieser deutschen Studie finden, sind ähnlich wie die, die von Bourdieu und seinen ForschungskollegInnen in Frankreich gewählt wurden und werden: „Gesellschaften im Umbruch mit einer starken Tendenz zur

Prekarisierung von Lohnarbeitsverhältnissen“ (15). Jedoch sind diese grundlegenden Themen in Frankreich und Deutschland „jeweils ganz anders eingebettet“, was Kristina Schulz und Franz Schultheis in einem im vorliegenden Band abgedruckten Interview mit Thomas Kleinspehn von Radio Bremen an der unterschiedlichen Rolle und an der unterschiedlichen Wahrnehmung des Staates erläutern (14f). In diesem Interview wird erahnbar, welchen Reiz dieses Unternehmen für die beteiligten WissenschaftlerInnen gehabt haben muss. Man kam zusammen als „kollektive Intellektuelle“ (14), als „Leute, die das Paradigma (der Sozioanalyse, WV) teilen“ und denen auch noch „eine gewisse Prekarität ihrer beruflichen Verhältnisse, ihrer Lebenssituationen“ gemeinsam war (17). Nicht klassischer wissenschaftlicher Laufbahnlorbeer, sondern die „sehr politische Dimension“ des intellektuellen Engagements wird betont (18).

Neben dieser Einführung der HerausgeberIn enthält das Buch einen analytischen Einleitungstext, sozusagen eine erste allgemeine soziologische Rahmung der Studie, von Michael Vester (21–33), in dem er sowohl die neueren Erkenntnisse der Klassen- und Milieustudien über Deutschland darstellt als auch die politischen Blicke und Wertungen, die auf „die Wiederkehr der Klassenunterschiede“ (21) treffen: bildungsbürgerliche Philanthropie für die „bedauernswerten Opfer“ und „Realismus“ der Gruppen, die das Volk mit „verwöhnten Kindern“ in der sozialen Hängematte vergleicht (21). Frappierend ist für Michael Vester dabei die Wiederbelebung der „uralten ‚hedonistischen‘ Psychologie, nach der die Menschen nur ihrem kurzfristigen Vorteil nachjagen und nicht an morgen denken“ (21). Für Michael Vester besonders relevant ist der Hinweis, dass diese gängigen Sichtweisen auf die gesellschaftliche Entwicklung von „wohl-dotierten außerwissenschaftlichen Brain-

truts“ verbreitet werden und all das „in scharfem Kontrast zu dem, was Bevölkerungswissenschaft, die Sozialwissenschaften und die internationale Bildungs – und Arbeitsmarktforschung einhellig diagnostizieren“ (22). Die vorherrschende Lehre ist für Vester weniger eine politökonomisches, denn ein „verhaltenspsychologisches Konzept“, das zwei Klassen von Menschen durch Anreize aktivieren will: Für die einen gelten „Niedriglöhne (als) der richtige Anreiz, um sie zu mehr Arbeit und tugendhaftem Lebenswandel anzuhalten“ (22). Für die anderen sind „niedrige Kosten und hohe Gewinne der Anreiz“ (22). Diese Parallele zu den klassischen Konzepten der liberalistischen Ökonomie „schon zur Zeit der industriellen Revolution“ (22) wird von Vester im Folgenden differenziert für die jüngste Geschichte und Gegenwart. Die Agenda 2010 ist quasi eine zeitgemäße Variante eines „puritanischen Tugend-Diskurs“ (24), in dem über Opferbereitschaft und Verantwortungsübernahme in Form der bekannten jüngeren sozialpolitischen Maßnahmen Wachstum und Beschäftigung ansteigen sollen. Demgegenüber stellt Vester die politische Tabuisierung der Tatsache, dass die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Ergebnis eines enormen Wachstums der Arbeitsproduktivität ist, welche „Überfluss in Überflüssigkeit“ verwandelt (25). Das Hauptaugenmerk von Vester liegt auf den Folgen dieser ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung für die Klassenstruktur. Dabei belegt er sein Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung als Produkt von Kämpfen sozialer Akteure. Im Vergleich des „enormen technologische[n] und wirtschaftliche[n] Strukturwandel[s] der frühen Bundesrepublik“ mit den heutigen gesellschaftlichen Veränderungen zeigt er, dass damals institutionelle, sozialstaatliche Sicherungen die Übergänge und Risiken begleiteten, während „die heutige Deregulie-

rung dieser Risikosicherungen [...] die Bevölkerung in einer Situation [trifft], in der erneut erhebliche Umstellungen von ihr verlangt werden“ (27). Und genau diese Situation und ihre Verarbeitung und Bearbeitung durch Menschen in spezifischen sozialen Milieus ist Gegenstand der in dem Buch versammelten Untersuchungen. Vester beschreibt die sozialstrukturelle Dreiteilung der deutschen Gesellschaft in eine privilegierte bürgerliche Oberschicht, in eine „nicht privilegierte ‚respektable‘ Arbeitnehmermitte“, deren soziale Standards stagnieren und unsicher werden sowie in die „unterprivilegierten Verlierergruppen“, die zunehmend von den „respektablem Standards der sozialen Teilhabe ausgeschlossen“ werden (28). Diese Dreiteilung wurde durch die rotgrüne Politik verfestigt und verstärkt, was er beispielhaft an Bildung fokussiert. Die neoliberale Politik drosselt die Bildungsexpansion: „Die Überproduktion an gehobenen und höheren Bildungsabschlüssen führt dabei nicht zu einer Proletarisierung der besser Ausgebildeten, sondern zu einem Verdrängungswettbewerb, in dem die Verlierer in der Regel jeweils eine Stufe tiefer in der ständischen Hierarchieleiter unterkommen. In dieser Kette sind es die untersten Glieder, die, weitgehend ohne Ressourcen an Qualifikation und sozialer Achtung, in die Verfügungsmasse der Ausgegliederten absinken“ (32). Vester resümiert das eingangs erwähnte Erkenntnisinteresse und Wissenschaftsverständnis der Forschungsgruppe, wenn er darauf hinweist, dass bei der Beschreibung und Interpretation der Biografien eben diese gesellschaftlichen Ketten sichtbar werden und „Nichtbeachtung und Nichtachtung dieser Menschen“ durchbrochen wird (32). Eine weitere theoretisch soziologische Rahmung der Gesamtstudie erfolgt im Nachwort von Franz Schultheis (575–583), indem er den gesellschaftlichen Wandel an der „ambivalenten Figur“ des Arbeiters darstellt, deren

moderne soziale Realität sich immer weniger durch Vorstellungen der „Nivellierung bzw. Entstrukturierung der gesellschaftlichen Welt“ (578) verdrängen lassen. Dieser in der jüngeren Soziologie verbreiteten These gegenüber akzentuiert er den Prozess des „Hinunterfahrens der materiellen Existenzbedingungen und Zugangschancen zu gesellschaftlichen Gütern aller Art für breiten Fraktionen der Mittel- und Unterschichten“ (578). Zu diesen Prozessen hinzu gehören die Entwicklungen der Bildungspolitik (Chancengleichheit durch Bildung und ihre Frustration) und die radikalen Veränderungen im vom modernisierten Kapitalismus erforderlichen Habitus, der im marktorientierten flexiblen „employable man“ auf den Begriff kommt (580). Für das Forschungsverständnis der GmbH-Studie ist hier der Bezug auf die von Boltanski und Chiapello analysierten Traditionen von „Künstlerkritik“ und „Sozialkritik“ am Kapitalismus bedeutsam. Erstere kann im Kern als „Frage nach der Zukunft des Menschen unter den Bedingungen bürokratischer Hörigkeit, urbaner Vermassung, mechanisierter Produktionsbedingungen und zunehmender Entfremdung“ (581) verstanden werden, letztere als eine, die von gesellschaftlichen Kollektiven und Strukturen ausgeht und nach den „gesellschaftlich ungleich verteilten Möglichkeitsbedingungen von Individualität“ fragt (581). Die Kritik „an den Hörigkeiten einer bürokratisierten vermassen Arbeitsgesellschaft“ wird heute „reflexiv und ‚produktiv‘ gewendet zu einem enormen Modernisierungs- und Rationalisierungspotenzial“ mit neuen „normativen Anforderungen an das Humankapital“, letztlich zu einer Radikalisierung der Marktlogik des Kapitalismus im „employable man“ oder Arbeitskraftunternehmer (vgl. 582). Kritik an der Herrschaftlichkeit und Funktionalität wohlfahrtsstaatlicher Strukturen werden verwandelt in die Rechtfertigung des Abbaus kollektiver Schutzräume wie

rechtlicher Garantien und sozialer Absicherung. Der Kern der aktuellen sozialen Frage, die in der Studie in verschiedenen Facetten thematisch wird liegt darin, dass der „Abbau sozialer Sicherungen und der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für eine solidarische Daseinsvorsorge [...] auf hochgradig individualisierte Individuen“ trifft (583). Ihnen fehlt zunehmend das „Sozialeigentum“ (Castel) als Basis ihrer Lebensplanung und der Habitus eines Mindestmaßes an solidarischem Schutz wird von der radikalen Marktvergesellschaftung zerrieben. Hier wird eine Entwicklung beschrieben, die von anderen Gesellschafts- und Wohlfahrtsstaatstheoretikern als Prozesse der Dekommodifizierung bzw. Rekommodifizierung der zur (ganz besonderen) Ware gewordenen menschlichen Arbeitskraft beschrieben werden.

Berthold Vogel recurriert im Vorwort zum Kapitel „Brüchige Arbeitswelt“ (37–162) ebenfalls auf Castels Geschichte der Lohnarbeit, in der dargelegt wird, wie Lohnarbeit zum „grundlegenden Ordnungsprinzip“ (37) wird. Grundlegend meint dabei, dass sich die ordnende Kraft der Lohnarbeit auf alle Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhangs bezieht, u.a. auf Staatlichkeit, moralische Aspekte und sozialen Status. Der aktuelle Wandel der Staatlichkeit zum gewährleistenden oder aktivierenden Staat wird von Berthold Vogel als beginnender „Abschied von der Sozial- und Arbeitspolitik des 20. Jahrhunderts (38) verstanden. Das wesentlich Neue dieser Staatlichkeit ist für Vogel „der Entzug sozialer Statussicherung“ – und zwar „jenseits der exkludierten Randlagen“ (38). Folgerichtig werden die Biografien und Erwerbsverläufe in diesem Buch – in denen auch die Folgen für Angehörige und Familien präsent werden als „Prekaritätsanalysen“ vorgestellt: Wie wird der Wandel der Arbeitswelt mit Veränderungen beruflicher Laufbahnen und sozialer Zusammenhänge

verknüpft? Die Beispiele aus der „brüchige[n] Arbeitswelt“ repräsentieren verschiedene Facetten der Veränderungen. Das Interview mit einer Leiharbeiterin zeigt die Hoffnung und das Interesse auf Einstiegsmöglichkeiten in dauerhafte Arbeitsverhältnisse und die soziale Abgrenzung nach unten; das Interview mit einem Taxiunternehmen und einem angestellten Taxifahrer erzählt vom Sich-Durchschlagen, von der Erbschaft als rettendem Zusatzeinkommen, vom Dazuverdienen als Kleinhändler auf einem illegalen Markt, von hedonistischen Träumen und vom Bewahren guter sozialer Nah-Beziehungen; das Interview mit der Managerin und Mutter im Hightech-Konzern berichtet vom schwer auszuhaltenden Weg beruflicher Karriere und dem Versuch, paternalistisch „Einfühlsamkeit“ zu zeigen in der alltäglichen Durchsetzung der radikalen Kunden-, Markt- und Arbeitsorientierung in der Branche; das Gespräch mit dem Bauernehepaar zeigt Folgen industrialisierter Lebensmittelproduktion für kleine Landwirte und endet mit Hoffnungen auf die Rente bzw.darauf „Am besten einen Job [zu] haben wie Sie [der interviewende Sozialwissenschaftler]“ (80); im Interview mit der arbeitslosen Friseurin stellen sich die bürokratischen und persönlichen Abhängigkeiten dar, in die der Bezug von Arbeitslosenhilfe drängt und zeigt wie die Friseurin als Mutter in familialen Abhängigkeiten gegen die Wand männlicher Normalitätsvorstellungen kämpft; das Gespräch mit einem akademischen Start-Up-Unternehmer aus der Biotechnologie entführt in eine Welt, in der die völlig Verausgabung als Unternehmer zum Lebenssinn wird und dann die Ökonomie der Branche den beruflichen Lebensweg und die Vorstellung von Autonomie zerstört; das Interview mit der Verkäuferin beim Discounter berichtet von der Alltagsorganisation von Familien- und Arbeitsleben, den Konflikten und Spannungen

durch betriebs- und konzerninterne Umstrukturierungen, von Gratisarbeit, ohne die solche Discounter nicht so funktionieren könnten wie sie funktionieren, von der latenten Angst um den Arbeitsplatz und vom Stress mit den KundInnen (ein zeitnaher Einkauf bei welchem Großdiscounter auch immer im Anschluss an die Lektüre des Textes sei als Selbstversuch empfohlen, WV); der Bericht des „Postlers“ thematisiert die Frage von sozialer Gerechtigkeit im Wandel von der Bundespost zur Post-AG; das Interview mit einem prekären Jobber im nördlichen Ruhrgebiet spiegelt den Strukturwandel in Gestalt einer „Arbeitsbiografie“ als „zugleich eine Arbeitslosenbiografie“, in der der Wunsch nach Anerkennung über Arbeit die Ansprüche an Arbeit immer weiter sinken lässt; eine andere Form der Deklassierungsgefahr ist nachlesbar im Gespräch mit dem Arbeitsschutzexperten aus Berlin, dessen Kampf gegen gefährliche und unzumutbare Arbeitsverhältnisse auf hauptstädtischen Großbaustellen ihn politisch mehr und mehr ausgrenzten; wie engagierte Führungskräfte in Sparkassen in permanente Überforderung und Krankheit geraten können durch wirtschaftliche und organisatorische Umstellungen in der Sparkasse, berichtet das Interview mit einem Sparkassenleiter; das Gespräch mit einer Mitarbeiterin eines Sozialamtes schließlich zeigt die Veränderung von Arbeitsbeziehungen durch Einführung neuer Managementmethoden im öffentlichen Dienst, zeigt Ohnmachtsgefühle gegenüber den Rahmen und Budget setzenden Politikern und erzählt von der Entstehung von Ressentiments gegenüber den Sozialhilfeberechtigten aus dem Arbeitsalltag. All diese Interviews machen anschaulich, wie Unterwerfung und Herrschaft in der Arbeitswelt über Politiken der Angst und der Konkurrenz als auch positiv bewerteter Lebensstil funktioniert bzw. wahrgenommen wird. All diese Interviews

beschreiben auch anschaulich, wie Handlungsspielräume – individuelle wie politische – in der jeweiligen Biografie von wem eröffnet oder beschränkt sind.

Das zweite Kapitel des Bandes bietet Erfahrungen aus den gesellschaftlichen Umbrüchen in Ostdeutschland seit 1990 („Zeugnisse des Umbruchs“ 165–266). Der Zerfall realsozialistischer Verhältnisse und die darauf aufbauende ökonomische Entwicklung wird von Michael Hofmann, Olaf Groh-Samberg, Carsten Keller und Berthold Vogel mit einer theoretischen Reflexion erläutert. Diese Entwicklung bringt für den Osten der Republik eine Dynamik neuer Ungleichheiten mit sich. Die mehrheitlich registrierbare soziale Abwärtsmobilität wird in der Studie nicht als „steiler Absturz von der Drehbank in die Obdachlosigkeit, sondern als Herabstufung um eine soziale Position“ interpretiert (166). Diese Herabstufung führt dazu, dass „die unteren sozialen bzw. beruflichen Positionen“ den letzten Halt verlieren (166). Dabei wird von den Autoren der Forschungsgruppe besonders auf die Positions- und Integrationskonflikte zwischen qualifiziertem Arbeitermilieu und proletarischen Rand- und Unterschichten verwiesen (167). War die Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes im Osten anfangs noch mit größerer Teilhabe an Wohlstand und Konsummöglichkeiten in Relation zu DDR-Möglichkeiten verknüpft, so macht der „Resonanzboden“ (168) eines beschleunigten sozialen Wandels „Gefühle sozialer Unterlegenheit“ (168) gegenüber denen, die mithalten können, zum wesentlichen Bewusstseinszustand der „Prekären“ und „Langzeitarbeitslosen“ (170). Mit diesen Begriffen werden die hauptsächlichlichen Opfer des „Ausdifferenzierungsprozesses“ im Osten beschrieben (170). Zwischen diesen Gruppen, die dort zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, gibt es keinen wahrnehmbaren Bezug in Richtung gemeinsamen politischen Handelns. Aus Sicht des

Rezensenten könnten die im Sommer 2004 vorübergehend aufbrechenden Proteste gegen Hartz IV eine solche Gemeinsamkeit gewesen sein. Diese Bevölkerungsgruppen werden zu stigmatisierten Klienten autoritärer staatlicher Politik: „Der Staat prägt – als helfender und disziplinierender Sozialstaat wie als Sachwalter und Monopolist des symbolischen Kapitals – die Fraktionierungen und Segmentierungen der Unterschichten. Er verwandelt eine primär klassenspezifisch strukturierte Armut, deren Kennzeichen vor allem das Festhalten größerer Berufsgruppen in untergeordneten Positionen des Bildungs- und Berufssystems ist, in eine scheinbar heterogene Vielfalt von Armutgruppen“ (171). So wird die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland als „in hohem Maße staatsabhängig“ charakterisiert (171/172), und zwar sowohl bei privaten und öffentlichen Haushalten wie auch bei Betrieben aller Größenklassen. Die Interviews in diesem Kapitel thematisieren Umbruchserfahrungen aus Sicht von Jugendlichen, zwei älteren Arbeitslosen, einer Psychiaterin, eines arbeitslosen Sozialwissenschaftlers, einem Tunnelbauer, einer Familienfrau die nach der Flucht in ihren alten Heimatort zurückgekehrt ist und ein von Obdachlosigkeit bedrohten Arbeitslosen im Plattenbau kurz vor dem Abriss.

Unter der Überschrift „Weichenstellungen“ werden (269–371) Interviews vorgestellt und interpretiert, die sich den Themen Familie und Bildung widmen. Elisabeth Timm und Andrea Lange-Vester sehen damit in dem Band „zwei zentrale Themen der Ungleichheitsforschung“ angesprochen (269), nämlich Klasse und Geschlecht. Besonders im Leben mit Kindern und in der Teilhabe an Bildung erscheinen gesellschaftliche Zumutungen als Ausdruck privater Lebenswege und Lebensweisen. Schließlich gilt beim Zugang zur Bildung eine „rechtliche Egalität“ und das Leben mit Kindern wird durch

staatliche Familienförderung unterstützt (269), weshalb – so ließe sich diese Aussage interpretieren – eine strukturelle Neigung besteht, Ungleichheiten in diesen Gebieten der Ebene privat getroffener Entscheidungen und Präferenzen zuzurechnen. In ihrer soziologischen Rahmung legen die beiden Autorinnen dar, wie Familie trotz gewisser Modernisierungsprozesse eine „Frauensache“ bleibt (269). Der deutschen Familienpolitik wird attestiert, dass sie „wesentliche Elemente der Vergesellschaftung im Privaten“ belässt (270) und auf diese Weise vorhandene soziale Ungleichheit der „strukturbildenden Kraft der Herkunftsfamilie“ überlässt (270). Frauen, die erwerbstätig sein wollen oder die es aufgrund der ökonomischen Lage der Familie sein müssen, sehen sich mit einer paradoxen Situation konfrontiert. Einerseits werden „Selbstverwirklichungsideale und Autonomiebestrebungen“ gefordert (270), andererseits sind traditionelle Familienbilder im Alltag dominant und es gibt unzulängliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie an traditionellen Normalitäten orientierte sozialpolitische Regelungen. Diese Konstellation bringt verschiedene Belastungen hervor, die als „nach innen gewendeter gesellschaftlicher Widerspruch“ begriffen werden können (271). Bei den „Selbstdeutungen der Betroffenen“ finden sich so häufig „populäre Handlungstheorien“ zur Erklärung der eigenen Lage: „Man ist nicht nur seines Glückes, sondern auch seines Unglückes Schmied“ (271). Als weitere strukturbildende Institutionen neben der Familie sind die Bildungsinstitutionen Gegenstand der soziologischen Rahmung der „Weichenstellungen“. Die Autorinnen konstatieren hier, dass die „verborgenen Formen, in denen ungleiche Bildungschancen heute zum Ausdruck kommen“ (272) sich kaum von der Situation vor den Reformen der 1960er Jahre unterscheidet, zumindest wenn man die soziale Herkunft der Studierenden und

das Verhältnis von sozialer Herkunft und „Reputation“ und „zu erwartenden Gewinn“ des gewählten Studiums betrachtet (272). Von Elisabeth Timm und Andrea Lange-Vester werden „zwei Probleme sozialer Art“ besonders betont, die „auf der kulturellen Verschiedenartigkeit und der unterschiedlichen Anerkennung der sozialen Milieus und ihrer Bildungsbegriffe“ beruhen (273). Dadurch, dass die vorherrschende Pädagogik diese Differenzen nicht berücksichtigt, werden Bildungsbarrieren für bestimmte Milieus aufgebaut. Ein solcher soziologischer Blick unterscheidet sich wohltuend von der inzwischen im öffentlichen wie in fachlichen Diskurs gängigen einfachen Rede von „bildungsfernen“ und „bildungsnahen“ Schichten, reflektiert er doch die Hierarchie der Wertigkeiten von Habitus und Bildungsvorstellungen in unterschiedlichen sozialen Lagen. Als bildungspolitische Folgerung verweisen die Autorinnen auf Bourdieus „Rationale Pädagogik“, der es um die Entwicklung von „Techniken und Bildungsstrategien“ geht, die „den unterschiedlichen Milieus“ entgegenkommen (274). Die Thematisierung von Bildung in diesem Band verstehen die Autorinnen jedenfalls als Beitrag zur Offenlegung der jeweiligen Perspektiven auf Bildung „als Ausdruck von gesellschaftlichen Positionierungen und damit deren Standortgebundenheit“ (274).

Die Interviews in diesem Kapitel sind geführt worden mit zwei „allein erziehenden Bildungsaufsteigerinnen“, mit dem Schulleiter eines Gymnasiums, mit fünf HauptschülerInnen, mit einer Literaturwissenschaftlerin, einer Frau, die eine Vollzeitpflegestelle betreibt, zwei Hauptschulleitern, einer Grundschullehrerin, einem ehemaligen Hauptschüler in Ausbildung. Vorgestellt wird auch eine Studierendenbefragung an der Uni Hannover.

Im Anschluss an Familie und Bildung widmet sich der Band dem Bereich der „Sinn-

stiftung und Kulturproduktion“ (372–445). In der Einführung zu der in diesem Kapitel versammelten Interviews erinnert Franz Schultheis an die historische Entwicklung in diesem gesellschaftlich bedeutsamen Feld, das quasi die gesellschaftlich erlaubte und geduldete Aktivität – unter dem Slogan des zweckfreien Tuns und der Selbstverwirklichung – in Opposition gegen den „Habitus des stumpfen Arbeitnehmers im ehernen Gehäuse bürokratischer Hörigkeit“ darstellt (376). Schultheis konstatiert einerseits die wachsende Bedeutung von Kultur als „bevorzugtes Konsumgut“ und andererseits die Demokratisierung der Kulturproduktion, die das Risiko des künstlerischen Scheiterns ebenso erhöht wie das Risiko einer dauerhaften prekären Existenz (vgl. 376/377). Letztere prekäre Perspektive („auf hohem Niveau“, 375) wirkt vor allem auf die mit formalen Qualifikationen und Abschlüssen ausgestatteten jungen Menschen, denen aktuell keine Zugänge zu entsprechenden Positionen zur Verfügung stehen. Hier sieht Franz Schultheis die Entwicklung einer prototypischen Existenzform bzw. Lebensführung, die am ehesten der sozialen Leitfigur des Arbeitskraftunternehmers entspricht – „mit all seinen Widersprüchen: elitäres Pathos und Distinktionsgebaren hier, alltägliches Leiden unter wachsendem Leistungsdruck, mangelnde Perspektiven, immer auf neue enttäuschte Hoffnungen dort“ oder sozioanalytisch gesprochen, eine Kombination von „situationsspezifischer Not“ und „positionsspezifischem Elend“ (378). Als InterviewpartnerInnen werden KulturproduzentInnen vorgestellt, die „Überlebenskunst in einer Kultur der Selbstverwertung“ betreiben (422f).

Die Frage enttäuschter Hoffnungen sind aus Sicht von Kristina Schulz auch das Thema der Interviews mit den SinnstifterInnen vom Typus politischer AktivistInnen in diesem Kapitel. In den Interviews mit einem

Pastor, einer Grünen-Politikerin, einer Frauenbeauftragten und der Leiterin einer Fraueneinrichtung werden für Kristina Schulz die Leidensquellen der „Sinnstifter im Sozialen“ deutlich (380): die Angst, die eigenen Werte zu verraten; das Scheitern am eigenen Erfolg. In jedem Fall ist es „fatal“ für sie, die „Sinnfrage reflexiv gegen sich selbst zu wenden“ (379). Dazu gesellt sich noch als weitere Dimension die Erfahrung des persönlichen und sozialen Alterns. Da es jedoch eine wachsende Zahl sozial und politisch engagierter junger Menschen gibt, interpretiert Kristina Schulz die „Misere der Sinnstifter“ auch als „Misere einer bestimmten Generation“ (381). Die einen privatisieren sich und die anderen versuchen eine „biografische Konversion“ in jungen sozialen Bewegungen (381).

Vollkommen unvollkommen wäre eine Sozioanalyse, würde sie nicht die „Randlagen“ der Gesellschaft einbeziehen. Diese sind gekennzeichnet – so Anja Weiß, Alessandro Pelizzari und Kristina Mau in ihrem Einführungstext – „durch beschränkte Zugangsmöglichkeiten zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten materiellen und symbolischen Gütern“ (449). Vollkommen unzulänglich wäre eine Sozioanalyse allerdings auch, würde sie soziale Randlagen aus sich selbst heraus erklären wollen und sie nicht in Relation sehen zu dem, was als Zentrum, als Normalität gilt. Die im Kapitel „Jenseits der Mitte“ zusammengestellten Gespräche handeln von denen, „die nicht mit den gesellschaftlichen Leittypen übereinstimmen“ (450). In den Gesprächen wird nicht nur deutlich, wie stark ihre Leitbilder und Werteorientierungen sich an den herrschenden orientieren, sondern es wird auch deutlich, dass „das Recht auf ein eigenes Leben gerade peripheren Gruppen verweigert wird“ (450). Weiß, Pelizzari und Mau erinnern in diesem Zusammenhang an Bourdieus Logik des symbolischen Tauschs, über die soziale Gruppen

negative Zuschreibungen über sich sowie die mit ihrer Stellung verbundenen Benachteiligungen rechtlicher und institutioneller Art übernehmen und ihre Unterordnung in der Randlage als quasi natürliche ansehen (vgl. 450). Im Rahmen dieser „symbolischen Gewalt“ zeigt sich, wie „Zugangschancen und deren Legitimität“ soziale Marginalisierung beeinflussen können (451). Als Beispiele dafür treten in den Interviews Kinder von Sozialhilfeberechtigten und MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt auf. Dass soziale Randlagen auch von weiteren, z.B. räumlichen, geografischen Lagen überlagert sein können, wird von den AutorInnen ebenso in den Blick genommen wie die Rolle der Produzenten von Randständigkeit: Markt und Staat in Form der Entwicklung und Regulierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsmärkten, in Form von Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Förderung von Niedriglohnbeschäftigung (452/453). Die Interviews mit Menschen in verschiedenen Randlagen sind ein Versuch, das von Brecht so genannte „Dunkel“ (454), in dem sie sich befinden zu erhellen: „Sie kommen im öffentlichen Diskurs nicht vor [bzw. wenn, dann im Rahmen von Beschämungskampagnen oder Wohltätigkeitskampagnen, WV], und in der Dunkelheit werden sie sich leicht selbst fremd. Selbst wenn sie sprechen, wenn man über sie schreibt, werden sie eher verkannt als erkannt. Denn auch die Gesprächspartner sind nicht frei von den Maßstäben der Zentren, welche die Marginalen von vornherein als minderwertig erscheinen lassen“ (455). Die Interviews „Jenseits der Mitte“ wurden geführt mit einer 78-jährigen Rentnerin, mit BewohnerInnen aus einem strukturschwachen Gebiet an der Grenze zur Schweiz, einem hochmobilen jungen ostdeutschen Mann, einer Aussiedlerfamilie, einem „Russen vom Bau“ mit akademischer Bildung, einem behinderten Menschen, einer lesbi-

sehen Frau, einem 64-jährigen Insassen in der Sicherungsverwahrung, einer illegalen Haushaltshilfe, einer Sozialhilfeempfängerin und einer Asylsuchenden.

Ein Blick auf die sozialen Fragen der modernen kapitalistischen Gesellschaft, der sie nicht mit den dominanten Prinzipien der Vergesellschaftung in Verbindung setzt, bleibt unzulänglich. Das vorliegende Buch ist ein sehr gelungener Beitrag, diese Unzulänglichkeiten zu überwinden. Wer in den Interviews oder in den analytischen Einführungen, Rahmungen, Vor- und Nachworten eine positiv (sozial)politische Programmatik erwartet, die aus den lebendigen Erfahrungen des Bandes quasi abgeleitet würde, wird richtigerweise enttäuscht. Der Band kann aber einen Reichtum an Lebenslagen bieten, in denen die sozialen Fragen ganz konkret gestellt werden. Was könnte das politisch Allgemeine sein, dass auf diese Fragen Antworten will? Welche materielle und institutionelle Basis bzw. Infrastruktur für ein Leben in eigener Kontrolle und Selbstsicherheit sollte auf Grundlage welcher politischen Entscheidungsprozesse organisiert werden? Gibt es für manche der hier gestellten Fragen gar keine Antwort im Sinne klassischen politischen Handelns? Wie sähe dies denn aus z.B. für das von den HauptschülerInnen wahrgenommene Phänomen der Missachtung durch die Lehrer (303 f)? Alles schöne Aufgaben für die politische Diskussion, die ja schon weiß, dass die hegemoniale Antwort der Modernisierung darin besteht, eine an – je nach Lebenslage unterschiedliche – Gegenleistungen gebundene Minimalabsicherung staatlich zu gewähren und ansonsten zu privater Risikoversorge und wohlützig-zivilem Bürgerengagement aufzurufen. Solche Programmatiken bleiben Zumutungen, mit

denen nicht nur die in diesem Band zu Wort gekommenen sich abkämpfen müssen. Solche Programmatiken halten die so erzeugten und bewahrten sozialen Ungleichheiten für gerecht. Solche Programmatiken setzen die gegenwärtige Entwicklung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeiten als ökonomischen Sachzwang und verbieten sich Fragen nach Alternativen dazu. Nach der Erfahrung des Rezensenten ist es allerdings ein frommer Wunsch zu glauben, die politische Diskussion im großen Ganzen ließe sich von „Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag“ leiten, gehört es doch mittlerweile zum guten Ton, solches als Jammerei, Larmoyanz, Blockiertheit und Unbeweglichkeit von Gestrigen zu diffamieren und gleichzeitig z.B. noch mehr Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Selbstvermarktung zu predigen oder z.B. den Begriff der „Verwahrlosung“ unbedenklich zur Beschreibung der Lebenswirklichkeit unterer Soziallagen zu verwenden. Darin drückt sich das Gegenteil dessen aus, was die im vorgestellten Band versammelten Wissenschaftlerinnen kennzeichnet: die Achtung der Würde derer, mit denen sie forschen.

Anmerkung

- 1 Diese trockene Losung soll Pierre Bourdieu seinen Mitarbeitern auf die Merkzettel geschrieben haben (9).

Wolfgang Völker
 Hellkamp 39
 20255 Hamburg
 wvoelker-hamburg@t-online.de

Prekäre Arbeit, Geld und Glück

*WIDERSPRUCH, Beiträge zu
sozialistischer Politik.*

Heft 49, 25. Jg., 2. Hlbj. 2005:

„Prekäre Arbeitsgesellschaft“;

ISSN 1420-0945, 232 S., 16 Euro

Das Heft 49 des WIDERSPRUCH versammelt Texte, die „von sozialwissenschaftlicher, feministischer und gewerkschaftlicher Seite“ sich dem Phänomen nähern, dass „prekäre Arbeitsverhältnisse“ die „Grundmechanismen der Arbeitsgesellschaft von innen her in Frage“ stellen. Gleichzeitig will die Redaktion „Konzepte neuer Arbeitspolitiken und sozialer Gerechtigkeit vorlegen“ (Editorial). Es sind insgesamt dreizehn Aufsätze, die sich diesem Themenspektrum widmen. Der kleinere Teil der Texte behandelt Fragen der Definition der Begrifflichkeiten wie Prekarität, soziale Ungleichheit und soziale Ausgrenzung. Mehrheitlich widmen sich die Texte Fragen der politischen Regulation von verschiedenen Formen von Arbeitsverhältnissen, besonders auch denen, die Erwerbslosen im Rahmen aktivierender staatlicher Strategien abverlangt werden. Alle Texte stellen die Frage nach einer Politik auch aus der Perspektive gegen die herrschenden Zumutungen. Klaus Dörre formuliert in seinem Artikel „Entsicherte Arbeitsgesellschaft“ (5–18) Kernelemente einer Politik der Entprekarisierung. Dabei geht er davon aus, dass die subjektiven Verarbeitungsformen der sich ausbreitenden Unsicherheiten und sozialen Verwundbarkeiten in die Analyse einbezogen werden müssen, will man die Entwicklung angemessen erfassen. Mit diesem Anspruch stellt die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Ausbreitung und Verarbeitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse vor. Hintergrund der Studie ist

die von Robert Castel vertretene These, dass die Ursachen für die „Rückkehr der Unsicherheit in die reichen Gesellschaften des Westens“ in den Zentren dieser Gesellschaften angesiedelt ist, sprich in den Veränderungen der Lohnarbeitsverhältnisse (5). Dörre beschreibt eine Typologie unterschiedlicher Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit in den von Castel konstatierten Zonen der Integration, Prekarität und Entkopplung. Für die Verarbeitung der jeweiligen Erwerbslage ist die „vertragliche Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses [...] von entscheidender Bedeutung“ (6), denn sie bestimmt die Möglichkeit der Zukunftsplanung und bestimmt den „sozialen Abstand zur angestrebten Normalität“ (7). Die Typologie Dörres liefert ein differenziertes Bild prekärer Beschäftigung und ihrer Verarbeitung und zeigt die Heterogenität der mit dem Begriff „prekäre“ versehenen sozialen Lagen vom „Selbstmanager“ über die Menschen in der „Schwebelage“ bis zu den „Abgehängten“. Zusammenfassend interpretiert Dörre Prekarität als Zeichen für die Zunahme marktförmiger Disziplinierungsmechanismen und bescheinigt ihr eine desintegrierende und zugleich integrierend-disziplinierende Kraft. Weil kritische arbeitspolitische Interventionen im Bereich „schlechter Arbeit“, im Bereich relativ gesicherter Arbeit und im Bereich moderner Projektarbeit auf Grenzen stoßen, will Dörre Anstöße für eine „Politik der Entprekarisierung“ geben, die „nicht nur für sondern auch mit den prekär Beschäftigten zu entwickeln“ ist (14). Eine derartige Politik hat für ihn mindestens vier Ansatzpunkte: eine „offensive Beteiligungs politik“ der Gewerkschaften, ein gesetzlicher Mindestlohn, neue Aktivitäten im Sinne eines „Organizing“ von prekär Beschäftigten Gruppen in Kooperation mit lokalen sozialen und politischen Akteuren und die „Schaffung eines gesellschaftlichen Aktivitätsstatus“, in dem die „Entkoppel-

ten“ die Möglichkeit haben, sich auf gesicherten Basis und ohne aktivierende Belagerung und Bevormundung eine Zeit lang „einer frei gewählten Tätigkeit zu widmen“ (16). Diese Ansatzpunkte können als Versuch gelesen werden, angesichts der unterschiedlichen Qualitäten und Verarbeitungen der Politik der sozialen Verunsicherung verallgemeinerbare Gegenperspektiven zu formulieren. Zu diesen Argumentationen kann der Beitrag von F.O. Wolf (105–113) über die „Schwierigkeiten einer neuer Politik der Arbeit“ ergänzend gelesen werden, denn auch hier wird die Frage gestellt, wie ausgehend von den realexistierenden Ausbeutungsverhältnissen Praktiken der Durchbrechung des „neoliberalen Politikverbots“ möglich sind. Über die Lage der Entkoppelten und die sozialstaatliche Bearbeitung dieser Gruppe liefert der Beitrag von Eva Nadai wichtige Informationen und Argumente. Sie stellt dar, wie „Der Kategorische Imperativ der Arbeit“ (19–27) als wesentliches Merkmal der Armenfürsorge in seiner modernen Variante gestaltet ist. Sie beschreibt die Entwicklung von Aktivierungspolitiken in der schweizerischen Sozialhilfe und in der Arbeitslosenversicherung. Sozialhilfe ist inzwischen fest mit dem „Reziprozitätsprinzip“ verbunden und wird als „Vorleistung der Gesellschaft“ betrachtet, für die eine Gegenleistung zu erbringen ist. Die Schweiz ist hier der Großen Koalition in Deutschland schon einen Schritt voraus, indem nach neuesten Richtlinien der Grundbedarf für alle gekürzt und „durch verhaltensabhängige Zusatzzahlungen“ ergänzt wird (21). In der Arbeitslosenversicherung ist das Aktivierungsprinzip schon länger eingeführt und die Arbeitslosen sind zur Teilnahme an diversen Integrationsangeboten verpflichtet. In anderen Texten dieses Heftes von Kurt Wyss (73–84) und Andreas Rieger (85–94) werden die Schweizer Verhältnisse der Sozialhilfe und Arbeits(markt)politik noch detaillier

ter verdeutlicht. In ihrem Artikel bezieht sich Eva Nadai auf ein Forschungsprojekt im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms „Integration und Abschluss“. Leitfrage des Projektes war „Was wird den teilnehmenden von Beschäftigungsprogrammen eigentlich vermittelt?“ (22). Das kompakte Ergebnis lautet „Arbeit an sich“ und Praktizierung einer „Simulation des Arbeitsmarktes“ (22). Bei den Arbeitslosen in den Übungsfirmen und anderen Programmen findet sich das massive Gefühl „für nichts zu arbeiten und nichts zu lernen“ genauso wie die Akzeptanz der Situation als stressfreie Alternative zum harten Arbeitsmarkt. Eine wichtige Feststellung der Studie ist die Interpretation der Maßnahmen als Konformitätstest, vor allem wenn auf vorhandene persönliche und soziale Belastungen der Teilnehmenden nicht eingegangen wird: „Der wichtigste (oft einzige) Nutzen, den die Teilnehmenden dem Programm zugestehen, ist genau dieser Nachweis, dass sie trotz Arbeitslosigkeit ‚normal‘ funktionieren und arbeitsmarktauglich sind“ (23). Als weiterer Beitrag zur Normkonformität wird die Bewerbungsunterstützung betrachtet, in der als versteckte Botschaft die der „Arbeit am Selbst“ und der „Vermarktung des Selbst“ aufscheint (23). Eva Nadai weist zu Recht auf die Paradoxie hin, dass mit dem Diskurs der Selbst-Vermarktung Möglichkeiten versprochen werden, die sowohl „den sozialen Hintergrund und die Optionen“ der meisten Arbeitslosen verfehlen als auch den „harten Zumutbarkeitsregelungen“ der Arbeitslosenversicherung widersprechen (23). Die Forschungsergebnisse können noch weitere Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten benennen, die für die Diskussion um Aktivierungsstrategien bedeutsam sind. Vordergründig auf einem Vertragsmodell basierend, sind die KlientInnen von Aktivierungspolitiken in einer abhängigen Rolle, das Ziel der Ablösung aus dem Sozialhilfe- oder Arbeitslosig-

keitsstatus um jeden Preis steht fest und ist nicht Gegenstand einer Aushandlung: „scheitern kann nur die Klientin“ und die propagierte Selbstverantwortung existiert nicht, da die Angebote nicht abgelehnt werden können. Einen weiteren Beitrag zum aktiven Scheitern liefert die Tatsache, dass die Programme sich nicht an den individuellen Bedürfnissen der Sozialhilfebeziehenden oder Arbeitslosen orientieren (vgl. 25). Als „paradoxe Prämisse“ wird von der Autorin auch die Tatsache bezeichnet, dass solche Politiken die „aktiven und handlungsfähigen Subjekte“ voraussetzen, „die durch die Maßnahmen erst hervorgebracht werden sollen“ (26). Diese Ergebnisse können gelesen werden als Beleg, dass die neoliberale Freiheitsrhetorik gegen expertokratische sozialstaatliche Bevormundung bei einem praktischen Programm landet, das paternalistisch-autoritär ist und die soziale Verwundbarkeit von Arbeitslosen erhöht. Die daraus abgeleitete Forderung u.a. nach „echten Wahlmöglichkeiten und ein Mitspracherecht in Bezug auf die Ziele und Mittel der Integration“ (26) ist völlig richtig, das Festhalten der Autorin an einer „Aktivierung“ von Arbeitslosen „mit ihnen und für sie“ (26) ist diskussionsbedürftig. Die Betrachtung von Aktivierungspolitiken wird im Beitrag von Roland Atzmüller fortgesetzt. Am Beispiel Großbritanniens: „Nach der neoliberalen Revolution,“ (29–39) analysiert er „welfare-to-work“- und „workfare“-Strategien als Baustein bei der Entwicklung neuer staatlicher Praktiken und Institutionen, die „über den Neoliberalismus hinausgehen und Vorstellungen einer inklusiven Gesellschaft, die allen faire Chancen bietet, mit den Imperativen einer globalisierten Ökonomie zu einem tragfähigen postfordistischen Entwicklungsmodell verbinden will. Soziale Inklusion und Chancengleichheit werden auf die individuelle Beteiligung am Arbeitsmarkt und im Wettbewerb reduziert“ (30). Work-

fare-Strategien sind für den Autor „regulatorische Strategien“ für die Mitkonstitution „postfordistischer Arbeitsmärkte“ (30f). Kennzeichen dieser Regulation ist die weitere Umarbeitung von Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem und der Umbau des Staates. Die von Atzmüller genannten Elemente dieses Umbaus wie Veränderung des Verhältnisses von Zentralstaat und föderalem bzw. kommunalem Staat, die Öffnung der Programme für konkurrierende (private) Wettbewerber lesen sich wie eine Beschreibung dessen, was im Rahmen der jüngeren Arbeitsmarktreformen in Deutschland wahrnehmbar ist. Für das postfordistische Regulationsprojekt wichtig ist die systematische Entpolitisierung sozialer Konflikte durch diese beiden Prozesse (31 f). Als weitere Charakteristika dieser Regulation interpretiert der Autor die Reduktion klassischer Sozialpolitik auf Armutsvermeidung, die Stärkung der Erwerbszentrierung der sozialen Sicherung durch „In-work-benefits“, d.h. staatliche Zuschüsse für bestimmte Gruppen und Familienkonstellationen von Arbeitenden. Die politischen Adressaten dieser Politik sind einerseits die Mittelklasse, der sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft, effizientere öffentliche Dienste und auf harter Arbeit beruhender Wohlstand und Disziplinierung der „underclass“ versprochen wird. Andererseits die unteren Schichten selber, denen workfare-Programme als Integrationskanal – verbindlich – angeboten werden. Dieser Text bietet auch einen guten Überblick über die Details der Politik von New Labour, die nicht zuletzt in der Perspektive der deutschen Großen Koalition interessant sind, enthalten sie doch Konzepte, die auch hierzulande kompromissfähig sind: Mindestlohn, steuerfinanzierte Zuschüsse für Gruppen von GeringverdienerInnen und am Prinzip von „work first“ orientierte Programme für junge wie erwachsene Langzeitarbeitslose. Die hier angeschnittene Frage

von sozialem Ausschluss und sozialer Inklusion wird als theoretische Frage der soziologischen Ungleichheitsforschung als auch im Sinne einer Frage sozialpolitischer Perspektiven von Ueli Mäder auf den Seiten 95–104 in einem sehr informativen und die Fallstricke des Exklusionsbegriffs aufweisenden Beitrag behandelt. Am Beispiel der Tax-Credits in der Politik von New Labour zeigt Atzmüller, dass aktivierende sozialstaatliche Strategien im Anspruch „eine neue Aufgabenteilung von Staat und Gesellschaft zu etablieren“ (41) auch Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis haben. Diesem Thema widmet sich Gabriele Michalitsch in ihrem Text zum „Geschlechter-Regime durch Arbeit“ (41–48). Ihre These ist, dass workfare-Strategien und Strategien der Deregulierung von Arbeit eine „Retraditionalisierung“ von Geschlechterverhältnissen beinhalten (43). Sie beschreibt – am Beispiel Österreichs – die Geschlechterdisparitäten im Arbeitsmarkt, bei Einkommen und in der sozialen Sicherung. Sie zeigt, wie Aktivierung in Erwerbstätigkeit die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung voraussetzt und negiert, gleichzeitig aber die reproduktiven und anderen gesellschaftlich notwendigen unbezahlten Arbeiten in den Fokus nimmt. Zu denken wäre an die Förderung von Freiwilligenengagement und an die vorgebliche Erhöhung der Wahlmöglichkeiten zwischen Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit durch z.B. Kinderbetreuungsgeld (44 f). Diese Transferzahlung soll fehlende öffentliche Erziehungsangebote ersetzen, stützt aufgrund seiner Ausgestaltung die traditionelle Rollenteilung, forciert Exklusionseffekte vom Arbeitsmarkt für Frauen, die es nutzen und fördert die „Ausweitung von sozial ungesicherter, vorrangig weiblicher Niedriglohnarbeit im informellen Sektor“ (45). Die ja auch an die private Lebensführung gerichteten Postulate der „Selbstverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wahl-

freiheit“ entsprechen nach Michalitsch einem „mit Markt und Männlichkeit“ verknüpften „unternehmerischen und konkurrenzziellen“ Subjekt und folgen „einer geschlechtlich gespaltenen Regierung“ von bezahlter und unbezahlter Arbeit (46). Weitere Aspekte von aktivierenden arbeits (markt)- und sozialpolitischen Strategien werden von Alexandra Rau (49–60) und Franz Segbers entfaltet. Alexandra Rau unternimmt in „Psychopolitik als Regierungsweise“ den Versuch, zu verstehen, wie die Unterwerfung unter moderne Arbeitsregimes funktioniert. Sie kritisiert dabei Argumentationen, die nur auf Zwang und Repression abheben, indem sie moderne Arbeitsverhältnisse als geprägt von einem „Typus von Macht“ beschreibt, „der durch eine Adressierung von Subjektpotenzialen operiert und sich durch eine merkwürdige Gleichzeitigkeit von mehr Spielräumen und umfassender Vereinnahmung auszeichnet“ (52). In ihrem Text werden Leserin und Leser mit dem jüngsten Stand der Diskussion um Subjektivierung der Arbeit versorgt, erweitert um die Bedeutung von Selbstführungsstrategien für die Sicherung des „gesellschaftlichen Ganzen“. Der von Rau konstatierte politische „Zwang zu einem souveränen Selbst“ wird von ihr als entscheidendes, gelingendes Leben versprechendes Mittel der Zustimmung zur Unterwerfung gesehen. Es wäre dagegen zu fragen, ob und wen dieser Zwang betören kann angesichts der ja nicht nur im vorliegenden Heft beschriebenen grassierenden Unsicherheiten, und ob dieser Zwang nicht mehr – gerade auch psychisch – verstört denn betört. Für die sozialpolitische wie sozialpädagogische Diskussion bedeutsam sind Raus Hinweise darauf, dass die psychopolitischen „hegemonialen Anrufungen“ als Versuche begriffen werden müssen, mit der Mobilisierung von Selbsthilfe und Selbstsorge Sozialstaat machen zu wollen, dass sie nicht für alle gleich sind und das

Repression im traditionellen Sinn sich vor allem dort zeigt, wo Aktivierung scheitert. Der Text von Segbers „Arbeit unter Zwang“ stellt einen sehr gelungenen Beitrag für die bundesdeutsche Diskussion aktivierender Arbeitsmarktpolitik dar und belegt die Aussagen der ungleichen Verteilung der analysierten Subjektivierungen. Segbers konzentriert sich auf die mit Hartz IV geschaffenen „Arbeiten für das öffentliche Interesse“ in Form der Ein-Euro-Jobs und der dazugehörigen Zwangs- und Druckmittel. Er bewertet diese Jobs als „Instrument, reguläre Arbeit zu verdrängen“ und bescheinigt der aktivierenden Sozialpolitik, die Erwerbsarbeitszentrierung und die damit verbundene Vorstellung von Arbeit „als Zentrum der eigenen und gesellschaftlichen Identität“ auf die Spitze zu treiben (66). Er kritisiert auch die Politik der Wohlfahrtsverbände, die sich trotz von ihnen zu Beginn der Hartz-Reformen vertretenen Kritik an Workfare-Strategien, nun haben einbinden lassen: „Mit dieser Einbindung haben sie jedoch zudem jenen Entwicklungspfad verstärkt, der ihre soziale Arbeit insgesamt finanziell unter Druck setzt“ (67). Die von ihm vorgeschlagene Alternative verlässt den politischen Rahmen der Aktivierung und setzt auf Umverteilung von Mittel in den Dritten Sektor und personennahe Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, um die dort nötigen Erwerbsarbeiten als reguläre existenzsichernde Arbeitsverhältnisse auszuweiten. Die Frage der Alternativen zur herrschenden sozialstaatlichen und politischen Reaktion auf Umbrüche der gesellschaftlichen Arbeit findet sich auch in den drei Texten wieder, die sich mit der Diskussion um ein bedingungslosen Grundeinkommen auseinander setzen. Der Einbezug dieser Debatte in ein Heft zur prekären Arbeitsgesellschaft ist nahe liegend, wird diese Forderung doch häufig als die politische Verallgemeinerung von Interessens-

lagen in prekarierten Arbeits- und Lebenswelten verstanden. In den Texten von Gisela Notz (115–126) Therese Wüthrich (127–132) und Franz Schandl (133–140) findet sich die gesamte Breite der Diskussion abgebildet, die unter emanzipatorischem Anspruch geführt wird. In allen drei Beiträgen besteht Einigkeit, dass die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen als defensive Forderung nachvollziehbar und plausibel ist: Im Sinne eines Schutzes vor „Angst vor Armut, Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Stigmatisierung“ (118) bei Notz, im Sinne einer Argumentation „aus der Sicht der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten und Ausgegrenzten“ bei Wüthrich (131) oder im Sinne eines „Schutzschildes in der Misere“ mit „entängstigendem Charakter“ (136) bei Schandl. Bei Gisela Notz, die auch die im „Netzwerk Grundeinkommen“ versammelten Positionen referiert, findet sich zwar die Kritik an einem isolierten Grundeinkommensmodell, das die Frage der gesellschaftlichen Verteilung existenzsichernder Arbeit ausblendet und ihre „Visionen einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft“ sind dann doch eher ein gut gemischtes Reformprogramm mit Mindestlohn, täglicher Arbeitszeitverkürzung, erweiterten Sozialversicherungsansprüchen und Projekten der Alternativökonomie (123 f). Therese Wüthrich fokussiert ihren Beitrag auf das Anliegen, die Grundeinkommensdiskussion auch in die gewerkschaftliche Debatte einzubringen, denn es ist das „Gebot der Stunde [...] über die Verteidigung angestammter Rechte hinaus für alle Menschen dieser Gesellschaft dafür einzutreten, dass eine bedingungslose soziale Sicherung gewährleistet ist, ohne dass diese durch Erwerbsarbeit ‚verdient‘ werden muss“ (130). Dabei sucht sie nach Anknüpfungspunkten zwischen dem vorhandenen (schweizerischen) sozialen Sicherungssystemen und einem universalisierten Konzept der sozia-

len Existenzsicherung. Franz Schandl setzt sich im Unterschied zu den beiden Autorinnen sehr grundsätzlich mit der Forderung nach „Geld für alle“ vom „Vater Staat“ auseinander (133). Bei Anerkennung der o.g. defensiven Gründe für ein Grundeinkommen lautet seine Hauptkritik, dass die Forderung neben ihrer Staatsfixierung vor allem geldfixiert sei: „Kritisiert wird das fehlende Quantum, nicht die irre Qualität des Geldes“ (134). Die Forderung sei halberzig, weil sie die „Absicherung, kaufen zu können ohne (die eigene Ware Arbeitskraft; W.V.) verkaufen zu müssen“ will, aber dieses Tauschprinzip und die „Kopplung von Geld und Leben“ (133) nicht zurückweist. Der einzige Protagonist der Grundeinkommensdiskussion, der von Schandl positive Würdigung erfährt, ist Andre Gorz, da er in seinen Beiträgen über ein bedingungslosen Grundeinkommen sich der Frage der Geldform und einer anderen Form des Wirtschaftens stellt. Schandls eigene Perspektive zielt auch auf den Gebrauchswert, auf das „Auskommen

für alle“ mittels freier Zugänglichkeit von Produkten und Leistungen, z.B. als kollektiver Konsum einer Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Sein Alternativprogramm zu Grundeinkommen und prekären Verhältnissen ist die „Dekommodifizierung des Alltags“, wobei er die dann nötigen Verfahren des „stofflichen und zeitlichen Rechnungswesens“ (139 f) leider nicht zur Diskussion stellt. Dort stellen die beteiligten Menschen nämlich sicher wie in den aktuellen Debatten auch Fragen nach der Gerechtigkeit dieses Rechnungswesens. Heft 49 des Widerspruch jedenfalls lässt sich als gelungener Beitrag zur Debatte um Interpretation und Veränderung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse verstehen, denn die Beiträge verführen zur weiteren Diskussion.

*Wolfgang Völker
Hellkamp 39
20255 Hamburg
wvoelker-hamburg@t-online.de*

2. Tagung Internationale Sonderpädagogik in Kombination mit der 43. Arbeitstagung der DozentInnen der Sonderpädagogik deutschsprachiger Länder
Begegnung und Differenz: Menschen – Länder – Kulturen

Begegnung und Differenz drücken in der Bezugnahme auf Menschen, Länder und Kulturen vielschichtige, auch komplementäre Aspekte heilpädagogischer Forschung und heilpädagogischen Handelns aus. Ziel der Tagung ist die Begegnung von ForscherInnen verschiedener Länder. Beiträge können in deutscher oder englischer Sprache (ohne Übersetzung) erfolgen. Neben DozentInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz sind hier auch ForscherInnen mittel- und osteuropäischer Länder in besonderem Maße angesprochen. Dadurch sollen sich unterschiedliche Sichtweisen und Forschungskulturen beeinflussen. Begegnung und Differenz werden aber auch als Aspekte heilpädagogischen Geschehens thematisiert, sowohl in ihrer personalen, internationalen, wie auch interkulturellen Dimension. In der internationalen Diskussion wird Behinderung als Konzept zur Benennung von Defiziten zunehmend abgelöst von der Betonung der Akzeptanz von Verschiedenheit. Die Fokussierung auf Differenzen zwischen Menschen, Ländern und Kulturen weist aber gleichzeitig auf Problemlagen, Schwierigkeiten, Widersprüche und Konflikte im Zusammenwirken hin.

Die Tagung möchte diese Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen beleuchten und neue Perspektiven eröffnen. Mit dieser Jahrestagung der DozentInnen der Sonderpädagogik deutschsprachiger Länder wird die jahrzehntelange Tradition des wissenschaftlichen Austauschs fortgeführt und gleichzeitig mit der noch jungen zweijährlich angelegten Tagungsreihe Internationale Sonderpädagogik verknüpft, die auch die universitäre Sonderpädagogik insbesondere aus mittel- und osteuropäischen Ländern umfasst.

Zeit und Ort:

28. bis 30.9.2006, Universität Wien

Veranstalter:

Arbeitsgruppe Sonder- und Heilpädagogik am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien in Kooperation mit der Sektion Sonderpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) und der Heilpädagogischen Gesellschaft Wien

Veranstaltungsstätte:

Universität Wien

Kontaktadresse:

*Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien,
 Palka Beatrix,
 Universitätsstraße 7,
 1010 Wien,
 Tel: + 43 (0)1 4277 46801,
 Fax: + 43 (0)1 4277 46809*

E-mail des Kontakts:

Gottfried.Biewer@univie.ac.at

33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Die Natur der Gesellschaft

Die erregte Rede von schrumpfenden Bevölkerungen und versiegenden Ressourcen, aufklärerische Kampagnen über falsche Ernährung und lebensbedrohliche Genussmittel, beängstigende Nachrichten über die Erzeugung nicht-natürlicher Lebewesen und um sich greifender Seuchen, hoffnungsvolle Botschaften eines biotechnologischen Sieges über die großen Krankheiten oder chirurgischer Verschönerung zeugen von der Wiederkehr der Natur in die Gesellschaft. Für die Soziologie stellt sich die Frage, wie sie diese biopolitische Wende in der gesellschaftlichen Selbstthematizierung aufnimmt, welche Folgen das für ihre Forschungsgegenstände, ihre Deutungsangebote und ihre Grundbegriffe hat. Vor diesem Hintergrund stellt der Kasseler Soziologie-

kongress die Natur der Gesellschaft zur Debatte: Welche Chancen, welche Grenzen und welche Gefahren, aber auch welche Begriffe von „Unverfügbarkeit“ und „Machbarkeit“ sich aus dieser Konstellation ergeben. So geht es um die Natur des Menschen, das heißt jedoch zugleich auch darum, inwieweit „Gesellschaft“ neu gedacht werden muss. Weitere thematische Anknüpfungspunkte sind: Geschlecht, Sexualität, Rasse, alternde Gesellschaften, Ökologie, ethische und rechtliche Kodifizierungen einer neuen Gegennatürlichkeit etc. Alle diese Fragestellungen werden von der Soziologie vielfältig behandelt.

Termin:

09.10. bis 13.10.2006,

Universität Kassel

Kontakt und Informationen:

<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/dgs2006/index.htm>

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



In der aktuellen Ausgabe (2/06) u.a.:

- ◆ Erasmus Grienkohl: »Eisbonbons statt Feuerzauber«, zum Tarifabschluss für die Beschäftigten im Einzelhandel
- ◆ NaRa: »Eisbrecherarbeit im Wintermärchenland«: Fakten und Fragen zum Streik im ÖD
- ◆ Wolfgang Rose: »Differenzierter Abschluss«, zur »Hamburger Lösung«
- ◆ Anne Allex: »Eingemachtes«, Jahresbilanz Hartz IV
- ◆ NaRa: »Sicher ungesund«, immer mehr Menschen ohne Krankenversicherung
- ◆ Dieter Wegner: »Beerdigungshelfer«? Hätten die Streikenden von AEG gewinnen können?
- ◆ Fernando E. Gopasin / Michael D. Yates: »Gibt es Hoffnung?«, Fragen an die Arbeiterbewegung
- ◆ Boy Lütjhe: »Produktionsmodell China«, Electronics Contract Manufacturing: globale Produktion und neues Arbeitsregime

- Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)

Redaktion express
PF 10 20 62
63020 OFFENBACH

Da geht noch was:
Leben an der Basis

Heinz-Günter Lang zum 70sten



*»Chen ... freut Helmschongangl
wacht die Jahre in sein überliches, kochendes,
weil sein Schweiß,
in dem die Stürme über der Höhe (Himmels) leben ...
(Hans Langens)*

Broschüre mit Texten von H.G. Lang und seinem alter ego A.D. Timm im *express* und in verschiedenen Büchern sowie Beiträge von Weggefährten: Manfred Birkhahn, Peter Grohmann, Wolfgang Günther, Kirsten Huckenbeck/Nadja Rakowitz, Jens Huhn, Otto Jacobi, Anton Kobel, Hans-Werner Krauß, Sybille Laturner, Mia Lindemann, Ulrich Mückenberger, Mathias Münter-Elfner, Walter Müller-Jentsch, Hinrich Oetjen, Knut Riedel, Bernd Rixinger, Eberhard Schmidt, Edwin Schudlich, Wolfgang Stather, Norbert Trautwein, Karin Volkmer/Ernst Dohr, Ewald Wehner und Edgar Weick. (198 Seiten)

Zu beziehen über die
Redaktion des *express* für 9 Euro
zzgl. Porto und Versand

TeL. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de



David G. Gil

**Gegen Ungerechtigkeit
und Unterdrückung
Konzepte und Strategien
für Sozialarbeiter**

Impulse Werkstatt Fachhochschule
Band 15

2006, ISBN 3-89370-410-8, 198 Seiten
€ 20,40 / SFr 35,90

- Wie können Ungerechtigkeit und Unterdrückung verhindert und überwunden werden? Was bedeuten diese Begriffe, woher kommen die damit verbundenen inhumanen Bedingungen und welche Dynamiken entfalten sie? David G. Gil setzt sich mit diesen Fragen auf Basis seiner langjährigen Erfahrung in sozialen Bewegungen der USA sowie seiner Praxis und Lehre in der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik auseinander! Er beruft sich in seiner Analyse und seinen Thesen auf die zentralen Werte kritischer Sozialarbeit und bringt sie im wahrsten Sinne des Wortes zum Klingen: Gleichheit, Freiheit, Kooperation, Gemeinschaft und das Streben nach individueller wie sozialer Weiterentwicklung.
 - Die zentrale Perspektive des Buches liegt dabei auf den Konsequenzen seiner Analyse für die Praxis und Ausbildung der Sozialen Arbeit. Gils explizit politischer Anspruch zeigt sich beispielsweise in seiner These, dass kritische Professionelle ihren politischen Standpunkt offen vertreten müssen. Das bedeutet für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten, kritisches Bewusstsein zu befördern und zu bilden sowie aktiv in und für soziale Bewegungen tätig zu sein.
 - Die Stärke des Gilschen Ansatzes, Analyse und Handlungsoptionen miteinander zu verschränken, führt zu einem fast programmatischen Charakter seines Buches, der schon durch den Titel – „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ – betont wird. Unter anderem aufgrund dieses Unterschiedes zur deutschen Wissenschaftstradition, in der gewöhnlich Analyse und Handlungsempfehlung entkoppelt werden, ist dieses Buch eine große Bereicherung für den kritischen Diskurs hierzulande.
 - Seine Analyse der vielfältigen Dilemmata, Widersprüche und Konflikte Sozialer Arbeit und sein Angebot einer „kritisch-optimistischen“ Option für das eigene Handeln sind zugleich Angebot und Herausforderung an die Leserinnen und Leser.
- Das Buch richtet sich an Professionelle, Studierende und Aktivist*innen in den vielfältigen Feldern der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik.

Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter www.widersprueche-zeitschrift.de und www.kleine-verlag.de

Lieferbar sind u. a.:

Heft 68: '68 wird 30. Zur Kontinuität eines Bruches

116 Seiten, € 11,00

Heft 69: Soziale Politiken International

116 Seiten, € 11,00

Heft 70: abseits fallen.

Abstieg bis zum Ausschuß?

108 Seiten, € 11,00

Heft 71: Biologisierung des Sozialen?

112 Seiten, € 11,00

Heft 72: Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit

123 Seiten, € 11,00

Heft 73: Transversale Bildung – wider die Unbilden der Lerngesellschaft

120 Seiten, € 11,00

Heft 74: 1989 – 1999 – 2010: Brüche und Reformperspektiven

198 Seiten, € 11,00

Heft 75: Der „Dritte Sektor“: Modernisierung von Markt und Staat?

118 Seiten, € 11,00

Heft 76: Zivilgesellschaft von oben. Regulation der Kooperation

118 Seiten, € 11,00

Heft 77: Der kontraktuelle Sozialstaat – Herrschaft des Managements?

Ende der Profession?

112 Seiten, € 11,00

Heft 79: Alles im Griff. Prävention als Sozialtechnologie

118 Seiten, € 11,00

Heft 80: Wir können auch anders – Soziale Utopie heute

116 Seiten, € 11,00

Heft 81: Da war doch was ...!/? Zugänge zur Erinnerung an Nazzeiten

116 Seiten, € 11,00

Heft 82: Raum-Effekte. Politische Strategien und kommunale Programmierung

128 Seiten, € 11,00

Heft 83: Zur globalen Regulierung des Bildungswesens

128 Seiten, € 11,00

Heft 84: Der oder die Sozialstaat? Doing Gender europäischer Wohlfahrtsregime

108 Seiten, € 11,00

Heft 85: Politische Bildung – Bildung des Politischen?

120 Seiten, € 11,00

Heft 86: Safety first – Smile you're on camera

132 Seiten, € 11,00

Heft 87: Selbsttechnologien – Technologien des Selbst

104 Seiten, € 11,00

Heft 88: Neo-Diagnostik – Modernisierung klinischer Professionalität?

136 Seiten, € 11,00

Heft 89: Zum Umbau von Bildung und Sozialstaat

124 Seiten, € 11,00

Heft 90: Noch auf Kurs? – Zehn Jahre ‚Neue Steuerung‘ in der Jugendhilfe

116 Seiten, € 11,00

Heft 91: Scheiternde Erfolge oder: Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte

116 Seiten, € 11,00

Heft 92: Familienunternehmen – zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie

136 Seiten, € 11,00

Heft 93: Eliten-Schwindel. Gesellschaft zwischen Demokratisierung und Privilegierung

92 Seiten, € 11,00

Heft 94: Kampf ums Herz. Neoliberale Reformversuche und Machtverhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘

104 Seiten, € 11,00

Heft 95: Genders neue Kleider? Dekonstruktivistischer Postfeminismus, Neoliberalismus und die Macht

130 Seiten, € 11,00

Heft 96: Jenseits von Status und Expertise: Soziale Arbeit als professionelle Kultur

128 Seiten, € 11,00

Heft 97: Politik des Sozialen – Alternativen zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen Infrastruktur

160 Seiten, € 11,00

Heft 98: Klassengesellschaft reloaded. Zur Politik der „neuen Unterschicht“

116 Seiten, € 11,00

Kleine Verlag
Kleine Verlag